

Preußische Allgemeine



Nr. 1 · 8. Januar 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Risiko Eigenheim

Steigende Kaufpreise, Niedrigstzinsen für eigene Rücklagen und lange Ansparzeiten. Wie der Lebenstraum von Generationen zu einem schwer kalkulierbaren Wagnis wurde **Seite 2**



Geschichte Ein neuer Blick auf Frankreichs Präsidenten Mitterrand **Seite 10**



Schlesien Die „Rückgabe“ einer Kirchenglocke sorgt für Irritationen **Seite 18**

POLITIK

Ein Parteitag läutet das Ende der Ära Merkel ein

Mit der Wahl eines neuen CDU-Vorsitzenden stellt sich auch die Frage nach dem künftigen Kurs der einflussreichsten deutschen Partei

VON RENÉ NEHRING

In rund einer Woche, am 15./16. Januar, wählt die Christlich Demokratische Union Deutschlands ihren nächsten Vorsitzenden. Dann geht ein fast einjähriges Kandidatenrennen zu Ende, das mit der Ankündigung des Rückzugs der bisherigen Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer am 10. Februar 2020 begonnen hatte. Zwischendurch hatte die einflussreichste deutsche Partei bereits zwei Anläufe zur Durchführung eines Parteitages unternommen, musste diese jedoch wegen der Covid-19-Pandemie jeweils absagen.

Offener Ausgang

Wer das Rennen machen wird, ist offen. Klar scheint, dass angesichts des nun angesetzten digitalen Formats nicht nur die übliche Parteitagatmosphäre mit den ihr eigenen Stimmungen und Schwingungen fehlen wird, sondern dass auch das Organisieren von Mehrheiten im Hintergrund via Telefonketten, Rund-E-Mails und WhatsApp-Gruppen schwieriger sein dürfte als beim Köpfe-Zusammenstecken während eines Präsenzparteitags.

Die drei Bewerber – neben dem früheren Bundestagsfraktionsvorsitzenden Friedrich Merz der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet und der Bundestagsabgeordnete Norbert Röttgen – haben am Montag dieser Woche

noch einmal sich und ihre Programmatik in persönlichen Briefen an die Parteimitglieder dargelegt. Große Unterschiede waren darin kaum zu erkennen; andererseits waren diese auch kaum zu erwarten, gilt es doch zu Beginn des „Superwahljahres“ 2021, nicht nur möglichst viele Delegierte zu gewinnen, sondern auch, jegliche Spaltung der Partei zu vermeiden.

Am auffälligsten war bereits zuvor, dass alle drei Bewerber nicht mehr darauf pochen, dass der künftige CDU-Vorsitzende automatisch auch der Kanzlerkandidat der Union im Herbst sein müsse, was nicht zuletzt den starken Zustimmungswerten geschuldet ist, die der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Markus Söder in den letzten Monaten erfährt.

Schwierig ist eine schärfere Profilierung auch vor dem Hintergrund künftiger Koalitionsbildungen. Seit geraumer Zeit lassen die Wahlumfragen – zumindest, solange eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen bleibt – als einzige Alternative zur ungeliebten „großen Koalition“ mit der SPD lediglich ein Bündnis mit den Grünen zu. Wer immer das Rennen um den Parteivorsitz gewinnen wird, wird also nicht umhinkommen, in diese Richtung koalitionsfähig zu bleiben.

Gleichwohl steht die Frage, wohin sich die CDU künftig inhaltlich bewegen wird, im Raum. Im Laufe der Merkel-Jahre (deren Gesamtbilanz noch zu ziehen sein

wird) erlebten Mitglieder und vor allem die Wähler, wie eine Grundsatzposition der Partei nach der anderen abgeräumt wurde: beim Atomausstieg und der „Energiewende“, bei der faktischen Abschaffung der Wehrpflicht, bei der „Euro-Rettung“ und der Staatsschuldenkrise in Südeuropa, in der Haltung zur Zuwanderung, im Umgang mit europäischen Partnern (vor allem mit Ungarn), in der Familienpolitik (Stichwort: gleichgeschlechtliche Ehen) und zuletzt bei der faktischen Begründung einer Schuldenunion in Form des EU-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie.

Verschobene Grundsätze

Nun ist die Änderung der Einstellung zu grundlegenden Sachverhalten an sich kein Problem. Vielmehr kann es durchaus ein Zeichen politischer Vernunft sein, wenn Verantwortungsträger nicht starr an überholten Positionen festhalten, nur weil diese irgendwann einmal in ein Parteiprogramm geschrieben worden sind. Doch fällt bei der Betrachtung der letzten anderthalb Jahrzehnte auf, dass die CDU heute in fast allen wesentlichen Grundsatzfragen dort steht, wo noch vor wenigen Jahren ausschließlich die Konkurrenten – vor allem die Grünen – standen.

Zudem ging die programmatische Flexibilität nach außen einher mit einer ideologischen Verengung nach innen. Schreibt die parteinahe Konrad-Adenauer-Stiftung

auf ihrer Internetseite über die Gründungsphase der CDU noch, dass die Union damals „divergierende politische und gesellschaftliche Strömungen – den politischen Katholizismus, Christliche Gewerkschaften, den deutsch-nationalen protestantischen Konservatismus, Teile des liberalen Bürgertums – in die politische Mitte“ integrierte, sucht man in der Gegenwart Vertreter mancher dieser Richtungen zumindest in der ersten Reihe vergebens. Ob ein Alfred Dregger heute noch Vorsitzender der CDU-Fraktion im Bundestag werden könnte? Auch der „Herz-Jesu-Marxist“ Norbert Blüm schien in den letzten Jahren kaum noch in die Partei zu passen. War die Union früher bestrebt, Demokraten von links bis rechts in ihren Reihen zu vereinen, so gab es in der Ära Merkel immer weniger Verständnis für diejenigen, die den „alternativlosen“ Kurs der Vorsitzenden kritisierten. Trauriger Höhepunkt war im vergangenen Jahr die öffentliche Beschimpfung konservativer Parteimitglieder aus der Werteunion als „Krebsgeschwür“.

Vor derlei Konturlosigkeit wurde die CDU schon früh von keinem geringeren als Konrad Adenauer gewarnt. Wenige Monate vor seinem Rückzug als Parteivorsitzender sagte der erste Bundeskanzler vor den Mitgliedern des Bundesvorstands: „Entweder wir sind eine weltanschaulich fundierte Partei oder wir gehen heute, morgen oder übermorgen auseinander.“

IN DIESER AUSGABE

Politik

Mehr Recht und weniger Kontrolle für den Bundesnachrichtendienst **Seite 4**

Kultur

Die Rückgabe der Beutekunst aus dem Zweiten Weltkrieg bleibt schwierig **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Königsberg sollen Mieter für die Sanierung ihrer Häuser zahlen **Seite 13**

Lebensstil

Die Hawker Center in Singapur wurden zum Weltkulturerbe ernannt **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303404 01
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Nullzins und die Folgen Wer es durch Fleiß und Sparsamkeit zu etwas bringen will, dem schlägt die Geldpolitik unserer Tage ein Schnippchen. Die gesamtgesellschaftlichen Folgen werden gravierend ausfallen

Die Jüngeren werden betrogen

Die Nullzinspolitik zerschlägt einen Grundpfeiler des Vertrauens in die Soziale Marktwirtschaft

VON HANS HECKEL

Nullzinsniveau, expansive Geldpolitik, Billionenprogramme, Rettungsschirme und rasant wachsende Verschuldung – zwar ahnen immer mehr Deutsche, dass sich hinter diesen Begriffen eine bedrohliche Entwicklung verbirgt. Doch im wirklichen Leben scheint das alles doch recht abstrakt. Daher prägen diese Vokabeln die Alltagsgespräche meist nur am Rande, wie eine dunkle Wolke: Man weiß, dass sich da etwas Ungutes zusammenbraut, kann aber kaum abschätzen, was all dies für einen selbst bedeuten könnte.

In Wahrheit werden die Folgen der historisch einmaligen Geld- und Finanzpolitik unserer Tage für Millionen Deutsche gravierend ausfallen. Im Ergebnis bringt diese Politik die gewohnten Grundlagen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ins Wanken.

Treffen wird diese Entwicklung vor allem die junge Generation. Ihr werden genau jene Chancen-Versprechen verbaut, welche den Grundpfeiler der bundesdeutschen Wohlstandsentwicklung bildeten und entscheidend dazu beitrugen, die Deutschen für das Modell der Sozialen Marktwirtschaft zu begeistern, und so Wohlstand und sozialen Frieden im Land sicherten.

Der Grundpfeiler besteht in dem Versprechen, dass jeder die Chance bekommt, es mit Fleiß, Talent und Disziplin zu etwas zu bringen. Dieses „Etwas“ manifestiert sich in den allermeisten Fällen im Erwerb einer eigenen Immobilie oder zumindest im Aufbau eines zum Ende des Arbeitslebens hin ansehnlichen Geldvermögens auf dem Konto.

Startschuss für den Weg zum Eigenheim bildete seit Generationen der Bausparvertrag. Am Ende der Laufzeit machten die Zinserträge bis zu zwei Dritteln des Sparvermögens aus. Diese Zinsen aber gibt es nicht mehr. Wie die britische Notenbank ermittelte, waren die Zinsen seit Beginn der ersten Aufzeichnung im alten Ägypten vor 5000 Jahren nie so niedrig wie heute. Der Zins ist ausradiert.

Damit ist der Vermögensaufbau per Bausparvertrag unmöglich gemacht worden. Auch das Sparen auf dem Konto funktioniert nicht mehr. Im Gegenteil: Die Inflation frisst die Bemühungen einfach weg.



Hausfinanzierung ist oft undurchsichtig und kompliziert: Zahlreiche zu beachtende Kreditvergabekriterien stellen sowohl Mitarbeiter der Banken und Versicherungen als auch Kreditnehmer vor Herausforderungen
Foto: Shutterstock

Zwei Prozent Inflation kosten bei einem Sparvermögen von 50.000 Euro schon 1000 Euro Kaufkraft pro Jahr, die nachgespart werden müssten, nur um den Bestand zu halten. Der einzige Ausweg wäre der Einstieg in Aktien, Gold oder andere

Sachwerte. Das aber wagen viele nicht, schon weil deren Wertentwicklung weniger kalkulierbar erscheint als die von klassischen Zinsanlagen.

Von der anderen Seite treiben niedrige Zinsen und expansive Geldpolitik die Prei-

se der Sachwerte. Deshalb sind die Immobilienpreise selbst in der Lockdown-Krise weiter gestiegen, womit der solide finanzierte Erwerb eines Heims für die Masse in immer weitere Ferne rückt. Da eigener Kapitalaufbau wegen des Nullzins kaum mehr machbar ist (auch Kapitallebensversicherungen lohnen wegen der Nullzinspolitik nicht mehr), bleibt Interessenten am Ende oftmals nur eine hochriskante Hundert-Prozent-Finanzierung per Kredit.

So betont diese Politik die bestehenden Besitzverhältnisse. Nur wer eine Immobilie oder andere Sachwerte besitzt oder erbt, bleibt im Rennen. Alle anderen bleiben ausgesperrt. Das Versprechen, es aus eigener Kraft zu Wohlstand bringen zu können, erweist sich, zumindest was das klassische Zinssparen angeht, als Phrase. Für Verfechter sozialistischer Enteignungs- und Umverteilungsideen ist diese Entwicklung ein Geschenk, das sie nicht ungenutzt lassen werden – um dann alles noch schlimmer zu machen.

Mahner und Verantwortliche



Roland Tichy Von 2007 bis 2014 Chef der „Wirtschaftswoche“, vertrat er stets solide Haushaltspolitik. Heute wirbt Tichy fürs Schuldenmachen (s. Beitrag rechts)



Christine Lagarde Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank nutzt die Corona-Krise, um ihre expansive Geldpolitik weiter auf die Spitze zu treiben



Olaf Scholz Obwohl die Sparguthaben bereits entwertet werden, will der Bundesfinanzminister die Deutschen zusätzlich mit einem „Corona-Soli“ belasten

IMMOBILIENFINANZIERUNG

Lange Ansparzeiten, geringe Zinsen und steigende Kosten

Der Vermögensaufbau zur Finanzierung der selbst genutzten Immobilie stellt viele Bürger vor große Herausforderungen

Klassische Finanzierungsformen beim Hauskauf wie Annuitätendarlehen (Tilgung mit festen Raten) über die Bank, Versicherungen oder Bausparverträge bergen heutzutage unkalkulierbare Risiken. Zwar liegen die Kreditzinsen seit einigen Jahren auf einem historisch niedrigen Niveau, aber bei den üblichen ein bis zwei Prozent Tilgung in den ersten zehn Jahren schmiltzt der Schuldenberg des Häuslebauers so gut wie gar nicht. Sinkt etwa aufgrund der Marktentwicklung der Wert der Immobilie und steigt infolgedessen der Nennwert des Kredits deutlich über den Marktwert der Immobilie, kann die Bank ihrem Kunden eine Nachforderung in Rechnung stellen.

In den vergangenen Jahren war der Abschluss einer fondsgebundenen Lebens- oder Rentenversicherung zwecks Vermögensaufbau beliebt. Da infolge der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) der Garantiezins auf derzeit 0,9 Prozent geschrumpft ist und die Entwicklung eines Fonds nicht sicher vorhersagbar ist, droht eine erhebliche Finanzierungslücke.

Ein Grundpfeiler der Immobilienfinanzierung ist der Bausparvertrag, der heute jedoch ebenfalls Risiken birgt und an Attraktivität verloren hat. Grund dafür ist auch hier die EZB-Politik. Der Leitzins der EZB lag im Jahr 2001 noch bei knapp unter vier, heute ist er bei null Prozent angelangt. Sparen, die noch Bausparverträge mit vier

Prozent Verzinsung abgeschlossen hatten, kündigten die Bausparkassen ihre Verträge. Heute gibt es je nach Tarif nur noch 0,2 Prozent Zinsen. Werbeversprechen von 3,2 Prozent basieren auf dem Trick, dass nur unter 30-Jährige diesen Zinssatz erhalten können und auch nur dann, wenn „Wohn-Riester“, die Wohnungsbauprämie sowie vermögenswirksame Leistungen mit in den Vertrag einfließen. Der Kunde entledigt sich damit aber sämtlicher anderer Sparmöglichkeiten.

Das Prinzip des Bausparens liegt darin, einen Teil der zum Bauen benötigten Summe schon frühzeitig anzusparen, um sich für die Restfinanzierung einen guten Zinssatz zu sichern. Der Finanzierungsbedarf,

der bei steigenden Immobilienpreisen mitwächst, lässt sich indes kaum noch ansparen. Benötigt ein Käufer beispielsweise 500.000 Euro für ein Einfamilienhaus – in Ballungsräumen keine Seltenheit – und schließt frühzeitig einen Bausparvertrag über 250.000 Euro bei einem Mindestguthaben von 50 Prozent bei Zuteilungsfähigkeit ab, müsste er 20 Jahre lang über 1000 Euro monatlich einzahlen, um seinen vergünstigten Ratenkredit in Anspruch nehmen zu können. Welcher junge Mensch kann sich das leisten? In der Zuteilungsperiode kann es zusätzlich zu einer Wartezeit von mehreren Monaten kommen. Experten raten daher, beim Abschluss eines Bausparvertrags den errechneten Zuteilungszeitpunkt

nicht fest einzuplanen, da er lediglich eine Prognose des voraussichtlichen Zuteilungstermins sei.

Der Weg zur eigenen Immobilie ist steinig: Hohe Preise und Nebenkosten in Höhe von etwa 15 Prozent des Kaufpreises erschweren den Grunderwerb. In den kommenden Jahren muss zudem mit einer zunehmenden Insolvenzwelle infolge der Corona-Maßnahmen gerechnet werden. Die drohende Arbeitslosigkeit hängt wie ein Damoklesschwert über jenen Hauskäufern, die zu 100 Prozent oder mehr finanziert haben. Bei Kreditausfällen werden die Banken sich gezwungen sehen, Sachwerte einzutreiben, sprich die Häuser der Kreditnehmer zu kassieren. *M. Rosenthal-Kappi*

EU-CORONA-PAKET

„Schulden machen!“

Er beschreibt es selbst als schwere Zäsur in seinem Leben als Journalist und Wirtschaftsexperte: „Natürlich habe ich jahrzehntelang das Gegenteil gepredigt, Stabilität und Austerität“, bekennt Roland Tichy in seinem Magazin „Tichys Einblick“, das der langjährige Chef der „Wirtschaftswoche“ heute leitet. Aber die Lage habe sich eben dramatisch verändert, erst recht, seitdem die EU im Sommer 2020 ihren Charakter verändert habe.

Mit dem gigantischen EU-Corona-Paket von 1,8 Billionen Euro sei die Vergemeinschaftung der Schulden eine Tatsache. Die Folge: Wer jetzt, wie die Deutschen, noch verhältnismäßig solide wirtschaftete, sei der Dumme. Die EU mache massenhaft Schulden, für die alle Mitgliedstaaten geradestehen müssten. Es komme nur darauf an, sich möglichst viel herauszuholen. Damit sei die EU „eine Wohngemeinschaft, in der die Bewohner den Kühlschrank leeren, aber keiner putzt. Oder gar einkauft“, so Tichy.

Schon heute gönne das viel höher verschuldete Frankreich seinen Bürgern den Renteneintritt mit 62, während in Deutschland diskutiert werde, das Eintrittsalter noch über 67 hinaus anzuheben. Dabei betrage die „Eckrente“ in Deutschland 1264 Euro, in Frankreich 1638 und in Italien sogar 1724 Euro. Auch liege das Nettoprivatvermögen pro Kopf der Italiener dreimal so hoch wie das der Deutschen (163.000 zu 51.000 Euro).

Die anderen seien einfach schlauer, die Deutschen und andere Nordeuropäer zahlten die Zeche. Daher sollten sich die deutschen Politiker von ihrer Politik der hohen Steuern und (relativ) sparsamen Haushaltsführung verabschieden, Schulden machen, mehr Geld den Bürgern lassen und Investitionen forcieren.

Am Ende werde eine solche Politik zwar in den Zusammenbruch des Euro-Systems münden und vielleicht sogar ins Ende der EU. Aber der Kollaps sei ohnehin unvermeidlich, da uns 15 Jahre Regierung Merkel längst in einen „Point of no Return“ manövriert hätten. Es komme nur noch darauf an, die Zeit bis zum Knall möglichst sinnvoll zu nutzen. *H.H.*

Ein preußischer Lockdown

Von 1709 bis 1711 wütete in Preußen die Große Pest. Sie raffte weite Teil der Bevölkerung dahin und zerstörte deren Lebensgrundlagen. Der Umgang von Bürgern und Behörden mit der Epidemie zeigt interessante Parallelen zur Gegenwart

VON WULF WAGNER

Geschichtliche Kenntnisse und Vergleiche setzen uns in die Lage, eine gewisse Gelassenheit zu gewinnen, wenn vermeintlich unbekannte Ereignisse sich aufdrängen. Was uns heute erschreckt, haben Generationen vor uns oft in furchtbarerem Ausmaß erlebt. Wo wir glauben, vor neuen Herausforderungen zu stehen, haben unsere Vorfahren schon Lösungen gefunden.

Als Einschnitt in der Geschichte Ostpreußens gilt die Pest von 1709 bis 1711, die im Osten des Landes ganze Dörfer entvölkerte und nicht nur die letzten Jahre der Regierung König Friedrichs I., sondern noch lange seinen Sohn Friedrich Wilhelm I. vor die bedeutende Aufgabe der Neubesiedlung stellte. Dreihundert Jahre ist das her. Im Frühjahr 2020, als noch viele Unsicherheiten aufgrund des Auftretens von Corona herrschten, hat Bettina Müller den Lesern der PAZ diese Ereignisse in Erinnerung gerufen (PAZ vom 9.4.2000). Sicherlich lässt sich die winzige Sterberate unter den Corona-Infizierten nicht mit der ganzen Familien auslöschenden Pest vergleichen, auch hat die Menschheit seither grandiose Fortschritte der Medizin zu verzeichnen. Und doch liegen nun einige Monate unser Leben stark einschränkender Corona-Maßnahmen hinter uns, und es lohnt zu schauen, ob wir oder unsere Regierungen wirklich so anders handeln als unsere Vorfahren. Im Rahmen einer noch unveröffentlichten Arbeit zum Kirchspiel Nordenburg im Kreis Gerdauen wurden Akten und Kirchenbücher zu dieser Zeit eingesehen; die folgenden Auszüge zeigen Parallelen und Unterschiede zum Heute.

Die Pest rund um Nordenburg

Im Sommer 1709 wurde in Berlin-Cölln bekannt, dass sich in Polen die „Contagion“ – wie man damals sagte – ausbreitete. In gutem Gottvertrauen ließ Friedrich I. Kirchengebete zur Abwendung der Gefahr anordnen. Allein dies half wenig. Die Pest zog von Süden und Osten in Ostpreußen ein. In der Mitte der Provinz lag das dem sächsischen Adelsgeschlecht von Schlieben 1469 vom Deutschen Orden verliehene Erbamt Gerdauen-Nordenburg. Seine westliche Hälfte war seit der Ordenszeit kultiviert worden, die östliche aber, die sich bis weit in den Kreis Darkehmen hinein zog, war die teils sogar erst um 1700 besiedelte Wildnis. Bereits im September 1709 trat die erste Welle der Pest in einzelnen Dörfern östlich des Städtchens Nordenburg auf. Aus dem Kirchenbuch erfahren wir, dass die wenigen Pesttoten des Kirchspiels „in der Still“ begraben wurden. Allein bis zum Dezember ebnete die Gefahr hier ab.

Die Schlieben scheinen jedoch mit Vorsicht gehandelt zu haben und hinderten als Lehnspatrone die Nordenburger an der Ausübung ihrer Geschäfte. Bürgermeister und Rat beschwerten sich. Da die Pest hier aufgehört hatte, verursachte die Blockade der Stadt weit größere neue Schäden und Not, denn die Ackerbürger mussten Handel treiben, allein schon „zu benötigter Anschaffung der Sommersaat“. So erging aus Königsberg am 22. Februar 1710 der Befehl an die Schlieben, den Verkehr nicht weiter zu behindern. Gesunden Leuten musste erlaubt werden, „ihr Gewerb[e] mit anderen gesunden Ohrten ohnbehindert“ zu treiben. Und noch mehr – die Schlieben wurden aufgefordert, ihre Bevölkerung „bey ihren betroffenen Brodmangel“ zu unterstützen.

Staatliche Verordnungen

Kaum hatte die Regierung entschieden, die täglichen „Pestbethstunden“ einzustellen, trat die Pest im April 1710 erneut auf. Instruktionen waren notwendig, die für das nördlich an das Amt Nordenburg angrenzende Amt



Die Große Pest von 1709 bis 1711 wütete auch im Städtchen Nordenburg im Kreis Gerdauen. Das Bild zeigt Moses auf einem Kirchenaltar, der in der damaligen Zeit entstanden ist
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Jurgaitschen erhalten sind. Diese bestimmten zwar eine Umzäunung all jener Dörfer, in denen sich die „Contagion“ zeigte, doch die Reisefreiheit wurde kaum eingeschränkt. Wer nach Königsberg oder Insterburg zum Ein- und Verkauf musste, sollte „ohne Entgelt“ vom Dorfschulzen oder Diakon die notwendigen Pässe erhalten. Wegen zahlreicher Vergehen waren diese seit dem Sommer von dem Amtshauptmann – sozusagen dem Kreisrat – zu kontrollieren.

Außerdem sollten vorsorglich Pesthäuser mit „Schwitzbäncken“ eingerichtet werden; hierhin wurden die Kranken gebracht und vom Pestchirurg, der in jedem Bezirk eingestellt wurde, betreut. Die Oberaufsicht unterstellte das Amt einem Pestquartiermeister, der auch darauf achten sollte, dass die Menschen „täglich ihre Häußer woll aufräuchern mit Kaddig oder Pulwer“.

Weitere Paragraphen verdeutlichen, wie auch damals das Leben eingeschränkt wurde, so wurde etwa „das Carthen und Dobbelp[er] Kopf[er] Spiel bey hoher Straf[e]“ verboten. Aber zugleich war man um den Zusammenhalt der Gemeinden bemüht, etwa durch einen gewissen „Kündigungsschutz“, indem niemand „seyn kranck gewordenes Gesindt“ verstoßen durfte, sondern dieses in die Pesthäuser gebracht und mit Arzneien und Lebensmitteln gepflegt werden musste.

Auch war das Eigentum von Verstorbenen zu schützen, indem die Totengräber bei Strafe „sich unterstehen [sollten], [weder] die Krancken und Todten noch ihre Häußer zu berauben“. Die Pestquartiermeister mussten alles inventarisieren, die ausgestorbenen Häuser verriegeln und vor allem das Vieh in andere Obhut geben.

Laut einer Auskunft der Schlieben trat die zweite Pestwelle in ihren Dörfern von Mai 1710 bis Januar 1711 auf. In welchen, ist meist unbekannt, da die Kirchenbücher ungenau

sind. Im Juli 1710 finden sich aber zwei Taufeinträge aus Wesselowken, die auf die Pest verweisen: Die Kinder waren „zur Pestzeit im Feld getauft“ worden. Man fuhr also nicht zur Kirche. Der Grund für diese Feldtaufe wird in den Vorsichtsmaßnahmen gelegen haben, wie wir sie aus der Jurgaitschener Instruktion erfahren, nämlich dass Deutsche wie Litauer der „von der Contagion angegriffen[en]“ Dörfer „sich des ordentlichen Kirchengehens enthalten sollen“, „bey allen Hochzeiten und Kindtaufen und Begräbnüßen keine Fremde[n] und auch nur ganz wenige [Gäste] gebethen“ und „durchauß keine Musiquen, viel Eßen oder Gesäuf[e] halten“ werden sollten. Den entsprechenden Dörfern bot der Pfarrer jedoch Feldgottesdienste an, was an die Weihnachtsgottesdienste 2020 erinnert, die einzelne Kirchen ihren Gläubigen auch im Freien anboten. Der Unterschied aber ist deutlich: Damals galten Einschränkungen nur für wirklich von der Krankheit betroffene Gemeinden, heuer fiel selbst die letzte brandenburgische Dorfkirche unter unzählige Verordnungen.

Anstieg der Hochzeiten

Obgleich „denen Verpesteten“ und auch denen, die mit Pestkranken zusammenlebten, „in gewisser Zeit zu heirathen verboten“ wurde, zeigen nicht nur die Kirchenbücher Nordenburgs, dass man sich nicht daran hielt, vielmehr kam es in den Pestjahren zu einem Anstieg der Ehen. Manch ein Mann, manch eine Frau heiratete gleich nach dem Tod eines Ehepartners – ohne lange Trauerzeit – erneut. Die Zahlen für das südlich an Nordenburg grenzende, weit stärker betroffene Amt Angerburg melden dies auch: Vor der Pest, 1708, gab es: 84 Gestorbene, 55 Trauungen, 201 Geborene; während der Pestjahre 1709: 291, 39, 170; 1710: 3229, 97, 63; 1711: 17, 88, 73; und danach, 1712, stiegen vor allem die Geburten: 42 Tote, 40 Ehen und 206 Kinder.

Damals galten Einschränkungen nur für wirklich von der Krankheit betroffene Gemeinden, heuer fiel selbst die letzte brandenburgische Dorfkirche unter unzählige Verordnungen

Erwähnenswert ist, dass auch damals Gerüchte verunsicherten. Den König erreichte im Sommer 1710 die Nachricht, dass „viele tode Körper von inficirten Leuthen unbegraben lägen und einen solchen Stanck veruhrsachten, daß auch eine Infection der Luft“ befürchtet wurde. Aus Königsberg erging der Befehl, dies genau zu untersuchen. So konnten Zweifel beseitigt werden. Es zeigte sich, dass selbst im Amt Jurgaitschen mit seiner hohen Totenzahl von bis zu 150 Personen in einer Woche, „keine einzige Leiche über 24 Stunden über der Erde gelegen“ hatte. Und wie in jeder Notzeit gab es auch die, die daran verdienten, so erhielten die vereidigten „Begräber“ 20 bis 24 Groschen für jede Leiche.

Der Höhepunkt der Pest scheint rund um Nordenburg im Dezember 1710 gewesen zu sein, allein am 18. Dezember wurden 14 Personen beigesetzt. Doch wer starb wirklich an der Pest? Die Zahlen sind unsicher, denn wie heute bei Corona wurde nicht unterschieden zwischen „gestorben an“ oder „gestorben mit“. Wer starb aufgrund der üblichen, vor allem durch die Pocken verursachten Kindersterblichkeit oder an normaler Altersschwäche?

Zu untersuchen wäre ebenfalls, ob jene älter besiedelten, also stärker kultivierten westlichen Gegenden des Erbambtes ähnlich Ostpreußen insgesamt glimpflicher davongekommen waren als jene noch im Aufbau befindlichen östlichen Orte der Schlieben, in denen die Todeszahlen deutlich höher waren. Auch damals spielte der Stand des „Gesundheitssystems“ eine Rolle. In Nordenburg gab es zum Beispiel schon lange ein Hospital für die Alten – Ähnliches fehlte weiter im Osten. Auch waren die Verluste der höheren Stände weit niedriger. Die Schlieben überlebten mit ihrem Koch Martin Strauch und ihrem Kutscher Hans Willud ebenso wie Pfarrer Johann Korsius, Bürgermeister Bernhard Behrents und viele Nordenburger Bürgerfamilien, die sich vor und nach 1710 nachweisen lassen. Die in einer Akte überlieferte Todeszahl von 426 Pesttoten für Nordenburg scheint übertrieben. Lag die jährliche Durchschnittszahl der Verstorbenen in den zurückliegenden Jahren bei 45, so verzeichnen die Kirchenbücher 1709 74 Tote, 1710 nur 35 und 1711 49 Beisetzungen. Doch die Aufzeichnungen des Pfarrers enthalten Lücken, und so können nur genauere Forschungen unter Hinzuziehung der verschiedensten Quellen und Meinungen zur Klärung beitragen.

Mit einem Dankfest endet die Pest

Schließlich war die schwere Zeit vorbei. Der preußische Staat fand eine würdige Form, um die Notzeit zu beenden und zum Wiederaufbau sowie zu einem normalen Leben ohne Einschränkungen zurückzukehren: Im März 1711 erging vom König die Weisung, gemeinsam in allen Gemeinden ein Dankfest zu begehen. Es wurde auf den zweiten Pfingstfeiertag, den 25. Mai, gelegt. An jenem Tag endete mit der Lobpreisung Gottes und dem Amen die lange Pestzeit im Osten Preußens. Alle zuvor erlassenen Verordnungen wurden aufgehoben.

Warten wir ab, wann die Landesfürsten von heute, die Bundesregierung und die Europäische Union die „Corona-Pandemie“ für beendet erklären werden und uns unsere Freiheiten und Rechte zurückgeben. Warten wir ab, ob es unseren Regierungen gelingt, einen würdigen Akt des Gedenkens und des Dankes zu finden.

● **Der Text basiert** auf Arbeiten des Autors am dritten Band seiner sozialgeschichtlichen Untersuchung des ostpreußischen Gutes Truntlack (die Bände 1 und 2 erschienen 2014 im Husum Verlag). Anhand vielfältigen Archivmaterials von 1694 bis 1874 werden darin auch das Leben und die Familiengeschichten der Untertanen von der Taufe bis zur Beisetzung erzählt.

● MELDUNGEN

Palmer übt scharfe Kritik

Tübingen – Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) hat seine Kritik am mangelnden Schutz von Altenpflegeheimen gegen Corona erneuert. Der „Südwest Presse“ sagte er, der besondere Schutz dieser Einrichtungen sei nicht nur verschleppt, sondern aktiv verhindert und abgelehnt worden. Kanzlerin Merkel hat sich in der Tat mehrfach scharf ablehnend zu den von Palmer geforderten besonderen Schutzmaßnahmen geäußert und stattdessen einen harten Lockdown für alle Gruppen favorisiert. Erst jetzt, beklagt Palmer, werde ein solcher Schutz nun doch bundesweit durchgesetzt. Tübingens Pandemiebeauftragte sei damit vorher „immer wieder abgeblitzt“, so Palmer, weshalb die Stadt schließlich mit einem Alleingang gestartet sei. Auf Altenpflegeheime entfällt der Löwenanteil der Menschen, die an oder mit COVID-19 verstorben sind. *H.H.*

Cyberangriffe in der EU

Brüssel – Im vergangenen Jahr fanden innerhalb der Europäischen Union fast 450 Cyber-Angriffe auf kritische Infrastruktureinrichtungen wie Energieversorger oder Gesundheitseinrichtungen statt. Dabei gab es am Universitätsklinikum Düsseldorf den ersten Cyber-Todesfall in Deutschland. Die Täter sind teils kriminelle, teils staatlich besoldete Hacker mit dem Auftrag, der EU zu schaden. Deshalb plant Brüssel nun den Aufbau einer „Gemeinsamen Cyber-Einheit“ aller Mitgliedsländer. Die soll auch offensive Mittel einsetzen, das heißt die Angreifer mit ihren eigenen Waffen schlagen. „Die Zeit der Unschuld ist vorbei“, sagte der unter anderem für Sicherheitsfragen zuständige Vizepräsident der EU-Kommission Margaritis Schinas aus Griechenland bei der öffentlichen Vorstellung dieser neuen Strategie am 16. Dezember. Und der Binnenmarkt-Kommissar Thierry Breton aus Frankreich ergänzte: „Wir müssen uns für diesen neuen Krieg wappnen.“ *W.K.*

Maas lädt „Weißhelm“ ein

Berlin – Chalid al-Saleh, ein führendes Mitglied der syrischen „Weißhelme“, ist nach einem zweijährigen Behördenstreit im Dezember aus Jordanien nach Deutschland geflogen worden. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte zwar bereits im Jahre 2018 die grundsätzliche Bereitschaft erklärt, insgesamt acht „Weißhelme“ und deren Familien in Deutschland aufzunehmen. Im Falle Salehs lagen dem Verfassungsschutz allerdings Erkenntnisse vor, dass bei diesem eine „Nähe zu einer islamistisch-dschihadistischen Weltanschauung feststellbar“ ist. Das Bundesinnenministerium sprach sich daraufhin wegen Sicherheitsbedenken gegen eine Aufnahme des Mannes und seiner Familie in Deutschland aus. Das von Heiko Maas (SPD) geführte Auswärtigen Amt hielt die vorgebrachten Sicherheitsbedenken dagegen für unbegründet. Saleh soll am 11. Dezember an Bord einer Bundeswehrmaschine nach Deutschland eingereist sein. *N.H.*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 16. Dezember wurde Deutschland in den zweiten Lockdown geschickt und die Medien kannten von früh bis spät kein anderes Thema. Dadurch ging weitestgehend unter, dass das Bundeskabinett an eben jenem Tage den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des BND-Gesetzes zur Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sowie des Bundesverwaltungsgerichts“ verabschiedete und damit das parlamentarische Beschlussverfahren einleitete.

Missachtung von Vorgaben

Bei den erwähnten Vorgaben handelte es sich um zwei Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts vom Dezember 2017 sowie ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 19. Mai vergangenen Jahres. Das Verwaltungsgericht hatte die fehlende Rechtsgrundlage bezüglich der Weiterverarbeitung von Telekommunikationsdaten durch den deutschen Auslandsnachrichtendienst gerügt.

Und das Verfassungsgericht hatte moniert, dass das BND-Gesetz in der durch das Gesetz zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes (AFABNDG) vom 23. Dezember 2016 aktualisierten Fassung gegen das Grundgesetz verstoße, da die Bindung der deutschen Staatsgewalt an das Telekommunikationsgeheimnis und die Pressefreiheit nicht an den Grenzen der Bundesrepublik ende. Und die Karlsruher Richter gaben den Beschwerde-führenden Nichtregierungsorganisationen und Journalisten aus dem Ausland noch in anderen Punkten Recht: Der Bundesnachrichtendienst dürfe zwar im Rahmen seiner Aufklärungstätigkeit „strategische Überwachung“ betreiben, jedoch obliege es dem Gesetzgeber, „die Überwachungszwecke hinreichend präzise und normenklar festzulegen“, und das habe er unterlassen. Darüber hinaus müssten die „besonderen Anforderungen für den Schutz von Berufs- und Personengruppen, deren Kommunikation eine gesteigerte Vertraulichkeit verlangt“, berücksichtigt werden. Ebenso seien strikte Begrenzungen der erfassten Datenströme nötig. Zudem stehe der BND in der Pflicht, sich im Rahmen seiner Kooperation mit rund 160 ausländischen Geheimdiensten über den „rechtsstaatlichen Umgang“ mit den erhobenen Daten auf der Empfängerseite zu vergewissern. Und zu guter Letzt beanstandete das Gericht auch noch das Fehlen einer wirksamen Kontrolle des BND in „institutioneller Eigenständigkeit“.

„Pseudo-Konsultationen“

Obwohl der Gesetzgeber bis zum 31. Dezember dieses Jahres Zeit hat, diese Män-



Nachdem der Bundesnachrichtendienst mit Ressourcen bereits großzügig ausgestattet ist, wünschen Deutschlands Regierende nun auch mehr Rechte für ihre Auslandsaufklärer: BND-Zentrale in Berlin *Foto: Jan Kleihues*

BUNDESNACHRICHTENDIENST

Mehr Rechte, weniger Kontrolle

Im Schatten des zweiten Lockdowns peitscht die Bundesregierung ihren Entwurf zur Novelle des BND-Gesetzes durch die Instanzen

gel abzustellen, versucht die Große Koalition ihre Novelle nun im Schnellverfahren durchzupeitschen. Davon zeugen nicht zuletzt die absurd kurzen Fristen von manchmal nur sieben Tagen für die Stellungnahmen von Anwaltsverbänden und Experten für digitale Kommunikation. Deshalb sprechen diese jetzt von „Pseudo-Konsultationen“ mit „Alibi-Funktion“, die für eine „Entdemokratisierung“ stünden.

Aber auch der Inhalt des Gesetzesentwurfes stößt auf Kritik – und das

Es droht ein Missbrauch des Auslandsgeheimdienstes durch die Bundesregierung

nicht grundlos. Der Entwurf folgt den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes nämlich nur zum Schein und scheint ansonsten dem Zwecke zu dienen noch mehr Befugnisse für den Bundesnachrichtendienst, als im Gesetz von 2016 vorgesehen, bei noch weniger unabhängiger Kontrolle zu erreichen.

Missbrauch als „Datenstaubsauger“

So sieht die Novelle vor, die Zahl der Gründe, die es dem Auslandsgeheimdienst gestatten, gezielte Online-Durchsuchungen von Mobiltelefonen und Rechnern vorzunehmen sowie Mobilfunk- und Internetanbieter zu hacken, enorm auszuweiten. Zwar ist dieses in der Tat vorteilhaft, wenn es beispielsweise darum geht, gegen Nichtregierungsorganisationen vorzugehen, die mit Schlepperbanden kooperieren. Aber derart sinnvolle Zwecke sind eher die Ausnahme. Im überwiegenden Maße dominiert das Bestreben, den Dienst in die Lage zu versetzen, seine „Datenstaub-

sauger“ weiterhin nach eigenem Gutdünken zu gebrauchen. Daran ändert auch die „Begrenzung“ der Massenüberwachung seitens des Bundesnachrichtendienstes auf 30 Prozent des Volumens des globalen Datenverkehrs nichts.

Abhängiges Kontrollorgan geplant

Innenpolitischen Sprengstoff bieten des Weiteren die vorgesehenen Regelungen hinsichtlich des vom Bundesverfassungsgericht geforderten unabhängigen Kontrollrates. Denn die Personalverwaltung dieser neu zu schaffenden Bundesbehörde mit 62 Mitarbeitern soll nach den Vorstellungen des Bundeskabinetts ebenso dem Kanzleramt obliegen wie die letzte Entscheidung darüber, in welchen Fällen sich der Kontrollrat an das Parlament wenden darf. Somit birgt der neue Gesetzesentwurf auch die Gefahr, dass der Bundesnachrichtendienst zukünftig deutlich stärker als bisher von der jeweils amtierenden Bundesregierung vereinnahmt wird.

DEUTSCHER BUNDESTAG

Kein Bundesbeauftragter für Christenverfolgung

Parlamentsmehrheit hat den AfD-Antrag auf Schaffung einer entsprechenden Stelle abgelehnt

Aus den Reihen der AfD-Bundestagsfraktion kam der Antrag, einen eigenen „Bundesbeauftragten zur Bekämpfung von Christenfeindlichkeit in Deutschland“ zu berufen. Vorgestellt wurde der Antrag von dem Obmann des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung sowie ordentlichem Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Anton Friesen. Als Vorbild für die vorgeschlagene Berufung diente der „Bundesbeauftragte für jüdisches Leben in Deutschland“, aber auch Vorbilder aus dem Ausland. So gibt es beispielsweise in Ungarn bereits seit 2017 sogar einen Beauftragten für verfolgte Christen im Range eines Staatssekretärs.

Am Tage vor der Abstimmung hatten die Antragsteller den US-amerikanischen Spezialisten für Christenverfolgung, Raymond Ibrahim, zu einem großen Online-Forum in den Bundestag eingeladen. Bei dem Forum wurde deutlich, dass und wie Christenverfolgung stattfindet. Es half alles nichts. Der AfD-Antrag wurde von allen übrigen Parlamentsfraktionen abgelehnt und an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe delegiert. Eine Woche vor Weihnachten hatte der Bundestag damit bereits ein zweites Mal die Schaffung eines Bundesbeauftragten für Christenverfolgung abgelehnt.

Als ihr Vorsitzender noch Volker Kauder geheißen hatte, hatte das Thema Christenverfolgung bei der CDU/CSU-Fraktion noch öfter auf der Tagesord-

nung gestanden. Aber unter Kauders Nachfolger Ralph Brinkhaus ist das Thema der Verfolgung von Christen für die beiden Parteien mit dem „C“ im Namen kein Anliegen mehr, denn sonst hätte sie selbst einen solchen Antrag eingebracht oder ihn unterstützt. Für den Bundesbeauftragten für Religionsfreiheit, Markus Grübel (CDU), war die Tatsache, dass kein Vertreter der christlichen Kirchen den Wunsch nach einem derartigen Beauftragten an die Bundesregierung herangetragen hatte, ein Argument, sich nicht mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Weltweit sind laut dem internationalen überkonfessionellen christlichen Hilfswerk Open Doors, das sich für Christen einsetzt, die aufgrund ihres Glaubens

diskriminiert oder verfolgt werden, mindestens 260 Millionen Christen in 50 zu meist muslimischen Staaten Verfolgung ausgesetzt. Symbole des Christentums wie Priester, Kirchen, Gottesdienste oder Weihnachtsfeste und -märkte werden häufig zu leichten Zielen muslimischer Dschihadisten, weltweit, aber auch mitten in Deutschland und Europa. Auf der Liste der Verfolgerstaaten, welche die Nichtregierungsorganisation erstellt hat, sind von den zehn Ländern, in denen Christen am meisten verfolgt werden, acht muslimisch. Doch selbst in traditionell christlichen Ländern sind Christen nicht sicher, wie erst Anfang November wieder Morddrohungen gegen in Deutschland lebende armenische Christen gezeigt haben. *Bodo Bost*

ALTENPFLEGE

„Allein auf weiter Flur“

Corona: Das Versagen der Politik hinterlässt in Berliner Pflegeheimen tiefe Spuren

VON NORMAN HANERT

gut ein halbes Jahr ist vergangen, seit sich Bundeskanzlerin Merkel in einer ihrer wöchentlichen Videobotschaften ausdrücklich bei den älteren Menschen für deren Verständnis und deren Haltung in der Corona-Pandemie bedankt hat. Für die Älteren, die allein in ihren Wohnungen oder in Pflegeheimen lebten, sei das Schmerzhafte sicher gewesen, „über lange Wochen die Kinder und Enkel nicht sehen, nicht einfach in den Arm nehmen zu können“, so die Kanzlerin im Juli.

Verbunden war der Dank der Kanzlerin mit der Erklärung, Bund und Länder wären sich einig, dass die Bewohner in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern besonderen Schutz benötigten. Haben sie ihn bekommen? Kaum. In hartem Kontrast zu Merkels Ankündigung steht das derzeitige Infektionsgeschehen in Pflegeeinrichtungen: In Hessen lag im Dezember der Anteil von Heimbewohnern an der Gesamtzahl der Menschen, die zum Todeszeitpunkt Corona-Positiv getestet worden sind, bei 86 Prozent. Hamburg und Bremen meldeten Werte von mehr als 70 Prozent. Auch in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg handelte es sich bei mehr als der Hälfte der Corona-positiven Todesfälle um Senioren aus Pflegeheimen.

„Senat handelt verantwortungslos“

Trotz der Erfahrungen in der ersten Welle und den Ankündigungen von Bundes- und Landesregierungen ist es der Politik und den Heimbetreibern nicht gelungen, die Senioren zu schützen: Das Wohnen in einem Altenheim muss derzeit sogar als ein großer Risikofaktor gesehen werden.

Auch in den Berliner Pflegeheimen sterben während der zweiten Welle der Corona-Pandemie auffällig viele Menschen, bei denen Corona nachgewiesen wird. Nach Angaben der Gesundheitsverwaltung machen Heimbewohner in Berlin mehr als die Hälfte solcher Todesfälle in der Stadt aus. Im Laufe des Dezembers kam es in sechs Pflegeheimen der Hauptstadt zu großen Corona-Ausbrüchen. Die meisten Infektionen wurden aus dem Pflegezentrum „Goldenherz“ in Berlin-



Der rot-rot-grüne Senat erntet scharfe Kritik: Berliner Altenheime in Not

Foto: Ullstein

Wedding gemeldet: Das Heim hat 228 Plätze. Im Dezember wurden 104 Bewohnern und 45 Mitarbeiter der Pflegeeinrichtung positiv auf das Virus getestet. 22 Bewohner sind bislang an oder mit dem Coronavirus verstorben.

Das Gesundheitsamt Reinickendorf bestätigte einen massiven Ausbruch bei einem Pflegeheim an der Techowpromenade. Hier gab es bis Mitte Dezember bereits zwölf Tote. Um die Ausbreitung des Virus in Pflegeheimen einzudämmen, hat der Berliner Senat Mitte Dezember strengere Regeln beschlossen: Mitarbeiter müssen sich seitdem alle zwei Tage einem Test unterziehen. Besucher müssen bei einem Besuch verpflichtend eine FFP2-Maske tragen und ein negatives, maximal 24 Stunden altes Testergebnis vorweisen.

Der Leiter eines Caritas-Seniorenzentrums in Hohenschönhausen beklagte im Sender rbb, dass die Heime die geforderten Strukturen gar nicht bieten können: „Man muss da auch wirklich sehr deutlich sagen, dass der Senat in unseren Augen sehr verantwortungslos gehandelt hat.

Denn er lässt die Pflegeeinrichtungen und das Personal damit ziemlich im Stich und allein auf weiter Flur“, so der Heimleiter. Schon in normalen Zeiten ist die Personaldecke in vielen Heimen dünn. Die Corona-Pandemie verschärft nun die Lage, weil Mitarbeiter in Quarantäne geschickt werden müssen. Die regelmäßigen Corona-Tests binden zusätzlich Personal. Problematisch ist zudem, dass zum Stopfen von personellen Engpässen Pflegemitarbeiter in wechselnden Abteilungen und Heimen eingesetzt werden. Eine Entlastung könnten in dieser Situation Schnelltests für Besucher und Mitarbeiter darstellen.

Gesetz behindert Schnelltests

Solche Schnelltests werden in Frankreich und der Schweiz mittlerweile auch schon in Apotheken angeboten: Hierzulande jedoch verhindern die von der deutschen Politik erlassenen Gesetze die Abgabe von Corona-Schnelltests an Privatpersonen durch Apotheker. Erst knapp ein Jahr nach dem massenhaften Auftreten des neuartigen Corona-Virus signalisierte

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn im Dezember immerhin Bereitschaft für eine Änderung. Das Beispiel der Stadt Tübingen zeigt, welche wichtige Rolle solche Tests in einem Gesamtkonzept zum Schutz von älteren Menschen spielen können.

Bereits während der ersten Pandemieperiode organisierte Tübingen ein spezielles Schutzprogramm mit einem Senioren-Einkaufszeitfenster, günstigen Einzelfahrten im Sammeltaxi und gratis verteilten FFP2-Masken. Das von der Notärztin Lisa Federle entwickelte Tübinger Konzept setzt seit dem Herbst auch auf mobile Teststationen für kostenlose Corona-Schnelltests. Zusammen mit Hygieneregeln sieht Federle in den Schnelltests einen Weg, um während der Pandemie ältere Menschen zu schützen und gleichzeitig ihre soziale Isolation zu verhindern. Auch in der schwäbischen Stadt sind Corona-Infektionen in Pflegeheimen aufgetreten. Allerdings sind die Zahlen weit weniger alarmierend als in anderen Teilen Deutschlands.

BRANDENBURG

Die Ausgrenzungsfront bröckelt weiter

Mit der AfD gestimmt: Kommunalpolitiker von Linkspartei und CDU stellen sich gegen ihre Parteispitzen

Brandenburgs Sozialdemokraten, die CDU, die Linkspartei und die Grünen schließen offiziell jede Zusammenarbeit mit der AfD aus. Besonders in der Kommunalpolitik ist diese kompromisslose Herangehensweise jedoch nur mit viel Druck der Parteispitzen auf Mandatsträger durchzuhalten. Nachdem vergangenes Jahr schon die Kooperation von Linkspartei und AfD im Stadtparlament von Forst (Spree-Neiße) politische Wellen schlug, gibt es nun auch bei der märkischen CDU den Fall einer Kooperation mit der AfD auf kommunaler Ebene.

In Bestensee (Dahme-Spreewald) stimmten AfD, CDU und die Liste Unabhängige Bürger im Gemeinderat gemeinsam im Dezember dafür, eine Montessori-Grundschule aus dem benachbarten Königs Wusterhausen in den Ort zu holen. Nach Angaben des Gemeindevor-

standers Roland Holm haben 14 von 19 Abgeordneten für den Antrag gestimmt. Bei der Spitze der brandenburgischen CDU löste der gemeinsame Antrag scharfe Reaktionen aus. Generalsekretär Gordon Hoffmann forderte die Spitze des Kreisverbandes Dahme-Spreewald auf, bei der Fraktion in Bestensee darauf hinzuwirken, dass sich eine solche Kooperation nicht wiederhole.

Mit Rauswurf gedroht – vergeblich

Dem Bestenseer CDU-Fraktionschef Claus Weßlau drohte die Parteispitze sogar den Rauswurf aus der Partei an. „Im Wiederholungsfall werden wir ihn aus der Partei ausschließen müssen“, so Hoffmann gegenüber der Zeitung „B.Z.“. Der unter Beschuss geratene Kommunalpolitiker ließ gegenüber der „B.Z.“ jedoch trotz wissen, er schließe einen neuen

Antrag mit der AfD nicht aus: „Dieses ungeliebte Verbot ist ein Maulkorb. In der Kommunalpolitik müssen alle zusammenarbeiten. Ich lasse mir nicht von der Bundes-CDU vorschreiben, wie ich mich zu verhalten habe.“

Bereits im Mai 2020 hatte eine Zusammenarbeit von Linksfraktion und AfD im Stadtparlament von Forst für bundesweites Aufsehen gesorgt. Beide Fraktionen stopten zusammen mit der Fraktion „Gemeinsam für Forst“ Pläne zur Sanierung eines Kinder- und Jugendzentrums. Weil sie im Falle einer Sanierung des bestehenden Objekts eine Kostenexplosion fürchteten, schlugen die drei Fraktionen den Neubau eines Jugendzentrums vor. Die Zusammenarbeit führte dazu, dass die Landesschiedskommission der Linkspartei im September den Parteiausschluss von Ingo Paeschke beschloss, der bis da-

hin Fraktionschef der Linkspartei im Forster Stadtparlament gewesen war.

Paeschke verteidigte sein Vorgehen mit dem Argument, eine „pauschale Abgrenzung nach rechts“ funktioniere auf der Ebene der Lokalpolitik nicht. Inzwischen läuft es auch bei den beiden noch verbliebenen Linkspartei-Mitgliedern im Forster Stadtrat auf ein Parteiausschlussverfahren hinaus. Zusammen mit der AfD-Fraktion stimmten die beiden Kommunalpolitiker im November dafür, den Neubau des Jugendzentrums gegen den Widerstand der Kommunalaufsicht mit einer Klage beim Cottbuser Verwaltungsgericht durchzusetzen. Der Linkspartei-Kreisverband Lausitz und auch der Landesverband haben inzwischen beschlossen, gegen die beiden abtrünnigen Genossen ein Parteiausschlussverfahren zu eröffnen. N.H.

KOLUMNE

Erfolg kann man sich nicht kaufen

VON THEO MAASS

Am 4. Dezember schien es so, als würde der Traditionsplatzhalter Hertha BSC den Lokalrivalen und Vorjahresaufsteiger 1. FC Union in die Schranken weisen. Mit dem 3:1-Erfolg blieb die alte Dame Hertha „Herr im Hause“ Berlin. Aber nur scheinbar. Union steht vor dem 15. Spieltag mit 24 Punkten auf Platz 6, Hertha auf Platz 14 mit 16 Punkten. Union hat auch gegen starke Konkurrenten Punkte geholt. Bis zum Saisonende kann noch viel passieren, aber beide Berliner Vereine scheinen gegen einen Abstieg gefeit.

Dabei hat Union den kleinsten Etat aller Bundesligisten, betreibt aber eine kluge Personalpolitik. Mit dem angeblichen „Problem-Profi“ Max Kruse kam ein Stürmer an Bord, der das Vertrauen des Trainers prompt mit Toren rechtfertigte.

Auch abseits des Spielgeschehens macht sich Union bemerkbar. Dieser Tage kritisierte Vereinspräsident Dirk Zingler den DFB in Gestalt des Teammanagers der Nationalmannschaft, Oliver Bierhoff. Man könne auch mal 0:6 verlieren wie im November gegen Spanien, müsse das aber anders aufarbeiten, so Zingler. „Wir müssen den Fußball der deutschen Nationalmannschaft den Menschen zurückgeben. Das, was dort passiert ist, ist für mich eine totale Fehlentwicklung, und dafür mache ich Oliver Bierhoff auch verantwortlich, der aus der deutschen Nationalmannschaft eine Marke machen wollte.“ Nachwuchstrainer André Hofschneider (zuvor viele Jahre Union-Profi): „Es gibt kaum etwas Schöneres, als einen Spieler aus den eigenen Reihen zu entwickeln. Aus meiner Sicht gehört es auch im Sport dazu, die Werte des Vereins weiterzugeben.“

Es geht beim Fußball auch um Identität. Erfolg lässt sich nicht kaufen. Beharrlichkeit und Verlässlichkeit sind in der heutigen schnelllebigen Zeit rar geworden, aber sie sind langfristig die Grundlage des Erfolgs, wie das Beispiel des 1. FC Union Berlin zeigt.

MELDUNG

Mehr arme Alte

Berlin – Der Senat hat Zahlen zu den Sozialleistungen in Berlin seit dem Beginn der Hartz-IV-Gesetze vorgelegt. Laut der Aufstellung ist die Zahl der arbeitslosen Bezieher von Hartz IV in Berlin von 2007 bis 2020 um 117.000 zurückgegangen. Allerdings stiegen gleichzeitig die Zahlen für einige staatliche Leistungen stark an – insbesondere für Ältere. Diese Entwicklung betrifft beispielsweise Erwerbsminderungsrenten und Sozialhilfe sowie Grundsicherung im Alter. Für 2005 weist die Statistik 81.500 Empfänger solcher Leistungen aus. Bis 2019 war die Zahl auf 123.000 Personen gestiegen. Zusammengestellt hat der Senat die Daten auf Anfrage des fraktionslosen Abgeordneten Marcel Luthe. Der frühere FDP-Politiker wollte eine Bilanz der 2005 von Rot-Grün beschlossenen Hartz-Gesetze ziehen. Luthe bezeichnete die wirtschaftlich-soziale Bilanz der Gesetze für Berlin als „niederschmetternd“. N.H.

● MELDUNGEN

Nur Berlin hält
Zusage ein

Genf – Vergangenen März verpflichteten sich zwölf EU-Mitgliedsstaaten zur Aufnahme von 1537 minderjährigen Immigranten aus griechischen Asylslagern. Daten der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zeigen nun, dass mit Ausnahme Deutschlands die Aufnahmezahlen weit hinter den Ankündigungen zurückgeblieben sind. Demnach sind bisher erst 553 minderjährige Asylbewerber aus Griechenland in andere EU-Länder umgezogen. Deutschland hatte sich bereit erklärt, 203 Minderjährige aufzunehmen, holte seit März aber 211 in Griechenland ab. Von Frankreich und Portugal lagen laut einem Bericht der EU-Kommission vom November Zusagen zur Übernahme von je 500 Minderjährigen vor. Tatsächlich kamen bis zum 19. Dezember aber nur 131 Jugendliche nach Frankreich und 72 nach Portugal. Die Niederlande hatten signalisiert, 50 Jugendliche zu übernehmen, aber laut IOM-Bericht ist noch kein einziger Minderjähriger in Griechenland abgeholt worden. N.H.

Terrorgruppen
unterstützt

Den Haag/London – Mittlerweile mehren sich die Hinweise darauf, dass die Regierungen der Niederlande und Großbritanniens als NATO-Erfüllungsgehilfen islamische Extremisten in Syrien im Kampf gegen Assad finanziert oder anderweitig unterstützt haben, obwohl diese für Morde an Zivilisten und ethnische Säuberungen verantwortlich zeichneten. Nach Recherchen unabhängiger Journalisten wie Eric van de Beek erhielt die Terrorgruppe al-Dschabhat al-Dschamia durch Vermittlung des Außenministeriums aus den Niederlanden mehrere zivile Fahrzeuge, die später zu mobilen Maschinengewehrträgern, sogenannten Technicals, umfunktioniert wurden. Darüber hinaus floss offensichtlich Geld aus London und Den Haag in die Taschen von Labib Al-Nahass, dem sogenannten Außenminister von Ahrar al-Scham. Diese salafistische Miliz hat unter anderem alawitische Nichtkombattanten in der bei Aleppo gelegenen nordsyrischen Stadt az-Zahra' massakriert und Gewalttaten gegen schiitische Bauern in den syrischen Ortschaften Kafriya und al-Fu'a begangen. W.K.

Strafe für zu
viele Frauen

Paris – Die Verwaltung der französischen Hauptstadt muss eine Strafe zahlen, weil es dort 2018 zu viele Frauen in Führungspositionen gab. Ein mittlerweile geändertes Paritätsgesetz verpflichtete große Städte, bei der Vergabe von Führungsstellen Männer wie Frauen mit mindestens 40 Prozent zu bedenken. 2018 waren aber die Spitzenposten in der Pariser Stadtverwaltung mit elf Frauen und fünf Männern besetzt worden. Das Quorum der Männer war damit mit 31 Prozent untererfüllt. Die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo bezeichnete die verhängte Strafe von 90.000 Euro als „absurd“, ungerecht und gefährlich. Sie beklagte, dass der Rückstand bei der Gleichberechtigung überall in Frankreich noch immer sehr groß sei. N.H.

ITALIEN

Rom streitet über Corona-Hilfen

Sozialdemokraten und Fünf-Sterne-Bewegung möchten eigene Klientelen bedient sehen



Hat nach den erpressten EU-Hilfsgeldern Ärger im eigenen Koalitionsstall: Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte Foto: pa

VON BODO BOST

Mit ganzseitigen Anzeigen in deutschen Tageszeitungen hatten sich im Sommer italienische Politiker, angeführt vom sozialdemokratischen EU-Abgeordneten Carlo Calenda, an die „lieben deutschen Freunde“ gewandt und an die „Werte von Freiheit und Solidarität“ appelliert, um den Widerstand von Bundeskanzlerin Angela Merkel gegen gemeinsam finanzierte Corona-Hilfsfonds zu brechen.

Den Niederlanden, die nach dem Einknicken Merkels die Riege der „Sparsamen“ anführten, warf man in Rom einen „Mangel an Ethik und Solidarität“ vor. Stets argumentierte Italien mit seiner Ehre, wobei offenblieb, was damit genau gemeint war. Die Vertreter der Euro-skeptischen Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) fuhrten erst gar nicht mit nach Brüssel zur Aushandlung der Corona-Hilfen, um den Eindruck der Harmonie nicht zu trüben.

Offen argumentierte Rom politisch – und nicht ökonomisch – für nicht rückzahlbare Corona-Hilfen. Es gelte ein Erstarken Matteo Salvinis und dessen EU-kritischer Lega zu verhindern. Als sich die EU dann auf ein gemeinschaftlich finanziertes Hilfssystem einigte, war nur noch von der Zukunftsgebundenheit der Hilfen die Rede. Diese muss bei der Antragstellung nachgewiesen werden.

Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte war der Gewinner dieser Pokerrunde in Brüssel. Italien durfte den größten Batzen, insgesamt fast 85 Milliarden Euro, als Geschenk der EU einkassieren und das bei einer Schuldenlast des Landes von 2,5 Billionen Euro, der höchsten aller EU-Länder und der dritthöchsten der Welt. Entsprechend gestärkt kehrte Conte aus Brüssel zurück und ruhte sich auf seinen Lorbeeren aus, während Corona in einer zweiten Welle Italien weitaus schlimmer heimsucht als noch im Frühjahr.

Ungeachtet grassierender Corona-Zahlen mit 500 bis 800 Toten pro Tag ist

in Italien ein politischer Kampf in der Regierungskoalition um die Verteilung der geschenkten Milliarden entbrannt. Der sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) und der Fünf-Sterne Bewegung, die mit den drei Gründungsparteien des linksgerichteten Parteienbündnisses Liberi e Uguali (LeU), Articolo 1 – Movimento Democratico e Progressista, Sinistra Italiana und Possibile, der von Matteo

Damit droht Italien
eine zweijährige
politische Lähmung.
Dann erst stehen
turnusmäßig
Neuwahlen an

KOREA

Streit um Flugblattaktionen gegen Pjöngjang

Nach dem Ende der staatlichen Aktionen des Südens sind Privatpersonen eingesprungen

In seinem Bestreben, mit Nordkorea Verständigung, echten Frieden und deren atomare Abrüstung zu erreichen, versprach der südkoreanische Staatspräsident Moon Jae-in die Einstellung der Flugblattaktionen gegen Nordkorea. Während der vergangenen Jahre waren Flugblätter mithilfe großer Ballons millionenfach nach dort geflogen worden und über Nordkorea abgeworfen worden.

Die Hoffnungen Seouls, in einer Art Neuaufgabe der einstigen Ostpolitik Willy Brandts zumindest über den 38. Breitengrad menschliche Erleichterungen zu schaffen, blieben bis heute unerfüllt. Die Fronten sind verhärterter denn je, eine Besserung ist nicht zu erwarten.

Nach der offiziellen Beendigung der Flugblattaktionen setzten indes mehrere Gruppen nordkoreanischer Flüchtlinge in Südkorea ihre Propaganda gegen den Norden fort. Die finanzielle Unterstützung erfolgt von Koreanern in den Verei-

nigten Staaten, hinter denen zweifellos einflussreiche Kreise stehen.

Moon seinerseits befindet sich seit einigen Monaten unter zunehmendem Druck Pjöngjangs, deren Aktivitäten zu verbieten. Laut gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen in Seoul erwägt man dort in der Tat ein direktes strafrechtliches Verbot jener Tätigkeit der Flüchtlinge.

Pjöngjang fordert Verbot

Dieses wäre indes ein Bruch der südkoreanischen Verfassung mit deren Garantie der Meinungsfreiheit sowie ein Verstoß gegen das vorherrschende allgemeine politische Moralempfinden. Nicht zuletzt würde ein solcher Schritt zur Verärgerung der Öffentlichkeit in den USA führen, die weiterhin die Schutzmacht Südkoreas gegen etwaige Angriffe aus Nordkorea sind. Gegen ein derartiges Verbot spricht auch, dass die Regierung in Seoul keinerlei Garantien für Gegenleis-

tungen Pjöngjangs in Form menschlicher Erleichterungen besitzt.



Ballongrüße aus Südkorea: Fliegendes Propagandamaterial für Nordkoreaner

Renzi 2019 gegründeten Partei der politischen Mitte Italia Viva sowie der Interessensvertretung der Auslandsitaliener in Südamerika Movimento Associativo Italiani all'Estero (MAIE), Italiens Regierung stellen, ist die neue Macht und Selbstherrlichkeit des Technokraten Conte ein Dorn im Auge.

Angst vor Neuwahlen

Sozialdemokraten wie Fünf-Sterne-Bewegung wollen wie in den letzten Jahrzehnten gewohnt in erster Linie die eigene Klientel mit den Milliardenhilfen bedienen. Die Zweck- und Zukunftsgebundenheit der Mittel hindert sie daran nicht. Derartige Versorgung erwartende Wähler hat Conte als Parteiloser jedoch nicht. Der Premier hatte im Sommer, als sich die EU-Staaten auf den sogenannten Wiederaufbaufonds verständigt hatten, noch euphorisch eine „Neuerfindung Italiens“ und ein kräftiges Wachstum versprochen.

Nun lähmt der Milliardensegel jedoch die Regierung. Konkrete und vor allem bewilligungsfähige Projekte hat Rom bisher kaum vorgelegt, weil Conte wie ein Autokrat die Neuerfindung Italiens zur eigenen Sache gemacht hat. Renzi warf Conte die Ausnutzung von „vollen Machtbefugnissen“ vor. Der Ex-Premier drohte damit, seine Minister aus der Regierung zurückzuziehen.

Weder die Fünf-Sterne-Bewegung noch die PD verteidigten Conte im Parlament. Aber einen Sturz Contes versuchen beide Parteien zu verhindern, aus Angst bei Neuwahlen Parlamentsmandate zu verlieren. Ihre Angst ist begründet, denn Salvini Lega Nord führt gegenwärtig noch in allen Umfragen.

Damit droht Italien eine zweijährige politische Lähmung, denn erst dann stehen turnusmäßig Parlamentswahlen an. Ob Italien in dieser Blockade zwischen Premier und Parlament bewilligungsfähige Projekte einreichen kann, bleibt abzuwarten. Bereits in den vergangenen Jahren hatte Italien jeweils nur vier Zehntel der für das Land reservierten EU-Strukturfonds-Mittel abgerufen wegen fehlender entsprechender Anträge. Dasselbe könnte nun mit den Milliarden aus dem sogenannten Wiederaufbaufonds auch passieren.

In dieser Situation bemühen sich seit Mitte Dezember zwei Vertreter der südkoreanischen Botschaft in Berlin, das diesbezügliche Verhalten der Westdeutschen nach dem Abschluss der damaligen Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin zu erkunden. Bereits 1970 wurden alle Aktionen der Psychologischen Kampfführung der Bundeswehr gegen die DDR eingestellt. Vereinzelt gab es Bundesbürger, welche westdeutsches Schrifttum in die DDR schmuggelten. Dieses unter Strafe zu stellen, war niemals Absicht in der Bundesrepublik. Dies wäre angesichts des Grundgesetzes und der damaligen politischen Moralvorstellungen in Westdeutschland undenkbar gewesen.

Auch auf anderem Wege konnten sich die DDR-Bürger über westliche Medien informieren. Derartiges ist in Nordkorea unmöglich. Dort sind Flugblätter aus dem anderen Teilstaat weiter die einzige Informationsquelle. Friedrich-W. Schломann

VON PETER ENTINGER

Zwar sind auch im Baltikum die Auswirkungen der Corona-Pandemie spürbar, doch scheint man dort die Krise besser zu bewältigen. Dies liegt vor allem an der fortgeschrittenen Digitalisierung. Dominic Otto, Vizechef der Deutsch-Baltischen Handelskammer, formulierte es gegenüber dem Nachrichtenmagazin „FOCUS“ wie folgt: „Die baltischen Staaten haben verstanden, dass man der aktuellen Krise nur Herr werden kann, wenn man alle Möglichkeiten ausschöpft, wenn man nicht nur auf Masken, Abstandsgebot und Lockdown setzt, sondern auch auf technische Entwicklungen.“

Als besonders mustergültig gilt Estland. Zwar sind auch dort die Fallzahlen zuletzt wieder angestiegen, doch hat sich dort die Erkenntnis durchgesetzt, dass man eine Pandemie nicht nur mit Abstand und Maske eindämmen kann. Dies wirkt sich auch auf die politische Willensbildung aus. Abgesagte Parteitage, verschobene Kommunalwahlen wie in Deutschland sind in Estland undenkbar. Im kleinsten der Baltenstaaten konnten die Bürger weiterhin problemlos abstimmen, denn dort wählt man schon seit Jahren online.

Heimarbeit und E-Government

Auch Teleheimarbeit ist im Land seit Langem eher die Regel als die Ausnahme, zumindest fast überall und jederzeit möglich, was die Infrastruktur betrifft. Im ganzen Land gibt es kaum einen Winkel, in dem man kein Internet nutzen kann. Estland hat die Digitalisierung seines Staatswesens bereits vor Corona massiv vorangetrieben. Ewige Wartezeiten, umständliche Formulare für Anträge und Schlange stehen bei Behörden gehören der Vergangenheit an. Die nahezu durchgängige elektronische Verwaltung, das „E-Government“, hat alles vereinfacht. Ummelden, Ausweise beantragen, wählen oder Firmen gründen – mit ein paar Klicks auf dem Rechner oder Smartphone ist vieles in Kürze erledigt.

Der Digitalisierungs-Musterstaat bezeichnet sich gerne als „e-Estonia“. Dort sind seit Jahren alle Behördenangelegenheiten von zu Hause aus zu regeln. Mehr als 3000 Dienstleistungen können digital in Anspruch genommen werden. Als Schlüssel zu den digitalen Möglichkeiten dient eine Bürgerkarte, die gleichzeitig unter anderem Ausweis, Führerschein und Versichertenkarte ist. In Deutschland werden bei solchen Dingen stets Datenschutzbedenken angemeldet.

Ähnliches wie das über Estland Gesagte gilt auch für die anderen baltischen Staaten. Während die deutschen Gesundheitsämter beim Erfassen des Infektions-



Die Balten im Allgemeinen und die Esten im Besonderen setzen aufs Internet, zu dem in ihren Ländern fast überall und jederzeit Zugang besteht: Hinweis auf freies WLAN in der estnischen Hafenstadt Pärnu (Pärnu)

BALTIKUM

Gut digitalisiert durch die Pandemie

In der Corona-Krise kommt Esten, Litauen und Letten ihre Internet-Affinität zugute

geschehens zum Teil noch mit Excel-Tabellen, Papierformularen und Bleistift arbeiten, setzt Litauen schon seit Jahren auf ein landesweites digitales Meldesystem zum Infektionsschutz, das die Daten von staatlichen Behörden und öffentlichen Institutionen bündelt. „Im Zuge der Covid-19-Krise kreierte IT-Entwickler und Mobilfunkanbieter neue Features, sodass die Bürger regelmäßige Krisen-Updates per Messenger-Dienst aufs Handy gesendet bekommen. Eine Test-Panne wie im Sommer in Bayern bei den Reiserückkehrern wäre in Litauen undenkbar“, sagte Otto dem „FOCUS“.

In Litauen läuft der Schulunterricht seit Monaten ausschließlich digital, und das problemlos. Microsoft Lithuania stell-

te allen Schülern das für die Benutzung des Online-Dienstes Zoom erforderliche Office-Paket kostenlos zur Verfügung. Und Kinder, deren Eltern finanziell schlechter gestellt sind, bekamen den Laptop von den Schulen finanziert.

Geringer Wirtschaftseinbruch

Auch im medizinischen Bereich ist das Baltikum den älteren EU-Mitgliedern meilenweit enteilt. Aus Furcht vor einer Ansteckung haben viele Deutsche in der ersten Lockdown-Phase trotz gesundheitlicher Beschwerden den Arztbesuch vermieden. Gesundheitsexperten sehen hier mittel- und langfristig große Folgeerscheinungen der Pandemie auf das deutsche Gesundheitssystem zukommen. In

Litauen beispielsweise gibt es dagegen seit Jahren digitale Arztprechstunden. Als besonders hilfreich erwies sich in den vergangenen Monaten die App „Act on Crisis“, die psychologische Betreuung in drei Sprachen anbietet.

Die Digitalisierung vermindert auch die wirtschaftlichen Schäden der Pandemie. Für Estland wird derzeit ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von nur 5,6 Prozent erwartet, für Lettland gar nur von 5,1 Prozent. Und in Litauen erwartet die Europäische Kommission sogar nur einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um gerade einmal etwas mehr als zwei Prozent. Zum Vergleich: Für Deutschland wird mit einem Rückgang von sechs Prozent gerechnet.

SPAC-UNTERNEHMEN

Einfallstor für Betrüger

Akquisitionszweckunternehmen gelten als Geheimwaffe für Investoren – Gefährlich sind sie allemal

Viele Investoren suchen händeringend nach lukrativen Anlagemöglichkeiten, während innovative Unternehmen dringend Kapital benötigen. Dabei suchen sie Wege, um den aufwendigen und zudem mit lästigen Kontrollen verbundenen Gang an die Börse zu vermeiden.

Abhilfe kann in solchen Fällen ein sogenanntes Akquisitionszweckunternehmen schaffen – besser bekannt unter der englischen Bezeichnung Special-purpose acquisition company (SPAC). Ein SPAC arbeitet nach folgendem Prinzip: Im ersten Schritt gründen private Initiatoren eine Mantelgesellschaft, welche keine eigene Geschäftsidee hat. Dann bringen sie das SPAC unter Einsatz ihres Eigenkapitals an die Börse. Das dadurch eingesamelte Geld wird zunächst ganz konventionell zum üblichen Marktzins angelegt. Anschließend suchen die SPAC-Manager

nach Unternehmen in der Realwirtschaft mit Zukunftspotential. Sind sie dabei erfolgreich, folgt die Fusion der beiden ungleichen Partner und – wenn alles gut läuft – ein rapider Kursanstieg, der den Anlegern satte Gewinne einträgt.

Als größte SPAC-Gesellschaft, die derzeit nach einem passenden Unternehmen Ausschau hält, gelten die Pershing Square Tontine Holdings des Hedgefonds-Managers William Ackman, die über sieben Milliarden US-Dollar verfügen. In anderen Fällen kam der Zusammenschluss schon zustande und führte auch zum angestrebten Ergebnis. So beispielsweise bei dem Sportwettenanbieter DraftKings und dem privaten Raumfahrtunternehmen Virgin Galactic.

Befeuert durch die Corona-Krise und die daraus resultierende Flut billigen Geldes, mit dem die Notenbanken versuchen,

der angeschlagenen Wirtschaft wieder aufzuhelfen, nahm die Zahl der SPACs im vergangenen Jahr deutlich zu. Waren es 2019 noch 59 neue Akquisitionszweckunternehmen, die 14 Milliarden Dollar einsammeln konnten, wurden 2020 bereits 208 SPACs mit einem Finanzvolumen von rund 70 Milliarden Dollar aufgelegt.

Abonnement-Schwindel

Da deren Anteil am Markt für Börsengänge damit auf fast 30 Prozent stieg, befürchten Experten nun eine Blasenbildung. Darüber hinaus rief die SPAC-Euphorie inzwischen auch einige Betrüger auf den Plan.

Ende 2019 kaufte die Modern Media Acquisition Corporation (MMAC) des US-amerikanischen Radiounternehmers Lew Dickey den Musikstreamingdienst Akazoo und brachte ihn an die Börse. Im

Mai 2020 flog dann auf, dass die angeblich 4,3 Millionen „Premium-Abonnenten“ von Akazoo in 25 Ländern der Welt überhaupt nicht existierten. Durch den Schwindel standen alle, welche in das MMAC-Akazoo-SPAC investiert hatten, am Ende mit leeren Händen da.

Ähnlich dreist agierte auch der Tesla-Konkurrent Nikola Corporation. Das in Phoenix (Arizona) ansässige Unternehmen, welches emissionsfreie Trucks auf die Straße bringen will, fusionierte im Frühjahr 2020 mit dem SPAC VectoIQ. Ein halbes Jahr nach dem Börsengang stellte sich heraus, dass der medienwirksam vorgeführte Prototyp Nikola One gar keinen eigenen Antrieb besaß und nur bergab gerollt war. Der Aktienkurs von Nikola-VectoIQ sackte daraufhin von 80 Dollar im Juni 2020 auf derzeit rund 16 Dollar ab. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Teslas großer Wasserdurst

Potsdam – In einer aktuellen Stunde des Landtages bejahte Brandenburgs Umweltminister Axel Vogel (Grüne) am 17. Dezember die Frage, ob auf dem Gelände der Baustelle der Tesla-Gigafactory in Grünheide Brunnenbohrungen vorgenommen worden seien oder zukünftig veranlasst würden. Keine Antwort geben konnte er auf die Frage der Landtagsabgeordneten Kathleen Muxel (AfD) zur Anzahl und zur Tiefe der Brunnenbohrungen. Nach ihrer Ansicht ist die Wasserversorgung für die vier geplanten Ausbauphasen des Tesla-Werkes offiziell bislang nicht geklärt. Der regionale Wasserzweckverband kann laut Muxel den Wasserbedarf des Tesla-Werkes maximal für die erste Ausbaustufe abdecken. Vor diesem Hintergrund äußerte sie den Verdacht, dass Tesla mit den Testbohrungen auf dem Werksgelände Pläne verfolgen könnte, eine eigene Wasserversorgung aufzubauen. *N.H.*

Gericht weist „Klimaklage“ ab

Oslo – Greenpeace, die Organisation Natur & Jugend sowie zwei Unterstützerguppen sind am Obersten Gerichtshof in Oslo mit einer Klage gegen den Staat Norwegen gescheitert. Die Kläger hatten dem Königreich vorgeworfen, mit der Zulassung von Ölbohrungen in der arktischen Barentssee gegen die norwegische Verfassung verstoßen zu haben. Die Verfassung sichert dem norwegischen Volk ein Recht auf eine gesunde Umwelt zu. Aus Sicht des Höchstgerichts kann der Umweltparagraph der Verfassung aber nicht so ausgelegt werden, wie dies die klagenden Organisationen gewünscht haben. Norwegens Regierung hatte in dem Verfahren argumentiert, die Zulassung der Bohrungen habe die politischen Prozesse gründlich durchlaufen und sei verfassungskonform. Umweltschutzaktivisten hatten mit der Klage gegen Norwegens Regierung die Hoffnung verbunden, einen Präzedenzfall für sogenannte Klimaklagen in aller Welt etablieren zu können. *N.H.*

Aktion „Wir machen auf“

Berlin – Eine Initiative von Gewerbetreibenden hat kurz vor dem Bundesländer-Gipfel vergangenen Dienstag damit gedroht, ihre Geschäfte auch dann am 11. Januar wieder zu öffnen, wenn eine Verlängerung des Lockdown beschlossen würde. Im sozialen Netzwerk „Telegram“ haben sich Zehntausende Menschen zur Gruppe „Wir machen auf – Kein Lockdown mehr“ zusammengeschlossen. Die Aussicht auf Geldstrafen bei einer unerlaubten Öffnung ihrer Restaurants oder Läden scheint die Initiatoren nicht mehr zu schrecken. Im Netz weisen Teilnehmer der Aktion zudem darauf hin, dass solche Strafen angefochten werden könnten. Gerade bei Gastronomie und Einzelhandel ist die Verbitterung groß, da auf Geheiß der Politik viel in Abstands- und Hygienemaßnahmen investiert worden war. Dann schloss die Politik die Geschäfte, ohne dass ein besonderes Ansteckungsgefahren dort nachgewiesen wurde. *H.H.*

KOMMENTARE

Chefposten für Verlierer

ERIK LOMMATZSCH

Warum ist Rudolf Scharping seinerzeit eigentlich nicht Vorsitzender der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) geworden? Qualifiziert dafür wäre der Sozialdemokrat gewesen, denn er war nicht nur 1994 als Kanzlerkandidat erfolglos und wurde 2002 als Verteidigungsminister aufgrund diverser Peinlichkeiten entlassen, sondern hat auch als Vorsitzender der Bundespartei von 1993 bis 1995 glücklich agiert. Vor allem Letzteres, das Scheitern an der Führung der SPD nach relativ kurzer Zeit, scheint eine Qualifikationsvoraussetzung für die Leitung der FES zu sein.

Bei Scharping war der Bund Deutscher Radfahrer (BDR) wohl schneller. Der Politik-Verlierer erhielt einen Posten, dem er immerhin gewachsen zu sein scheint. Seit 2005 agiert er als BDR-Präsident.

Bei Kurt Beck kam die FES zum Zuge. Der rheinland-pfälzische SPD-Politiker, der als Parteichef zwischen 2006 und 2008 sichtlich überfordert war, wurde 2013 Vorsitzender der Stiftung.

Kurz vor dem Jahreswechsel hat ihn nun Martin Schulz in dieser Funktion beerbt. Schulz – der seine Genossen einst dazu aufforderte, „Martin, Martin“ zu skandieren und 2017 das bislang schlechteste Ergebnis eines SPD-Spitzenkandidaten bei einer Bundestagswahl einfuhr – war von 2017 bis 2018 Parteivorsitzender. Ein Amt im Tagesgeschäft hatten die eigenen Leute dem einstigen „Europapolitiker“ dann nicht mehr anvertrauen wollen.

Die FES ist, wie fast alle parteinahen Stiftungen, eigentlich ein eingetragener Verein und erhält jährlich dreistellige Millionenbeträge aus Steuermitteln. Wenn sie den Anspruch erhebt, „als führender Thinktank wahrgenommen“ zu werden, so die Worte von Schulz, sollte sie bei der Auswahl ihres obersten Repräsentanten irgendwann auch einmal wieder im Bereich derer suchen, die nicht an Herausforderungen gescheitert sind, sondern politisches Können unter Beweis gestellt haben. Anderen bieten Radfahrer-Bund und Ähnliches Aufgaben und Erfüllung.

Selbstvergiftung

HANS HECKEL

Was sich in einem Freiburger Ökoladen abspielt, zeigt wie im Brennglas eine hochinteressante Verwerfung im grünlinken Lager. Wie die „Welt“ berichtet, ist dort die Auseinandersetzung um die Corona-Maßnahmen völlig eskaliert. Langjährige Stammkunden erhalten Einkaufsverbot, ein Mann schreit einer Verkäuferin „Heil Hitler!“ ins Gesicht.

Was kommt da zum Vorschein? Es ist nicht allein der Auswurf jener Panik, die viele ergriffen hat angesichts einer Gefahren einschätzung, welche von täglichem Medien-Bombardement angeheizt wird. In der völlig übertriebenen Härte des Streits keimt auch etwas, das vom grünlinken Milieu ausgehend seit den 80er Jahren den politischen Diskurs in Deutschland zunehmend und in dem Maße vergiftet hat, in dem grüne Tonangebende die Debattenhoheit an sich reißen und so die Maßstäbe in politischen Diskussionen verändern konnten.

Kennzeichnend für die grünlinke Diskursführung war von Anfang an die Moralisierung aller maßgeblichen Themen und somit die persönliche Dämonisierung Andersdenkender. Der Abweicher war nun nicht mehr bloß falsch informiert, von anderen Interessen geleitet oder schlicht „dumm“, wie man dies zu allen Zeiten von Andersdenkenden annehmen mochte. Von jetzt an galt er als böse, als übler Charakter.

Das ging für Grünlinks solange gut, wie die „anderen“, also die „Bösen“, außerhalb des eigenen Lagers verortet werden konnten, vorzugsweise „rechts“. Heute aber treffen grüne Pharmakritiker als Impfskeptiker oder „Maskenverweigerer“ auf andere Grüne, für die Impfskepsis oder Maskenlosigkeit nur ein Ausdruck finsterner Absichten rechtsaußen-verdächtiger „Coronaleugner“ sein kann. Damit spaltet das Gift der grünen Moralisierung und Dämonisierung plötzlich das ureigene Lager – mit erwartbar bizarren Folgen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Spielt der Politik in die Hände: Angst

Foto: Shutterstock

KOLUMNE

Angst macht Macht

FLORIAN STUMFALL

Fürchtet Euch nicht!“, heißt es in der Weihnachtsbotschaft, die damit auf eine Befreiung von Angst, aber auch Irrtum und Aberglauben hinweist. Doch das tröstliche Wort erklingt zur Unzeit, nicht deshalb, weil Weihnachten vorüber ist und der Gedanke daran bereits verschwommen, außer bei Kindern vielleicht und den Glücklichen, die ihnen gleichen.

Nein – Unzeit, der Furcht abzuschwören, herrscht aus anderem Grunde. Die Botschaft nämlich trifft auf Menschen, denen man seit Jahrzehnten Angst macht vor Erscheinungen, Ereignissen, tatsächlichen oder möglichen, vor der Schwärze warnender Gedanken und der Gefahr, dass es noch viel schlimmer kommen könnte, als solche Gedanken ankündigen.

In der perspektivischen Verkürzung des Rückblicks scheint die erste, bahnbrechende und grauerregende Angst, der, wie man damals annehmen durfte, eine größere nicht würde folgen können, diejenige gewesen zu sein, die vom Baumsterben ausgelöst worden war. Damals, in den 1980ern, war dieses Baumsterben allgegenwärtig und es griff um sich wie ein Steppenbrand. Das Publikum wurde eingedeckt mit Bildern von kranken oder abgestorbenen Bäumen. Dabei spielte es für die Zuschauer keine Rolle, ob es sich dabei um Krüppelkiefern handelte oder aber um eine Fichte an der Baumgrenze, denn derlei Einzelheiten erschließen sich den meisten Menschen nicht.

Diese kleinen, wenn auch unredlichen Tricks, beschleunigten den Steppenbrand außerordentlich, der zudem dadurch befeuert wurde, dass es sich beim Thema Wald um ein deutsches Urgefühl handelt, das anzutasten an die Seinsgründe teutonischen Seelenlebens rührt. Nicht umsonst spricht man davon, man habe einem Unglücklichen die „Axt an die Wurzel“ gelegt.

Mit dem Waldsterben ging es los

Daher spielte es auch keine Rolle, dass bei der ganzen Propaganda nachgeholfen, die Lage maßlos überzeichnet und vor allem verschwiegen wurde, dass der Wald einen lebendigen Organismus darstellt, der einmal ziemlich gesund, dann wieder etwas krank, aber nur in kleinen Teilen eins von beiden zur Gänze ist. Bei den Menschen ist es ja ebenso. Jedenfalls hätte nach den Prognosen, so auch des Club of Rome, um die Jahrhundertwende

in Deutschland kein Baum mehr stehen dürfen. „Erst stirbt der Baum, dann stirbt der Mensch“, hieß es damals. Es ist anders gekommen, die Wälder haben an Fülle und Ausdehnung zugelegt, und seither spielt der Waldzustandsbericht eine nachgeordnete Rolle.

Das allerdings schadet dem Gesamtaufkommen an Ängsten keineswegs. Denn seither haben wir eine große Zahl von Schrecknissen erfahren. Eine kleine Aufzählung, welche der Wirtschaftsprofessor Walter Krämer zusammengetragen hat, gibt Aufschluss über die Leidensfähigkeit

Angst bedeutet für die Regierenden Macht, und leider gilt auch der Umkehrschluss

unserer Gattung. Diese wird gestählt durch Ängste geringerer Art, so diejenige vor Masern, die Verletzungsgefahr von Kindern durch Airbags, Müdigkeit durch Herpes, Brustkrebs durch Flatrate-Trinken, Benzol im Babybrei, Fensterheber ohne Einklemmschutz, US-Dosenfutter, das Haustieren schadet, giftige Pflanzen in Haus und Garten, die Wollhandkrabbe, der Killerasteroid VK 184, der allerdings seine Chance anno 2007 vertan hat, Krebs natürlich an allen Ecken und Enden, Pestizide in Mandarinen und Gift in Babysocken. Solchen Fährnissen aber folgen schwerere auf dem Fuß: das Ozonloch, der Rinderwahn, Schweinegrippe, SARS, Feinstaub, Elektrosmog, außer unter Windrädern, da gibt es ihn nicht, Asbest und Dioxin, Fluglärm sowie Nanopartikel verschiedenster Genese. Doch mit dem Reaktorunglück von Fukushima vor nunmehr zehn Jahren hat sich die Atom-Angst dauerhaft etabliert, an prominentester Stelle, bis vor Kurzem. Dabei sind in Japan wegen des Tsunamis deutlich mehr Menschen zu Schaden gekommen als wegen des Reaktors. Doch ungeachtet dessen hat die Bundesregierung in Deutschland den Vorfall zum Anlass genommen, vom Ziel einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung Abschied zu nehmen. Übertrifft die Atom-Angst aber von

dem Schrecken, den das Stichwort „Klima“ auslöst, und derzeit zumindest ebenso von einem kleinen Virus. Man kann Tageszeitungen finden, die es kaum unter ein bis zwei Dutzend „an und mit“-Corona-Artikeln tun. Jeden Tag.

Angst vor staatlichen Maßnahmen

Es hat bereits die Energiewende die enge Verbindung zwischen der Angst und den Möglichkeiten gezeigt, welche eine solche Angst den Politikern in die Hand gibt. Mit ihrer neuen Energiepolitik, angekündigt im Parlament, aber ohne dieses zu befragen, hat Angela Merkel mit einem Satz ein ganzes Geflecht von Gesetzen und Verträgen für null und nichtig erklärt. Nicht anders bei Corona. Grundrechte, die teils auch mit einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments nicht eingeschränkt oder gar aufgehoben werden könnten, werden heute durch eine Verwaltungsverordnung außer Kraft gesetzt.

Angst bedeutet für die Regierenden Macht, und leider gilt auch der Umkehrschluss. Wenn eine Regierung ihre Macht übers Maß hinaus erweitern will, führt es zum Ziel, Angst zu streuen. Die mit Fukushima und Corona begründete Politik wäre nicht durchzusetzen, wenn nicht für den Fall ihrer Ablehnung mit Tod und Entsetzen gedroht würde. Wie hieß es doch in den 80ern? „Erst stirbt der Baum, dann der Mensch.“

Man sieht, die Sache mit der Angst und der Macht hat System. Doch während sich die Angst heute noch gegen ein Virus oder das Klima richtet, kommt mehr und mehr die Angst vor staatlichen Maßnahmen dazu. Dafür sorgen nicht zuletzt die drastischen Strafordrohungen bei einer Verletzung von Vorschriften bis hin zur Zerstörung einer beruflichen Existenz, wenn meinetwegen ein Hochschulprofessor in Sachen Klima oder Corona nicht so tut, wie von ihm erwartet wird.

Begleitet wird diese Entwicklung zur Totalität durch eine Gehirnwäsche, ausgerichtet an grüner Dekadenz. Ihr gilt die Angst als eine Tugend, der Selbsthass als ehrenhaft und die Wehleidigkeit als Zeichen von Charakterstärke. Willfährige Medien unterstützen diesen Aufbruch in einen politischen wie kulturellen Niedergang, vor dem man in der Tat Angst haben könnte.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Unantastbare Kunsträuber

In Russland liegen noch eine Million Kunstgegenstände aus Deutschland – Rückgabe der Beutekunst aus dem Weltkrieg bleibt ungewiss

VON VEIT-MARIO THIEDE

Ende November 2020 starb mit 98 Jahren Irina Antonowa infolge einer Corona-Infektion. Die als „Hüterin der Beutekunst“ bekannte russische Kunsthistorikerin war ab 1945 am Moskauer Puschkin-Museum tätig, leitete es von 1961 bis 2013 und war anschließend dessen Ehrenpräsidentin. Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK), erinnerte in einem Nachruf daran, dass Antonowa keinen Hehl daraus machte, „dass sie es für gerecht hielt, kriegsbedingt verbrachte Kulturgüter aus Deutschland als Entschädigung in Russland zu behalten“.

„Kriegsbedingt verbrachte Kulturgüter“ werden von deutscher Seite auch als „Beutekunst“ bezeichnet, während sie in Russland als „Trophäenkunst“ bekannt sind. Von 1945 bis 1947 waren in der sowjetischen Besatzungszone Stalins „Trophäenbrigaden“ unterwegs. Sie erbeuteten sechs Millionen Bücher, drei Regalkilometer Archivalien und 2,5 Millionen Kunstwerke aus dem Besitz öffentlicher und privater Sammlungen. Der Großteil der Kunst, die vielfach auch aus preussischen Museen stammte, ging an die Leningrader Eremitage und das Moskauer Puschkin-Museum. Die Werke durften nicht ausgestellt werden und alle Informationen über sie galten von 1948 an als Staatsgeheimnis.

Die befreundete DDR profitierte

Jedoch gab die Sowjetführung 1955 zu, deutsches Kulturgut „in Sicherheit gebracht zu haben“. Zur Besiegelung des im selben Jahr abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrages mit der befreundeten DDR begann die Rückführung von etwa 1,5 Millionen Kunstwerken. Sie war 1960 abgeschlossen. Dresden zum Beispiel bekam Raffaels „Sixtinische Madonna“ und das Inventar des Grünen Gewölbes wieder, während erbeutete Teile des Pergamonaltars auf die Berliner Museumsinsel zurückkehrten. Damit war das Thema zunächst erledigt.

Erst nach der deutschen Vereinigung setzte die groß angelegte Fahndung nach



1996 in Moskau ausgestellt: Das von Heinrich Schliemann in Troja ausgegrabene goldene Diadem befand sich bis 1945 in Berlin

dem Verbleib der Güter ein, die auf den Verlustlisten der mitteldeutschen Museen stehen. Zunächst leugneten Antonowa und ihre Museumskollegen die Existenz von Geheimdepots mit Beutekunst. Bald jedoch bröckelte die Front der Leugner. Die erste Schau mit Beutekunst war 1992 in der Eremitage zu sehen. Antonowa ging nun in die Offensive, barg aus dem Geheimdepot den vom Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte vermissten „Schatz des Priamos“ und integrierte ihn 1996 in die Dauerausstellung des Puschkin-Museums.

Auf politischer Ebene standen die Zeichen zunächst auf Rückgabe der Beutekunst. Doch dann war die Duma mehrheitlich anderer Meinung und verabschiedete das 1998 in Kraft getretene „Beutekunstgesetz“, welches die geraubten Kulturgüter zu russischem Staatseigentum erklärt. Es wird von der Bundesregierung nicht anerkannt. Sie fordert die Rückgabe

der Kulturgüter mit Hinweis auf die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1907, der 1954 verabschiedeten Haager Konvention sowie die deutsch-russischen Vereinbarungen im 1990 geschlossenen Friedens- und Nachbarchaftsvertrag und im Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit von 1992.

Die Rückführung der in Russland vermuteten deutschen Kulturgüter gehört zum Zuständigkeitsbereich von Kulturstaatsministerin Monika Grütters. Ihre Pressestelle tut kund: „Auf dem Gebiet der Russischen Föderation werden nach groben Schätzungen noch über eine Million kriegsbedingt aus Deutschland verbrachter Kunst- und Kulturgüter (sogenannte „Beutekunst“) vermutet, darunter zirka 200.000 Kunst- und Kulturschätze von besonderer musealer Bedeutung.“

Grütters betont, dass sie das Gespräch mit der russischen Seite sucht. Aber sie weist auch darauf hin, dass die Rückgabe-

forderungen zu den Themen der Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen gehören – die allerdings seit der Krimannexion 2014 ausgesetzt sind. Die gegenwärtigen Sanktionen gegen Russland bilden da keine gute Verhandlungsgrundlage.

Bereits 2005 riefen die Stiftung Preussischer Kulturbesitz und die Kulturstiftung der Länder den „Deutsch-Russischen Museumsdialog“ (DRMD) ins Leben, „weil bezüglich Restitution auf politischer Ebene in absehbarer Zeit keine konkreten Ergebnisse zu erwarten sind“. Der DRMD, dem sich 87 deutsche Museen angeschlossen haben, bemüht sich um partnerschaftliche Zusammenarbeit mit russischen Museumsleuten. Im Zentrum steht die Erforschung der Kriegsverluste, die sowohl die deutschen als auch die russischen Museen zu beklagen haben.

Der DRMD erklärt: Ihm gehe „es nicht um die physische Restitution von Kulturgütern – das ist Sache der Regierungen –,

sondern um deren öffentliche und wissenschaftliche Zugänglichkeit und Wahrnehmung“. Das sei viel wert, wenn man sich bewusst mache, dass die Beutekunst über Jahrzehnte achtlos in den Geheimdepots „verstaubte“.

Eisiges politisches Klima

Insbesondere die von deutschen und russischen Wissenschaftlern gemeinsam verwirklichten Ausstellungsprojekte bringen Licht ins Dunkel der ehemaligen Geheimdepots. Für sie werden bislang vernachlässigte Stücke der Beutekunst identifiziert, restauriert und erforscht. Freilich sind sie nur in Russland zu sehen, da dessen Regierung befürchten muss, dass die Beutekunst von Gastspielen in Deutschland nicht zurückkehren würde.

Zu den bisherigen Ausstellungshöhepunkten gehört die in der St. Petersburger Eremitage 2013 präsentierte „Bronzezeit“, bestückt mit dem „Goldtschatz von Eberswalde“ und 600 weiteren Objekten der Beutekunst. Anlässlich der Eröffnung sagte Bundeskanzlerin Merkel damals: „Wir sind der Meinung, dass diese Ausstellungsstücke wieder zurück nach Deutschland kommen sollen.“

Damit ist in absehbarer Zeit allerdings nicht zu rechnen. Derweil bemühen sich die von Kriegsverlusten betroffenen deutschen Museen um Pragmatismus und unterstützen die russischen Ausstellungen sogar mit Leihgaben. Jüngstes Beispiel ist die in der Eremitage gezeigte Schau „Eisenzeit“. Schirmherrin ist Kulturstaatsministerin Grütters. Die im November des zurückliegenden Jahres eröffnete Präsentation umfasst 1600 Objekte, darunter fast 800, die zum Vorkriegsbestand des Berliner Museums für Vor- und Frühgeschichte gehörten.

Zudem hat dieses Museum 250 Leihgaben nach St. Petersburg geschickt. SPK-Chef Parzinger freut sich als Sprecher des DRMD über die Zusammenarbeit mit den Russen: „Durch das fruchtbare Klima erhalten die deutschen Wissenschaftler immer öfter ungehindert Einblick in die russischen Depots, ein für weitere Lokalisierung und Identifizierung verlagertes deutscher Kulturgüter unerlässlicher Schritt.“

KIRCHENKUNST

Übernatürliches Blau

England nach dem Brexit – Warum ein großer Künstler für einen kleinen Ort Kirchenfenster schuf

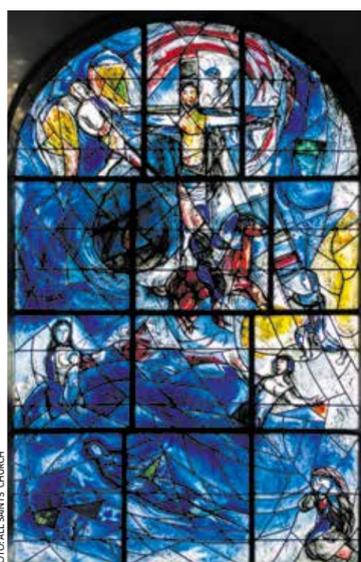
Wie eine Vision taucht die Sonne das Innere der All-Saints-Kirche in der Ortschaft Tudeley in der englischen Grafschaft Kent in ein magisches und unergründliches Licht. Beim Eintritt fällt der Blick sofort auf das „Memorial Window“. Das Kirchenfenster erzählt keine tragische Geschichte aus dem Hier und Jetzt, wie die des Brexits oder die der in Großbritannien besonders vielen Corona-Toten, sondern die der 21-jährigen Sarah d'Avigdor-Goldsmid, die vor vielen Jahren vom Meer verschlungen wurde.

Der Betrachter erkennt: Es ist ihr Moment des Todes, in dem sie die Arme ausbreitet und um göttliche Hilfe bittet. Hoffnung erscheint am Horizont, es ist ein Reiter auf einem roten Pferd. Nun gibt das Meer die junge Frau frei, und sie erklimmt die Himmelsleiter. Bereits vor ihr angekommen ist ihr Freund David Winn, der am 19. September 1963 ebenfalls vor

Rye an der südostenglischen Küste ertrank. Nach dem Aufstieg bildet die Farbe rot einen Kreis der Freude, und über allem wacht der gekreuzigte Heiland.

Sarah und David hatten damals keine Chance. Eine Sturmbö schleuderte sie von ihrem Segelboot ins Wasser, das Boot trieb kieloben hinaus aufs Meer. Ein Freund musste mit ansehen, wie David vor seinen Augen in den Fluten versank. Um 9 Uhr versuchte er schließlich, an Land zu schwimmen und erreichte um 11.30 Uhr das Ufer. Sarah konnte nur noch tot geborgen werden.

Im Sommer 1961 hatte Sarah im Pariser Louvre eine Ausstellung mit Werken von Marc Chagall gesehen – und war begeistert. Der russische Künstler schien nun für ihre Eltern, Sir und Lady d'Avigdor-Goldsmid, wie geschaffen, das bleibende Andenken an sie zu gestalten. Chagall nahm den Auftrag nach anfänglichem



Sarah im Meer: Das „Memorial Window“

Zögern an, das große Gedenkfenster entstand. Als er das Ergebnis sah, entschloss er sich, auch die elf anderen Fenster zu entwerfen, die dann in Reims hergestellt wurden. Abgeschlossen war der Auftrag in Tudeley erst 1985, als das letzte der zwölf Fenster eingesetzt wurde, denn viele Gemeindeglieder waren nicht damit einverstanden gewesen, die alten viktorianischen Kirchenfenster dafür zu entfernen.

Chagalls Werke waren stets stark von der Bibel beeinflusst. Biblische Motive bevölkern daher auch die elf übrigen Fenster, angelehnt an Psalm 8 aus dem „Buch der Psalmen“: „All die Schafe und Rinder, und die Tiere des Feldes, Die Vögel des Himmels und die Fische im Meer, und alles, was dahinzieht die Pfade der Meere“. Und immer wieder ist da dieses unglaublich beruhigende Blau, das in diesen Pandemie-Zeiten vielleicht sogar Trost spenden kann.

Bettina Müller

KÄTHE KOLLWITZ

Eine Petition für Moritzburg

Im Internet ist eine Online-Petition für den Erhalt des Käthe-Kollwitz-Hauses im sächsischen Moritzburg gestartet. Das Museum ist in Gefahr, nachdem der Kulturraum Meißen-Sächsische Schweiz-Osterzgebirge angekündigt hat, die Zuschüsse für das Haus, in dem die ostpreussische Bildhauerin Käthe Kollwitz bis zu ihrem Tod 1945 gelebt hat, zugunsten linker Kulturprojekte zu streichen. Für 2021 sind für das Museum lediglich 17.000 Euro bewilligt worden – von einst 45.000 Euro. Den Rest soll die Gemeinde aufbringen, die dazu nur bereit ist, wenn die Museumsstiftung ein tragfähiges Finanzkonzept vorlegt. Unter www.openpetition.de haben sich bislang 3285 Unterstützer eingetragen (Stand: 5. Januar). Für ein erfolgreiches Quorum werden bis Ende Februar 12.000 Unterstützer benötigt.

H. Tews

VON EBERHARD STRAUB

Mit Preußen hatte der frühere Staatspräsident François Mitterrand, vor fünf- und zwanzig Jahren, am 8. Januar 1996, verstorben, keine Schwierigkeiten. In „De l'Allemagne, de la France“ („Über Deutschland, über Frankreich“, seiner knappen Geschichte der deutschen Einheit und seiner Rolle dabei, gleich nach seinem Tode erschienen, wehrte er sich vehement gegen die von Briten, Amerikanern und Russen verbreitete „Verfälschung der Wahrheit“, dass Preußen „die Wiege des Imperialismus und der Reaktion“ gewesen sei. Dieser Fluch dauere an, „so dass nur schwer Glauben findet, wer versichert, dass Berlin zu Zeiten seiner Größe Hauptstadt der Freiheit war“.

Kein Gegner der deutschen Einheit

Bei seinem in der Bundesrepublik miss-träulich beobachteten Besuch am 21. Dezember 1989 in Leipzig versicherte er seinen Zuhörern, was im Westen und in Frankreich immer noch nicht verstanden werde, „nämlich, dass Preußen, Herd der Zivilisation und Kultur, nicht zu trennen (ist) von der Zivilisation und Kultur, auf die auch wir Franzosen uns berufen“. Auch das sächsische Leipzig würdigte er als eine besonders herausragende deutsche und europäische Kulturstadt. „Heldenstadt“ solle sie deshalb genannt werden, als Stadt der Bildung, des Denkens und des Glaubens, als Stadt leidenschaftlichen Begehrens nach Freiheit in der Tradition von Leibniz, Lessing, Goethe, Fichte und Wagner, aber auch in der von Karl Liebknecht und Ernst Bloch.

Die für ihn unvermeidliche Vereinigung versuchte Mitterrand nicht zu verhindern oder zu verzögern, wie ihm oft unterstellt wurde. Vielmehr ging es ihm bei der unübersichtlichen Lage ab dem Sommer 1989 darum, den Prozess der Zusammenführung beider deutscher Teilstaaten ohne Überstürzung umsichtig vorzubereiten und mit einem umfassenden Konzept zu verbinden, um auch die Teilung Europas endlich zu überwinden. Darin stimmte er mit Helmut Kohl überein, der aber in der Frage der deutschen Ostgrenze vorsichtig taktierte, deren endgültige Anerkennung François Mitterrand allerdings als Voraussetzung erachtete für alle weiteren erfolgreichen Verhandlungen.

Der französische Präsident verstand vollkommen, wie schwer es vielen Deutschen fallen musste, sich in den endgültigen Verzicht jener Gebiete zu fügen, die seit 1945 praktisch zu Polen, Russland und Litauen gehörten. Und Mitterrand machte nie einen Hehl daraus, dass er die Beschlüsse von Roosevelt, Churchill und Stalin während der Konferenz von Jalta und deren Konsequenzen – darunter die Vertreibung der Ostdeutschen aus ihrer angestammten Heimat – für verhängnisvoll hielt. Doch war ein selbstständiges Polen, an dessen Grenzen nichts mehr geändert werden konnte, Teil seiner Hoffnungen auf eine Europäische Union souveräner Nationen, die sich selbstbewusst neben den USA und Russland zu behaupten vermochte und zu einer Weltmacht würde, die diesem Namen gerecht werden konnte.

Das Verhältnis zu de Gaulle

Mitterrands Absicht, das Jalta-Europa zu überwinden, stand in der Tradition de Gaulles und dessen Programms eines Europas der Vaterländer von Gibraltar bis zum Ural. Eine klassische europäische Großmacht wie Russland sollte nicht dauernd am politischen Rand des Kontinents bleiben. Die Deutschen konnten seiner Vorstellung nach zum Nutzen Europas wie eh und je dem Osten ihre besondere Aufmerksamkeit schenken, während Frankreich sich im Einverständnis mit Italien und Spanien dem Mittelmeer wandte. Auf diese Art erhielt die deutsch-französische Partnerschaft nach seiner

FRANÇOIS MITTERRAND

Ein Franzose, der Preußen und Deutschland schätzte

Vor 25 Jahren verstarb der langjährige französische Präsident, der seit den Tagen des Zweiten Weltkriegs große Sympathien für das Nachbarland im Osten und dessen Kultur empfand



Gegenseitige Verehrung: Der französische Sozialist François Mitterrand zusammen mit dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem lange Zeit in Deutschland geschmähten Schriftsteller Ernst Jünger (hier 1983 in Verdun) Foto: ap

und de Gaulles Überzeugung tatsächlich eine gesamteuropäische Aufgabe und durfte sich als alles vereinende und dynamisierende Kraft verstehen.

Außerdem erwartete Mitterrand, dass ein vereinigtes Deutschland die Franzosen keinesfalls mutlos machen werde, sondern vielmehr den Ehrgeiz wecke, wie

„Preußen, Herd der Zivilisation und Kultur, ist nicht zu trennen von der Zivilisation und Kultur, auf die auch wir Franzosen uns berufen“

François Mitterrand

einst auch unter de Gaulle, die deutsche Konkurrenz als Herausforderung zu manchen Reformen aufzufassen und französische Interessen als europäische zu verfolgen.

Dabei war Mitterrand einst der hartnäckigste Gegner de Gaulles gewesen. Was sie trennte, war der Gegensatz des Emigranten zu denen, die im besiegten und besetzten Lande geblieben waren

und sich dort darum bemüht hatten, unter schwierigen Bedingungen als Patrioten zu wirken. Wer Einfluss haben und etwas ändern wollte, musste sich auf die Regierung Marschall Philippe Pétains in Vichy und auf gewisse Beziehungen zu den Behörden der Besatzungsmacht einlassen. Nur wer zum System dazugehörte, konnte laviieren und intrigieren. Ohne Macht lässt sich nichts machen, und das erfordert, Zugang zum Machthaber zu erlangen. Der Emigrant de Gaulle hingegen, erst in London und dann in Alger, der sich als Repräsentant des kämpfenden Frankreichs begriff, misstraute denen, die in ihrem Land geblieben waren, um dort das Beste zu erreichen.

Prägung durch den Krieg

François Mitterrand war im kurzen Krieg 1940 verwundet worden und in Kriegsgefangenschaft geraten. Das Lagerleben als Solidargemeinschaft oder Volksgemeinschaft löste ihn aus der Welt seiner bürgerlichen Herkunft. Wie die meisten Kameraden fühlte auch er sich von einem korrupten Parteiensystem verraten sowie von Offizieren, die vollständig versagt hatten. Als Katholik vertraut mit der Soziallehre der Kirche, misstraute er allen Kräften, die ihren Platz im unsühnbaren Reich des Geldes suchten. Als literarisch und historisch gebildeter Jurist kannte er die vielen, unterschiedlichen kritischen Analysen der Industriegesellschaft, der Massendemokratie und der Moderne als Ideologie. Er blieb skeptisch gegenüber sämtlichen politischen Heilsversprechen.

Als klassischer Geist in der Tradition französischer Weltklugheit und illusionsloser Humanität hielt sich Mitterrand zudem nicht an Programme und Abstraktionen, sondern an konkrete Menschen in konkreten Situationen. Er unterschied Freund und Feind, ohne deswegen den Feind unbesonnen herauszufordern oder den Freunden leichtsinnig zu vertrauen. Dieses Verhalten, klug und wendig zu sein wie die Schlangen, ermöglichte ihm eine ungemaine Offenheit gegenüber sämtlichen Positionen zwischen ganz rechts und ganz links.

Die politische Polarisierung hatte schon vor dem Krieg ihre Anziehungskraft für die aufgeregten Franzosen eingeübt. Während der deutschen Besatzung gab es die überraschendsten Vermischungen. Denn eines verband die beunruhigten jungen Leute jener Zeit: der Überdruß an den Politikern, die ununterbrochen von Sicherheit sprachen, Sicherheiten für jedes Risiko in Aussicht stellten und doch – immer auf ihren Vorteil bedacht – nur dafür sorgten, in Krisen ungeschoren davon zu kommen. Die Kriegsgefangenen und François Mitterrand stimmten darin überein, dass ein neues Frankreich ein ganz anderes Frankreich werden müsse. Sie alle hofften auf den überparteilichen Vater des Vaterlandes Philippe Pétain. Er war die einzige unumstrittene Autorität.

Charles de Gaulle hingegen war weit weg. Er konnte vielleicht irgendwann nützlich sein, vorerst galt jedoch der nüchterne Rat, die Lage so wie sie war,

anzuerkennen und die Möglichkeiten zu ergreifen, die sich in ihr ergeben könnten. In deutscher Kriegsgefangenschaft in Hessen und Thüringen wurden Mitterrand und mit ihm viele andere französische Soldaten zu Europäern, die in den Deutschen, mit denen sie es zu tun bekamen, Verwandte erkannten, die ihrerseits nach Verständigung strebten, nach deutsch-französischer Einigkeit.

Ein abenteuerliches Herz

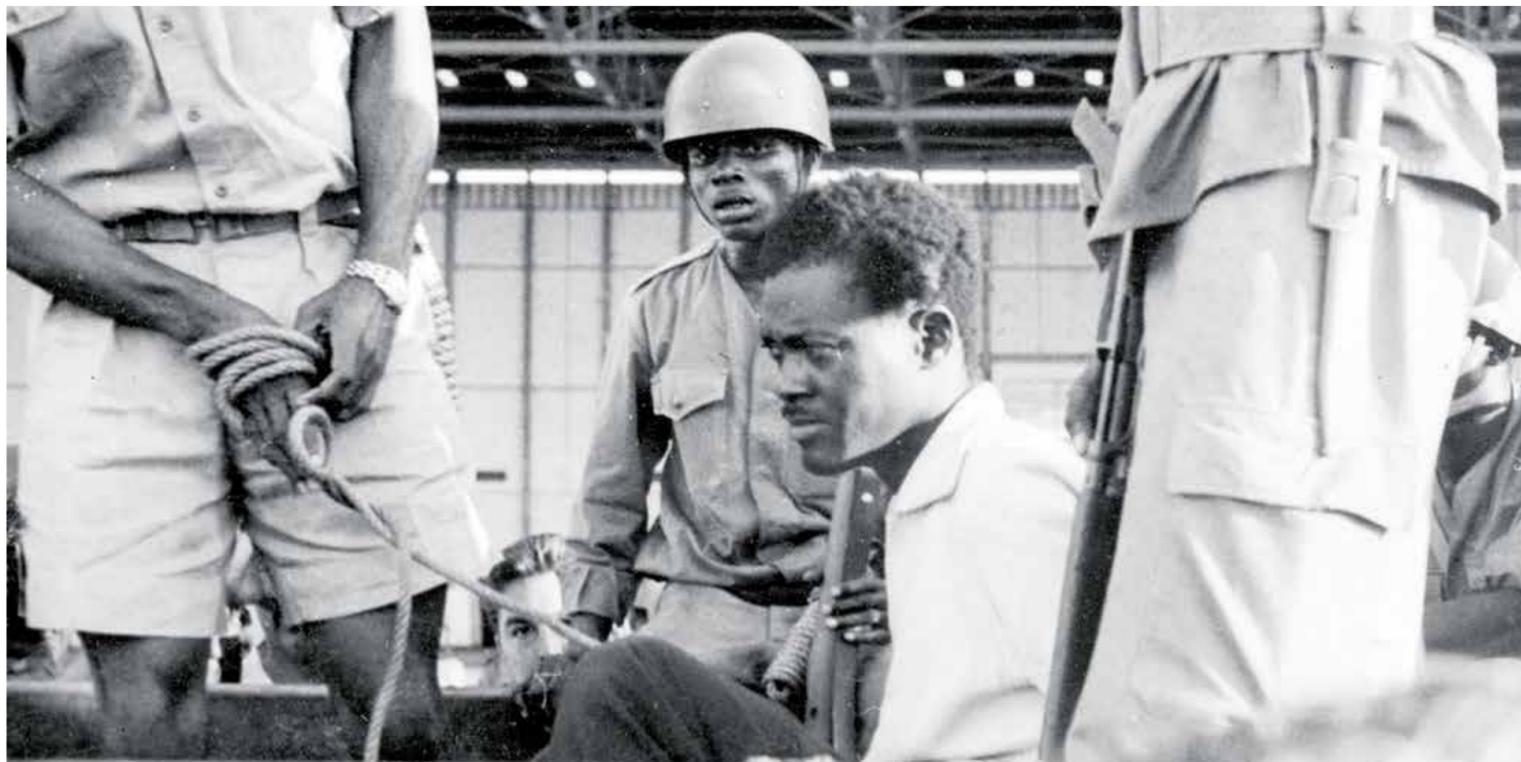
Besonders aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch die Verehrung François Mitterrands für Ernst Jünger. Der Schriftsteller, im Kriege Besatzungssoldat in Frankreich, wurde für ihn zum Inbegriff für das Streben, lateinische Ordnung und unkontrolliertes deutsches Ausschweiften in Räume und Zeiten miteinander zu versöhnen. Später, als Präsident der Franzosen, besuchte Mitterrand Jünger wiederholt in dessen Wilflinger Domizil und empfing ihn im Elysée-Palast. In Erinnerung geblieben ist auch der

Als nüchterner Pragmatiker hielt er sich an die praktische Weisheit, dass jede Zeit nur begrenzte Möglichkeiten für den bereithält, der unter ihren Gegebenheiten handeln möchte

gemeinsame Besuch mit Kanzler Helmut Kohl anlässlich des 100. Geburtstages des Dichters im März 1995. So ist es auch sein Verdienst, dass sich zumindest ein Teil des deutschen Kulturbürgertums mit dem lange verpönten Jünger versöhnte.

Wie Jünger bewahrte sich auch Mitterrand zeitlebens ein abenteuerliches Herz. Als Politiker war er allemal für Überraschungen gut. Große Ideen erlaubten ihm die verschiedensten Experimente, mit denen er viele Mitstreiter verwirrte, obgleich er sich und seinen Zielen immer treu blieb. Wie Gott wollte er auch auf krummen Linien gerade-aufrecht schreiben. Treue, diese seltene Tugend, ist zweifellos eine Eigenschaft, die ihn auszeichnete. Auch Freunde, die nicht in der Lage waren, sein Kurvenschlagen nachzuvollziehen und zu Gegnern wurden, anerkannten, dass er sie weiter achtete. Zur Treue gehörte für ihn auch, den einstigen Gefährten aus Vichy während der Säuberungen nach 1944 zur Seite zu stehen und ihnen dabei zu helfen, trotz Verdächtigungen oder Diffamierungen nicht zu verzagen. Vielen rettete er die Ehre und stellte ihr öffentliches Ansehen wieder her.

Das wurde ihm von seinen Feinden vorgeworfen, die sich unablässig bemühten, diesen vermeintlichen Möchtegern-Sozialisten als Faschisten oder Reaktionär zu entlarven. François Mitterrand reagierte auf solche Anschuldigungen unwirsch, weil keiner, der damals nicht in Frankreich gelebt hatte, in der Lage sei, sich ein richtiges Urteil zu bilden. Als nüchterner Pragmatiker hielt er sich an die praktische Weisheit, dass jede Zeit nur begrenzte Möglichkeiten für den bereit hält, der unter ihren Gegebenheiten handeln möchte. Der Mensch ist nun einmal ein vielfach beschränktes Wesen. Das lehrte seine Kirche, der er stets treu blieb. Auch als Sozialist glaubte er an die Gemeinschaft der Heiligen, wie der Erzbischof von Paris bei seinem feierlichen Requiem versicherte. In der beständigen Liebe zu seinen Freunden nahm er sie schon zu Lebzeiten vorweg.



In den Händen seiner Feinde: Patrice Lumumba nach seinem Sturz

Foto: action press

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 30. Juni 1960 wollte der belgische König Baudouin die bisherige Kolonie Belgisch-Kongo mit viel Eigenlob bezüglich der „zivilisatorischen Verdienste“ des Mutterlandes offiziell in die Unabhängigkeit entlassen. Allerdings nahm die Zeremonie nicht den gewünschten harmonischen Verlauf, weil Kongos erster Premierminister, Patrice Lumumba alias Tsumbu Tawosa, an jenem Tage in seiner Replik auf die Rede des Monarchen die zahlreichen Verbrechen der Kolonialmacht aufzählte und danach schwor: „Wir werden die Massaker nicht vergessen, in denen so viele umgekommen sind, und ebenso wenig die Zellen, in die jene geworfen wurden, die sich einem Regime der Unterdrückung und Ausbeutung nicht unterwerfen wollten.“

Der am 2. Juli 1925 in Onalua geborene Afrikaner wusste, wovon er sprach. Als Wortführer der von ihm mitbegründeten Unabhängigkeitspartei Mouvement National Congolais (MNC) hatte der frühere Postbedienstete selbst mehrere Monate in belgischen Kerkern zugebracht.

Noch brisanter als die Konfrontation der einstigen Kolonialherren mit der Vergangenheit war seine Ankündigung, der Ausbeutung der Bodenschätze und Agrarressourcen des Kongo durch belgische und andere westliche Gesellschaften ein ebenso schnelles wie gründliches Ende zu bereiten. Deshalb galt beizeiten in entsprechenden Kreisen als abgemacht, dass der Premier aus dem Wege geräumt werden müsse. So gab der belgische Minister für afrikanische Angelegenheiten, der Graf Harold d'Aspremont Lynden, die Parole aus: „Das Hauptziel ... ist fraglos die ... Eliminierung Lumumbas.“

Lumumbas Tod wünschten viele

Genauso harsch reagierte der US-amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower auf die Verstaatlichungspläne. Schließlich waren auch US-amerikanische Unternehmen am Abbau der kongolesischen Bodenschätze beteiligt, von denen einer für die Vereinigten Staaten sogar allerhöchste strategische Bedeutung besaß. Das Uranerz, das in der US-Kernwaffenproduktion benötigt wurde, stammte zunächst vor allem aus der Shinkolobwe-Mine im Kongo.

Daher gab Eisenhower dem US-Auslandsgeheimdienst CIA am 18. August 1960 grünes Licht für die Ermordung Lumumbas. Die Tat wollte der CIA-Resident im damaligen Léopoldville, dem heutigen Kinshasa, Lawrence R. Devlin, mittels einer Tube vergifteter Zahnpasta bewerkstelligen.

Doch bevor es gelang, diese in die Gemächer des Premierministers zu schmuggeln,

überstürzten sich die Ereignisse durch das Zutun der CIA, des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6, des belgischen Geheimdienstes Direction Supérieure du Renseignement et de l'Historique (S.D.R.H.) und der zahlreichen kongolesischen Rivalen Lumumbas.

Im September 1960 erklärte Staatspräsident Joseph Kasavubu von der Alliance des Bakongo (Abako) den Premierminister für abgesetzt und beauftragte den Stabschef der Armee, Oberst Joseph-Désiré Mobutu, mit dessen Verhaftung.

Damit verschlimmerte er das ohnehin schon bestehende Chaos im Lande infolge einer Meuterei der schwarzen Soldaten der Streitkräfte gegen ihre belgischen Offiziere sowie der Sezessionsbestrebungen der reichen Bergbauprovinz Katanga im Süden des Landes. Dort hatte Moïse Tschombé mit Unterstützung der belgischen Bergbaugesellschaft Union Minière du Haut Katanga und ehemaliger Kolonialtruppen Brüssels den „Autonomen Staat Katanga“ ausgerufen. Daraufhin entsandten die Vereinten Nationen zwar auf Lumumbas Ersuchen hin Blauhelme in den Kongo, doch verhielten sie sich weitgehend passiv.

Lumumba konnte im November 1960 aus dem Gewahrsam Mobutus entkommen, wurde aber bald darauf erneut ergrif-

fen und dann schließlich im Januar 1961 auf Betreiben des Grafen d'Aspremont Lynden nach Elisabethville, der Hauptstadt des abtrünnigen Katanga, geflogen. Danach war schlagartig nichts mehr von Lumumba zu hören, bis der Separatistenführer Tschombé am 13. Februar 1961 ver-

„Seit Lumumba tot ist, hört er auf, eine Person zu sein. Er wird zu ganz Afrika“

Jean-Paul Sartre (1905–1980)
französischer Romancier,
Dramatiker, Philosoph,
Religionskritiker und Publizist

meldete, der gestürzte Politiker sei von wütenden Bauern gelyncht worden.

Die wahren Täter, die Lumumba erst folterten, bevor sie ihn ermordeten, waren indes andere. Eine belgische Untersuchungskommission gab im November 2001 bekannt, katangische Soldaten unter dem Kommando belgischer Offiziere hät-

Lomumbas kongolesische Rivalen



FOTO: IMAGO/IMAGESBELGA

Joseph Kasavubu wurde 1960 Kongos erster Präsident. Er verbündete sich mit Mobutu gegen Lumumba und wurde 1965 selbst von diesem gestürzt



FOTO: IMAGO/IMAGESBELGA

Joseph-Désiré Mobutu entmachtete erst Lumumba und putschte sich 1965 ins Präsidentenamt. Noch im Jahr seines Sturzes starb er 1997 in Marokko



FOTO: PA

Moïse Tschombé gab 1963 den Kampf für ein eigenständiges Katanga auf. 1964 berief ihn Kasavubu zu Kongos Premierminister, setzte ihn aber bereits 1965 wieder ab

KONGO

Als Patrice Lumumba zu ganz Afrika wurde

Durch seinen Märtyrertod vor 60 Jahren avancierte der erste Premierminister der vormaligen belgischen Kolonie zur populärsten Ikone des Befreiungskampfes der Schwarzen auf dem schwarzen Kontinent

GRIMMS WÖRTERBUCH

Imprimatur aus Ost-Berlin vor 60 Jahren

Jacob und Wilhelm Grimm sind als Sammler bekannt. Und zwar als Sammler nicht nur von Märchen, sondern auch von Wörtern und dazu von Belegen zu deren Geschichte und Bedeutung. Die Brüder gehörten zu den „Göttinger Sieben“. Diese sieben Professoren verloren ihre Stellen, nachdem sie 1837 gegen die Aufhebung des 1833 eingeführten Staatsgrundgesetzes im Königreich Hannover Protest erhoben hatten. Im März 1838 erreichte Wilhelm Grimm ein Angebot aus Leipzig, gemeinsam mit Jacob ein Wörterbuch des Deutschen zu verfassen. Unterstützt von zweitweise bis zu 80 Freiwilligen, machten sie sich an die Arbeit. Geplant waren anfangs sechs oder sieben Bände. Die Bearbeitungsdauer wurde auf nicht mehr als zwölf Jahre geschätzt.

Das Wörterbuch setzte auf konsequente Kleinschreibung. Im ersten Band, der 1854 vorlag, erklärte Jacob Grimm, das Werk solle „ein heiligtum der sprache gründen, ihren ganzen schatz bewahren, allen zu ihm den eingang offen halten“. Das Verbindende für die Deutschen hatte er im Blick, wenn er fragte: „was haben wir denn gemeinsames als unsere sprache und literatur?“

Obwohl das Ganze eher ein Lesebuch und kein Regelwerk sein sollte, wirkte es normsetzend. Das Sprachideal des Vorhabens wurde in „einer möglichst ausdrucksstarken, direkten und unverbildeten Sprache“ gesehen, so Volker Harm, bis 2016 verantwortlich für die Neubearbeitung des „Deutschen Wörterbuchs“.

Das Projekt hatte bereits zu Lebzeiten der Grimms kaum zu übersehende Dimensionen angenommen. Als Jacob 1863 starb, wenige Jahre nach Wilhelm, war der Buchstabe F noch nicht abgeschlossen. Vorausschauend hatte der Verleger den kontinuierlichen Fortgang gesichert.

Der zu bewältigende Stoff war nicht das einzige Problem. Lange gab es keine einheitliche Konzeption für die Artikel. Dies änderte sich erst 1930



Die Brüder Grimm im Jahre 1847

mit der Errichtung einer Arbeitsstelle bei der Preußischen Akademie der Wissenschaften.

Im Zuge der deutschen Teilung wurde kooperierend sowohl von Göttingen als auch von Berlin aus gearbeitet. Zum Abschluss kam das Unternehmen vor 60 Jahren. Am 10. Januar 1961 erhielt der 32. und letzte Band das Imprimatur. Laut Harm zeigt das Werk wie kein anderes „den Reichtum der deutschen Sprache in ihrer über tausendjährigen Geschichte und die schöpferische Kraft ihrer Schriftsteller“. Erik Lommatzsch

VON ROLF STOLZ

Vierzig Jahre sind eine lange Zeit. In den vierzig Jahren seit ihrer Gründung 1980 ist aus den Grünen eine andere Partei geworden. Als „Anti-Parteien-Partei“ (Petra Kelly), als bunter parlamentarisch-außerparlamentarischer Arm der Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen begannen sie – noch ohne Joseph Fischer (Mitglied seit 1982) und Claudia Roth (seit 1987, seit 1985 für die grüne Fraktion tätig). Waren sie in Sachen Deutschland anfangs ähnlich ausgerichtet wie heute? Ganz und gar nicht.

Rudi Dutschke, von entscheidendem Einfluss auf die Gründung der Partei, hatte sich bis zu seinem tragischen Tod am 24. Dezember 1979 für seine Konzeption einer flügelübergreifenden, Linkssozialisten und Wertkonservative einschließenden Organisation eingesetzt („von Gruhl bis Dutschke“). Bei Luckenwalde geboren, floh er drei Tage vor dem Mauerbau nach West-Berlin und richtete seine erste politische Aktion vier Tage später gegen den Spätstalinismus. Als christlicher Sozialist, als Gegner diktatorischer Staatsvergotung, als linker Patriot war ihm der Kampf für ein einiges, friedliches, demokratisches Deutschland ein Herzensanliegen.

Dieses Ziel verband ihn mit Herbert Gruhl (1921–1993), der die CDU 1978 verließ und die „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ) gründete, und mit August Haußleiter (1905–1989), der nach seinem Rücktritt als deren stellvertretender Vorsitzender und Austritt aus der CSU 1949 über drei Jahrzehnte einer der wichtigsten Verfechter eines unabhängigen, blockfreien Gesamtdeutschland gewesen war.

Hieraus ergab sich, dass das bis März 2002 gültige Saarbrücker Programm von 1979/80 forderte: „Der Ausbau einer am Leitwert Frieden ausgerichteten Zivilmacht muss mit der sofort beginnenden Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO und des Warschauer Paktes, einhergehen. Damit wird die Grundlage geschaffen, um die Teilung Europas und damit auch die deutsche Spaltung zu überwinden.“

Patrioten stiegen enttäuscht aus

Aus der Perspektive der Regierungsposition der Grünen seit 1998 betrachtete Christoph Egle 2003 das Programm von 1979/80 nur mehr als Altlast. Wie kam es dazu? Zunächst zogen sich ab Sommer 1980 jene zurück, die als unabhängige Linke wie Heinz Brandt oder Wertkonservative wie Gruhl an der Idee der Sammlungsbewegung („weder links noch rechts, sondern vorn“) festhielten. Im Januar 1982 gründete Gruhl mit der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) eine einflusslose Konkurrenzpartei, deren Abdriften ins antideutsche Lager ihn 1989 zur Gründung der noch schwächeren Unabhängigen Ökologen für Deutschland (UÖD) bewegte.



Auch Stasi-Agenten zogen die Fäden: Demo gegen die deutsche Einheit mit Jutta Ditfurth (1. Reihe, 5. v.l.) am 12. Mai 1990 in Frankfurt am Main

Foto: pa

POLITIK UND NATION

Hassen die Grünen ihr Land?

Die Partei kann mit der Nation nicht viel anfangen. Aber war das immer so? Grünen-Urgestein Rolf Stolz gibt überraschende Einblicke in die bemerkenswerte Geschichte einer langen Fehlentwicklung

te. Obwohl die Abgänge die patriotisch-nationalneutralistische Strömung in den Grünen schwächte, gelangen dieser zunächst einige Erfolge: 1983 fand die erste bundesweite Konferenz für eine grün-alternative Deutschlandpolitik in Köln statt. 1984 gründete sich der überparteiliche Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion (LDD) und gab den Materialbrief „Deutsche Probleme“ heraus. 1984 konnte der Verfasser dieser Zeilen im Auftrag von Partei und Fraktion im Streitgespräch mit Manfred Stolpe, Günther Gaus und Peter Bender in der Akademie Tutzing für Konföderation und Wiedervereinigung eintreten und in seinem Vortrag „Ein deutscher Sonderweg außerhalb der Blöcke“ in jenem Rahmen, in dem Egon Bahr 1963 seine ostpolitische Konzeption „Wandel durch Annäherung“ entworfen hatte, Alternativen zum Status quo skizzieren.

Diese Entwicklung wurde jäh unterbrochen, als 1985 Dirk Schneider (1939–2002) Vertreter der Grünen im Innerdeutschen Ausschuss des Bundestags wurde. Schneider, Stasi-IM „Ludwig“ seit 1975, 1990 zur PDS gewechselt und 1991 enttarnt, hatte nicht umsonst den Spitznamen „Ständige Vertretung der DDR in den Grünen“. Er geißelte, sekundiert von

der Herz-Jesu-Stalinistin Antje Vollmer, die Wiedervereinigungsforderung als friedensgefährdend und hetzte gegen DDR-Ausreisende als „Luxusflüchtlinge“. Im Innerdeutschen Ausschuss beerbte ihn später der ähnlich gepolte Henning Schierholz (1949–2007), der ebenfalls später zur PDS wechselte.

Diesen Antideutschen gelang es, die Ansätze einer grünen Deutschlandpolitik im Keim zu ersticken, zumal 1986 alle Vorstöße, für einen Friedensvertrag als Kernelement einer Europäischen Friedensordnung einzutreten, von der Bundesversammlung abgelehnt wurden. Wie die Historikerin Regina Witt schrieb, blieb in den Grünen der Nationalneutralismus ebenso wie die aktive Unterstützung der Bürgerrechtsgruppen in der DDR eine „Minderheitenposition“ – im Gegensatz zur mehrheitlich unterstützten völkerrechtlichen Anerkennung der DDR.

Ultralinke wie Jürgen Reents (später bis 2012 Chefredakteur des „Neuen Deutschland“) und Jutta Ditfurth (1991 Gründerin der Kleinpartei „Ökologische Linke“) taten sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre mit den 1990 auf ganzer Linie siegreichen Realos zu einer vereinigten antideutschen Front zusammen.

Fischer erklärte 1991, dass er ebenso wie „die Mehrheit der westdeutschen Linken und auch der jüngeren Generation im Westen“ die Einheit nicht gewollt habe. Die Ablehnung der Einheit sei „historisch und biographisch begründet: die Furcht vor der Wiedergeburt eines deutschen Nationalismus; die Angst vor dem Verlust an innerer Demokratie und Freiheit, falls sich der ökonomische Riese und politische Zwerg Bundesrepublik Deutschland daran macht, nunmehr auch zum politischen Riesen zu werden und, wenn nicht heute, so doch morgen oder übermorgen, seine ‚Weltmachtrolle‘ sucht.“

Abschaffung im Schongang

Vom politischen Riesen und der Weltmacht ist Deutschland weit entfernt. Und innere Demokratie und Freiheit kränkeln eher. Dafür haben es die Spitzengrünen weit gebracht: in die Nähe der Berliner Regierungsbänke. Dazu haben sie eine einstige Partei der ökologischen und friedenspolitischen Opposition verwandelt in einen Wechselbalg aus Neo-SPD und Neo-CDU. Allzeit bereit und allseits verwendbar lauern sie auf den nächsten Karrieresprung – womöglich als Minister unter Markus Söder. Ihre Haltung zu

Deutschland schwankt zwischen leisem Heimatgesäusel beim wendigen Robert Habeck und blankem antideutschen Hass bei Claudia Roth oder den Fahnenpinklern der „Grünen Jugend“. Lässt man die Schönwetterphrasen von einer „Völkergemeinschaft weltoffener Demokratie“ und einer „Föderation der Nationalstaaten“ im Programm von 2002, welches das Saarbrücker Programm ablöste, beiseite, so wird schon dort auf eine europäische Integration, welche die Nationalstaaten beiseitigt, gesetzt.

Das Ziel ist ein zentralistischer Bundesstaat statt eines Staatenbundes souveräner Vaterländer. Das wird verschärft im neuen, im November 2020 verabschiedeten Programm, welches eine „Föderale Europäische Republik“ mit eigener Verfassung fordert. Die Nationen erscheinen hier nur als Gespenster der Vergangenheit, denen per Mehrheitsentscheid der Garaus gemacht wird. Nachdem die Radikalkur des „Deutschland verrecke!“ die Wahlniederlage von 1990 bescherte, will man klammheimlich Deutschland beerdigen und in ein multikulturelles Wohngebiet ohne Grenzen und störende Identität verwandeln. Deutschlandabschaffung im Schongang ist heute die Devise.

KAMPAGNEN

„Zu schwul, zu schwarz“

Wie sich der Vorwurf gegen einen Berliner AfD-Stadtrat, einen Bewerber diskriminiert zu haben, in Luft auflöste

Deutschlands Gesundheitsämter treten in den Medien derzeit vor allem in Berichten hervor, in denen es um ihre hohe Arbeitsbelastung geht. Im Kontrast dazu sorgt in Berlin schon seit Wochen ein Streit für Aufsehen, bei dem es um Diskriminierungsvorwürfe bei der Neubesetzung der Amtsarztstelle im Bezirk Treptow-Köpenick geht. Ein breiteres Interesse rief der Fall vor allem dadurch hervor, dass er auf den ersten Blick genau den Vorstellungen entspricht, die oft und gern über AfD-Politiker verbreitet werden.

Im Kern geht es um den Vorwurf, der Gesundheitsstadtrat des Bezirks, Bernd Geschanowski (AfD), habe aus assistier-

schen Gründen einen geeigneten Bewerber für den Posten des Amtsarztes abgelehnt. Bereits im Juni hatte sich für die Stelle der kubanischstämmige Mediziner Denis Hedeler beworben. Dieser hatte bis dahin schon als stellvertretender Amtsarzt gearbeitet. Im Besetzungsverfahren unterlag der 51-jährige Mediziner allerdings einem anderen Kandidaten.

Viel Anklang im Netz

Auch als dieser seine Bewerbung zurückzog, kam Hedeler bei der Neubesetzung nicht zum Zuge. Grund war laut Bezirksamt, dass Hedeler die nötige Qualifikation fehlt. Da im Gesundheitsamt kein wei-

terer Amtsarzt beschäftigt ist, will das Bezirksamt einen Mediziner, der bereits eine abgeschlossene Facharzt Ausbildung vorweisen kann. Hedeler muss seine Facharzt Ausbildung allerdings erst noch erfolgreich beenden. Dessen ungeachtet erhob der nicht zum Zuge Gekommene in der Öffentlichkeit schwere Diskriminierungsvorwürfe: Unter anderem startete Hedeler über die Plattform „All Out“ eine Online-Petition mit dem Titel „Zu schwul, zu schwarz: AfD verhindert Amtsarztsernennung“.

In der inzwischen von fast 40.000 Personen unterzeichneten Petition schrieb Hedeler: „Ich bin in Kuba geboren und

mit einem Mann verheiratet. Deshalb will man meine Ernennung zum Amtsarzt für Treptow-Köpenick verhindern – weil ich schwul und schwarz bin.“ Mit seinen öffentlich vorgebrachten Anschuldigungen hat der Mediziner inzwischen offenbar auch das Vertrauensverhältnis zum SPDgeführten Bezirksamt zerstört.

Mitte Dezember gekündigt

Tatsächlich hat es der Gesundheitsstadtrat mit AfD-Parteibuch nämlich gar nicht in der Hand, in solchen Personalfragen nach eigenem Gutdünken Entscheidungen zu fällen. Die gesamte Kampagne, die offenbar in gewissen Kreisen auf frucht-

baren Boden fiel, lief damit ins Leere. Laut Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) entscheidet über die Bewerbungen für die Amtsarztstelle keine Einzelperson, sondern ein Gremium mit mehreren Stimmberechtigten. Wie in anderen Bezirken üblich, war auch in Treptow-Köpenick die Personalvertretung bei der Stellenbesetzung einbezogen.

Nachdem die kommissarische Leiterin des Gesundheitsamtes Hedeler bereits im November von seinen Leitungsaufgaben im Gesundheitsamt entbunden hatte, sprach das Bezirksamt Mitte Dezember dem Mediziner die Kündigung aus.

Norman Hanert



KÖNIGSBERG

Mieter zahlen für Haussanierungen

Finanzierung über Umlage und staatliche Zuschüsse – Stadt will Gebühren in diesem Jahr nicht erhöhen

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Mitte 2015 sahen die Bewohner des Königsberger Gebiets zum ersten Mal in ihren monatlichen Nebenkostenabrechnungen einen neuen Ausgabenposten – Beiträge für die Modernisierung und Reparaturen an den von ihnen bewohnten Häusern. In der Regel ging es dabei um Reparaturen der Fassade, der Dacheindeckung sowie des Treppenhauses. Diese Neuerung war das Ergebnis von Gesetzesänderungen des Gesamtstaats, sodass die Bewohner von Mehrfamilienhäusern in allen Regionen des Landes mit dieser zusätzlichen Gebühr seitdem belastet werden. Die Höhe des Beitrags wird jedoch von jeder Region eigenständig festgelegt, basierend auf dem vorhandenen Zustand des Wohnungsbestands und dem Zustand des regionalen Haushalts.

Für das kommende Jahr erwarten die Königsberger Behörden eine drastische Reduzierung der Einnahmen des Stadthaushalts wegen wegfallender staatlicher Zuschüsse, insbesondere aus dem Regionalhaushalt, was auf die schwierige Finanzlage der Region wegen der Coronapandemie zurückzuführen ist.

Nach der Einführung der Gebühr für Modernisierungen betrug der Beitrag im Königsberger Gebiet jährlich 5,9 Rubel (umgerechnet zirka sieben Euro-Cent) pro Quadratmeter, wobei Wohn- und Nebenflächen einer Wohnung berücksichtigt wurden. 2020 stieg der Betrag auf 6,9 Rubel (zirka acht Cent) pro Quadratmeter. Damals hieß es, dass eine ähnliche Erhöhung jährlich erfolgen würde. Bislang versichert die Gebietsregierung jedoch, dass es 2021 keine weitere Erhöhung geben wird. Grund für diese Entscheidung sei die schwierige wirtschaftliche Situation der Bevölkerung während der Pandemie.

Zusätzlich zu den Gebühren, die von allen Mietern von Mehrfamilienhäusern gezahlt werden, steuert die Gebietsregierung jährlich mehr als sechs Millionen Euro aus dem regionalen Haushalt zu den Sanierungskosten bei, um die Lücken zwi-



Fassadensanierung in Königsberg: Um notwendige Reparaturarbeiten durchführen zu können, wurde 2015 eine Mieterumlage für Hausreparaturen eingeführt *Foto: J.T.*

sch den Einnahmen durch die monatlichen Gebühren der Mieter und der Inflation auszugleichen. Wenn die Preise für Baumaterialien jedes Jahr steigen und sich die Höhe der Nebenkostenumlage nicht ändert, dann ist eine finanzielle Unterstützung erforderlich, um die notwendigen Arbeiten im gleichen Umfang aufrechtzuerhalten.

Oft fragen sich die Mieter, warum sie seit Jahren eine Umlage für Sanierungen zahlen, ihre Häuser aber immer noch nicht repariert sind. Dies wird wie folgt erklärt: Die Reparatur erfolgt derzeit aus den Rücklagen des sogenannten Kapitalreparaturfonds. Während die Rücklagen gebildet werden, wird eine Liste der Häuser erstellt, die im kommenden Jahr saniert werden können.

In der Realität hängt jedoch viel von der Beharrlichkeit der Mieter eines Mehr-

familienhauses ab. Wenn sie die Beamten der zuständigen Instanzen der Regionalregierung mit Briefen überschwemmen, an die Medien appellieren und sich über den beklagenswerten Zustand ihrer Häuser beschweren, kann das dazu beitragen, die Reparatur ihrer Häuser zu beschleunigen.

Kapitalreparaturfonds entscheidet

Die Mittelverwendung liegt in den Händen des regionalen Kapitalreparaturfonds, dessen Gründer die regionale Regierung ist. Um die Präferenzen festzulegen, führen Ingenieure eine Vermessung durch und legen den Arbeitsumfang fest. Dann werden für jedes Haus ein Kostenvoranschlag und eine Aufgabenstellung erstellt. Die Auswahl von Auftragnehmern für die Reparaturarbeiten erfolgt über eine elektronische Ausschreibung. Eine wichtige Aufgabe

des Kapitalreparaturfonds ist auch die Kontrolle über den Fortschritt, die Qualität und den Zeitpunkt der Reparaturarbeiten.

Ab dem vergangenen Jahr hat der Fonds eine Pflichtversicherung in den Verträgen mit Auftragnehmern eingeführt. Diese Maßnahme soll Anwohner schützen, deren Eigentum von Baufirmen bei Großreparaturen beschädigt wurde, etwa durch eindringendes Wasser in Wohnungen bei Dachreparaturen oder vor der Verschmutzung von Fenstern bei Fassadenarbeiten. Solche Situationen waren in den vergangenen Jahren keine Seltenheit.

Seit 2015 wurden in der Region etwa 3500 Häuser bereits saniert. Insgesamt gibt es in der Region aber fast 15.000 reparaturbedürftige Wohngebäude. Es gibt also mehr als genug zu tun.

GRENZÜBERGANG SCHALAU

Moderne Anlage steht vor Inbetriebnahme

Lange Bauverzögerungen auf russischer Seite, Schäden auf litauischer Seite – Hoffnung, dass bald der Verkehr rollt

Für die Einwohner der Stadt Tilsit klang es fast wie ein Weihnachtsgeschenk. Endlich wurde im Beisein des stellvertretenden Verkehrsministers der Russischen Föderation, Dmitrij Swerjew, das Abfertigungsterminal an der neuen Memelbrücke bei Schalau [Dubkij] feierlich eröffnet. Nun konnte wohl der grenzüberschreitende Fahrzeugverkehr vom und ins Baltikum über die neue Brücke rollen. Schon seit dem Februar 2017 war sie fertig und wartete nur noch auf ihre Inbetriebnahme.

Staus vor Zollabfertigung

Noch mehr wartete man in Tilsit, denn die Königin-Luise-Brücke war den Anforderungen an einen modernen Schwerlastverkehr schon lange nicht mehr gewachsen. Die neue Brücke sollte Abhilfe schaffen wegen der sich in den Straßen der Stadt stauenden und auf die



Wartet auf die ersten Fahrzeuge: Das neue Grenzabfertigungsterminal in Schalau [Dubki] *Foto: Pravitelstvo Kaliningradskoj oblasti*

Zollabfertigung wartenden Lastkraftwagen, die mit Lärm und Abgasen eine unzumutbare Belastung für die Anwohner darstellten.

Doch kein Fahrzeug rollte über die neue Brücke, denn der Bau der Grenz- und Zollabfertigungsanlage auf russischer Seite verzögerte sich. Die Brücke fiel in einen regelrechten Dornröschenschlaf. Sie ging auch zur Fußball-Europameisterschaft 2018 nicht in Betrieb. Doch nun war endlich grünes Licht in Aussicht.

Hochmoderne Anlage

Das neue Grenzabfertigungsterminal ist eine der modernsten Anlagen und entspricht den neusten technischen und ökologischen Standards. Die Baukosten beliefen sich auf umgerechnet etwa 22 Millionen Euro. 49 Fahrspuren sorgen für eine hohe Durchlassfähigkeit.

Innerhalb von 24 Stunden können 1250 Lastzüge, 2600 Personenkraftwagen und 150 Autobusse abgefertigt werden. Für die Röntgenkontrolle von Fahrzeugladungen steht eine hochmoderne Station zur Verfügung.

Hochwasser verzögerte den Start

Auf dem Abfertigungsgelände wurden auch zwei Duty-free-Shops für den zollfreien Einkauf errichtet und nun hätte es eigentlich losgehen können. Aber diesmal war es die litauische Seite, durch die der Startschuss verzögert wurde. Das letztjährige Frühjahrshochwasser hatte die Infrastruktur in den überschwemmten Memelwiesen erheblich in Mitleidenschaft gezogen. An der Beseitigung der Schäden wird fieberhaft gearbeitet. Und so hofft man, dass die Brücke recht bald für den Verkehr freigegeben wird. *H.D.*

MELDUNGEN

Rail Baltica ohne Treuburg

Treuburg – Die Treuburger Stadtverwaltung möchte, dass die Eisenbahnlinie der Rail Baltica durch die Stadt führt. Eine entsprechende Konzeption wurde für die Planung jedoch nicht übernommen. Die Rail Baltica umgeht die Stadt schon von dem nahen Ort Kiöwen. Die Treuburger hoffen, dass es noch Änderungen gibt, auch wenn auf einem Teil der Trassen der Region die Geschwindigkeit von 160 auf die von der Europäischen Kommission angestrebten 200 Kilometer pro Stunde erhöht werden muss. Bürgermeister Karol Sobczak befürchtet einen Ausschluss Treuburgs vom Eisenbahnnetz. Der ehemalige Vizeminister für Infrastruktur, Jerzy Szmit, versicherte jedoch, dass von einem Ausschluss Treuburgs nicht die Rede sein könne. Im Rahmen des Baues der Rail Baltica sei eine Verbindung in Höhe des Dorfes Kiöwen geplant, die nach Treuburg führen wird. Auch die Verbindung Lyck-Treuburg bleibe bestehen, und die Linie werde elektrifiziert. *PAZ*

Brauerei mit neuem Besitzer

Braunsberg – Die Brauerei in Braunsberg hat einen neuen Eigentümer, die Firma Van Pur. Der Kaufvertrag wurde bereits unterschrieben. Verkäufer ist die Firmengruppe Zywiec. Die Transaktion wurde möglich, nachdem das Kartellamt sein Einverständnis gegeben hatte. Dadurch konnte der neue Eigentümer 100 Prozent der Brauerei-Anteile kaufen sowie auch die zur Brauerei gehörenden Immobilien. Es laufen weitere Verhandlungen wegen der Übernahme städtischen Geländes, auf dem sich Brunnen befinden. In einer offiziellen Mitteilung informierte Van Pur darüber, dass der Erhalt der mehreren hundert Arbeitsplätze in der Brauerei gesichert sei. *PAZ*

Wir gratulieren...



Murr, Edith, aus Lyck, am 11. Januar
Nachtweyh, Waltraud, geb. **Zyiewitz**, aus Neidenburg, am 11. Januar

Sohn, Hertha, geb. **Luick**, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 13. Januar
Trakowski, Gretchen, geb. **Pape**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Eckstein, Hildegard, geb. **Jopp**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Januar
Witt, Frieda, geb. **Quednau**, aus Lyck, Yorkstraße 1, am 14. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Salecker, Kurt, aus Ebenrode, am 7. Januar
Sembach, Ruth, geb. **Pilchowski**, aus Lyck, Blücherstraße 2, am 13. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bettin, Dora, geb. **Kischel**, aus Baerting, Kreis Mohrungen, am 12. Januar
Gerhardi, Traute, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Altmeyer, Heinz, aus Lyck, am 14. Januar
Krupinski, Bruno, aus Rehfeld, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Liebert, Ursula, geb. **Klekottka**, aus Lyck, am 11. Januar
Malunat, Hannelore, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 8. Januar
Tulowitzki, Waltraud, geb. **Radeck**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 9. Januar
Weber, Otto, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 9. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Biesenthal, Edith, geb. **Müller**, aus Heiligenkreutz, Kreis Fischhausen, am 14. Januar
Marschand, Hildegard, geb. **Schink**, aus Fischhausen, am 10. Januar

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

20./21. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)

16. bis 18. April: Kulturseminar in Helmstedt

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen

25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Das geplante **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg musste abgesagt werden, da die Wolfsburgener Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**.

Weitere Auskünfte zu den einzelnen Veranstaltungen erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 2/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 2/2021 (Erstverkaufstag 15. Januar) bis spätestens Dienstag, den 12. Januar 2021, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

ANZEIGE
 Sonderzugreisen nach
 Masuren - Königsberg - Danzig
 Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bandilla, Rosemarie, geb. **Rompel**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 13. Januar
Hermenau, Alfred aus Königsberg am 10. Januar
Heuss, Ruth, geb. **Gulbis**, aus Rossitten, Kreis Fischhausen, am 11. Januar
Horn, Otto, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 14. Januar
Kopitzki, Anneliese, geb. **Borowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Orlowski, Helmut, aus Langsee, Kreis Lyck, am 8. Januar
Pillath, Elfriede, geb. **Kowallik**, aus Lindengrund, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar
Schoenig, Willi, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 12. Januar
Schrack, Elisabeth, geb. **Bahlo**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 9. Januar
Siering, Marianne, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 11. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Gresch, Wilhelm, aus Neidenburg, am 10. Januar
Kaden, Erika, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 8. Januar
Keisker, Hildegard, geb. **Ostrowski**, aus Treuburg, am 12. Januar
Krohm, Luise, aus Ebenrode, am 11. Januar
Rundt, Hanne-Lore, geb. **Radzio**, aus Lyck, Danziger Str. 31, am 8. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Barholdt, Ruth, geb. **Wonitzki**, aus Ortelsburg, am 9. Januar
Christiansen, Kunigunde, geb. **Galda**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 10. Januar
Fleischer, Ingeborg, geb. **Marr**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 8. Januar
Hüttmann, Christel, geb. **Malso**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 9. Januar
Jeschke, Walter Otto, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Konstanty, Adalbert, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar
Kukielka, Friedrich, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 10. Januar
Lange, Rudi, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Merzenich, Gretel, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 9. Januar



Pillau anno 1897 Die Stadt wird meist mit Militär und als Hafen für Kriegsschiffe in Verbindung gebracht, doch auf der Postkarte des Verlegers C.A. Zimmermann ist ein friedliches, freudiges Leben abgebildet. Es gibt Häuser am Wasser, das Meer mit Ausflugsbooten, Gäste in Kutschen und nur links unten ist ein Offizierskasino zu sehen

Foto: Sammlung Evgeny Dvoretzki

Piassek, Edith, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 11. Januar
Scheel, Doris, geb. **Hobucher**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 11. Januar
Stiegele, Inge, geb. **Sack**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar
Von Pock, Ruth, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 8. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Benecke, Christel, geb. **Grunwald**, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrungen, am 10. Januar
Bolscho, Willi, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Januar
Godau, Grete, geb. **David**, aus Pli-bischken, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Hentschel, Christel, geb. **Peter**, aus Wehlau, am 9. Januar
Kirner, Magdalene, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. Januar
Lenz, Brigitte, geb. **Lingk**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 12. Januar
Martens, Gerda, geb. **Herrmann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Januar
Möller, Hannelore, geb. **Serrek**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 14. Januar
Pidun, Willy, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 11. Januar
Reeve, Robert, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 8. Januar
Sanden, Helmut, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 11. Januar
Schultz, Willy, aus Wehlau, am 14. Januar
Vent, Annilore, geb. **Schliffke**, aus Wehlau, am 12. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Birk-Redolf, Christa, geb. **Gaudszun**, aus Wohren, Kreis Ebenrode, am 10. Januar
Bohne, Waltraud, geb. **Piechotta**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Januar
Brockmann, Frieda, geb. **Kargoll**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 13. Januar
Danneberg, Erwin, aus Kobbeldude, Kreis Fischhausen, am 13. Januar
Friedrich, Alfred, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 9. Januar
Lopian, Alfred, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 14. Januar
Ludwanowski, Hans-Joachim,

aus Lyck, Königin-Luise-Platz 3, am 11. Januar
Mack, Gerhard, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Januar
Mielenhausen, Elfriede, geb. **Rahlf**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Pasternack, Edeltraut, geb. **Kuschewitz**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 8. Januar
Piechotka, Helmut, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 10. Januar
Rinio, Horst, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 14. Januar
Rohmann, Meta, geb. **Lieblich**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 9. Januar
Ulonska, Wolfgang, aus Königsgut, Kreis Osterode, am 8. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Frank, Rudhard, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 14. Januar
Gembora, Ursula, geb. **Jotzo**, aus Bergenua, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Haase, Walter, aus Wohren, Kreis Ebenrode, am 14. Januar
Hakelberg, Manfred, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. Januar
Hasenfuß, Waltraud, geb. **Steputat**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 13. Januar
Kallwitz, Ernst, aus Omulefufen, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Lattemann, Dieter, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 9. Januar
Legat, Günther, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 11. Januar
Mehl, Gerda, geb. **Losch**, aus Neidenburg, am 9. Januar
Mintkewitz, Kurt, aus Maschen, Kreis Lyck, am 10. Januar
Pick, Erwin, aus Neidenburg, am 10. Januar
Rockel, Christel, geb. **Sting**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 10. Januar
Ruhe, Elfriede, geb. **Dorsch**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 8. Januar

Schütrumpf, Karl, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 11. Januar
Seiler, Renate, geb. **Fröhlich**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 10. Januar
Siebel, Helga, geb. **Kachler**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 11. Januar
Weikam, Gisela, geb. **Matthée**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 13. Januar
Zerfowski, Otto, aus Venedien, Kreis Mohrungen, am 13. Januar
Zeuner, Käte, geb. **Oprotkowitz**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 9. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Behling, Dr. Sigrid, geb. **Koyro**, aus Lyck, am 8. Januar
Claußen, Rosemarie, geb. **Dollabek**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 12. Januar
Kozłowski, Marian, aus Garbasen, Kreis Treuburg, am 11. Januar
Krajewski, Edith, geb. **Augustin**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar
Masch, Hannelore, geb. **Schipper**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 13. Januar
Meistrowitz, Ursula, geb. **Koriat**, aus Gildenau, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar
Müller, Helmut, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 14. Januar
Muraczewska, Tadeusz, aus Treuburg, am 12. Januar
Stadach, Ursel, geb. **Skrimmer**, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Stanko, Kurt, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 13. Januar
Torkler, Reiner, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 13. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Venhoven, Artur, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 9. Januar

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Mitte Januar 2021 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
 Telefon: (040) 41 40 08 - 34
 E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
 Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

PAZ wirkt!

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Zimmerbude (Samland)
Samland früher Postkarte der alten Cranz Kirche mit Denkmal, Glockenturm und Pfarrhaus aus dem Verlag Paul Henschke, Schippenbeil. Weil die erste Fachwerkkirche in Cranz bald zu klein war und keine Gemeindeglieder mehr aufnehmen konnte, ließ die Stadt 1897 einen Steinbau errichten *Foto: Sammlung Dvoretzki*



Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner,
 Julius-Wichmann-Weg 19, 23769
 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371)
 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Aufruf auf Bitte der Heimatkreisgemeinschaft Lötzen

Da unser Schatzmeister zurückgetreten ist, suchen wir auf diesem Wege ein Mitglied (oder ein zukünftiges Mitglied) unserer Kreisgemeinschaft, das diese Aufgabe zuverlässig übernehmen würde. Leider konnten wir wegen der Corona-Pandemie unsere Kreisversammlung nicht wie geplant durchführen und so war es nicht möglich, unsere Mitglieder bei dieser Versammlung persönlich anzusprechen.

Der Schatzmeister sollte die Arbeit des Vorstandes unterstützen und wäre ab der nächstmöglichen Wahl anlässlich einer Kreisversammlung Mitglied des enge-

ren Vorstandes. Interessenten bitten wir, sich bei der Geschäftsstelle (siehe Seite 16) zu melden.

Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg,
 Tel.: (040) 4140080, E-Mail:
kontakt@junge-ostpreussen.de,
www.junge-ostpreussen.de

Absage Preußenball

Liebe Freunde des Bundes Junges Ostpreußen, aufgrund der allgemeinen Entwicklungen hat der Bundesvorstand des Bundes Junges Ostpreußen (BJO) den für Januar geplanten Preußenball in Jena coronabedingt abgesagt.

Die Veranstaltung wird nachgeholt, sobald es möglich ist. Der neue Termin wird zeitgerecht bekanntgegeben.

Mit heimatlichen Grüßen,
 Dr. Andreas Borm
 (i.A. des Bundesvorstandes)

Neujahrsgruß des Vorsitzenden

Liebe Mitstreiter und Freunde des Bundes Junges Ostpreußen wir wünschen euch allen und euren Liebsten ein frohes neues Jahr!

Gerne möchten wir mit euch zusammen dieses Jahr nutzen, um uns weiter zu entwickeln. Wir freuen uns auf die Zeit, wenn wieder Veranstaltungen möglich sind und wir zusammenkommen können.

Auch in diesem Jahr haben wir direkt zum Jahresbeginn einen wichtigen Termin. Am 18. Januar jährt sich die Reichsgründung zum 150sten Male. Dies ist auch heute noch ein sehr bedeutender Tag, da hiermit viele „Selbstverständlichkeiten“ unserer Zeit verbunden sind. Hierzu werden wir aber noch zum Jahrestag mehr verraten.

Lasst uns gemeinsam optimistisch in die Zukunft schreiten. Hoffentlich sehen wir uns bald wieder.

Mit heimatlichen Grüßen,
 Euer BJO
 Tobias Link

Adventaktion des Vereins der Deutschen in Klaipėda

Das Jahr 2020 war für viele von uns hart. Besonders betroffen sind ältere Menschen. Durch Covid 19 und die Einschränkungen fühlen sie sich in ihren Wohnungen oder Häusern auf dem Lande wie eingesperrt. Wegen der Quarantäne durfte das Adventsfest nicht durchgeführt werden. Die Pakete aus Deutschland, die jedes Jahr von den „Weihnachtsmännern“ Manfred Schukat und Friedhelm Schülke gebracht wurden, sind in diesem Jahr auch ausgefallen. Die Mitarbeiter des Simon-Dach-Hauses suchten nach Möglichkeiten, wie man älteren Vereinsmitgliedern zu Weihnachten eine Freude machen könnte. Man wendete sich an die deutsche Botschaft in Wilna und wurde gehört. Dem Antrag stimmte die Botschaft zu und för-

derte das Projekt „Adventaktion“. Man konnte 50 Geschenkpakete mit Kaffee, Tee, Trinkschokolade, Stollen, Spekulatius, Lebkuchensorten, Tafeln Schokolade, Kerzen und Servietten bestücken. Einen halben Tag dauerte das große Packen. Natürlich wurden dabei alle Hygiene-Vorschriften eingehalten. Die Arbeit machte riesig Spaß! In drei Tagen pünktlich vor dem Lockdown in Litauen schafften wir die Pakete auszuliefern. Die Vereinsmitglieder in Klaipėda (Memel), Kretingale (Deutsch Crottingen), Palanga (Polangen), Priekulė (Prökuls), Agluonėnai (Aglohnai), Dvilai (Dawillen), Girkaliai (Girgallen), Klišiai (Klischen), Kalviškiai (Kallwischken) und anderen Dörfern staunten über den unerwarteten Besuch von Arnold Piklaps, dem „Weih-

nachtsmann“ des Vereins der Deutschen in Klaipėda. Die Menschen waren überrascht, freuten sich, bei manchen standen sogar Tränen in den Augen. Leider konnte man sich keine Zeit für die alten Memelländer nehmen. Die Übergabe erfolgte draußen mit dem vorgeschriebenen Mund-Nase Schutz und in Handschuhen. Trotz der harten Bedingungen sind wir froh, dass wir zum schöneren Weihnachtsfest unserer Vereinsmitglieder beitragen konnten. In zehn Tagen schafften wir es, unsere Adventaktion durchzuführen und sind der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Litauen für ihre Förderung des Projekts sehr dankbar.

Rasa Müller
 Kulturmanagerin

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

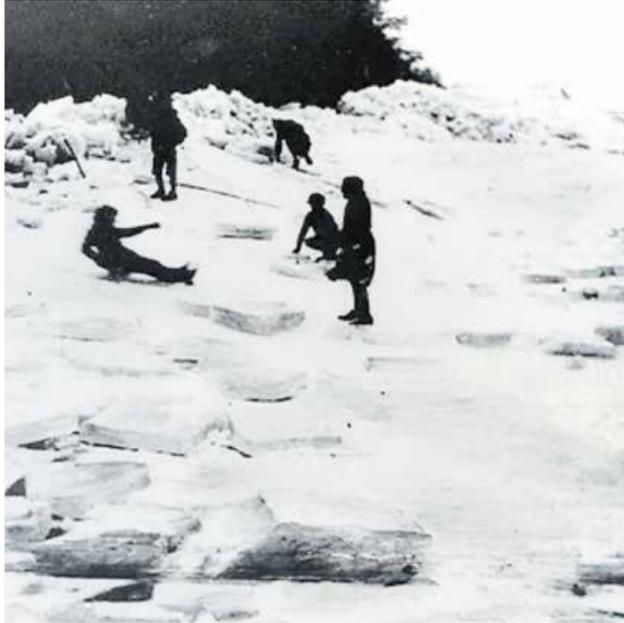
**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften



Winterfreuden in Balga Die Ostsee hat Eismassen transportiert und zu Bergen aufgetürmt, die spielende Kinder nun zum Rutschen und Rodeln nutzen
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Tilsit-Stadt
Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748.
Geschäftsführer: Manfred Urb-schat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Armin Mueller-Stahl, 90-jähriger Ehrenbürger der Stadt So-wjetsk, mit der Ehrenmedaille der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. gewürdigt
Die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. würdigt herausragende Persönlichkeiten, die die Erinnerung an Ostpreußen und die „Stadt ohne Gleichen“ im Gedächtnis der heu-

tigen Generation wachhalten wollen. Das Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen hat eine Reihe großer Persönlichkeiten hervorgebracht.
Dieses Land, das nunmehr nach der Vertreibung der Deutschen heute von einer zunehmend geschichts- und identitätsbewussten, schon dritten Generation von

PAZ wirkt!

ANZEIGE

Lötzen
Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osna-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Aufruf Schatzmeistersuche
Da unser Schatzmeister zurückgetreten ist, suchen wir auf diesem Wege ein Mitglied (oder ein zukünftiges Mitglied) unserer Kreisgemeinschaft, das diese Aufgabe zuverlässig übernehmen würde. Leider konnten wir wegen der Corona-Pandemie unsere Kreisversammlung nicht wie geplant durchführen, und so war es nicht möglich, unsere Mitglieder bei dieser Versammlung persönlich anzusprechen.
Der Schatzmeister sollte die Arbeit des Vorstandes unterstützen und wäre ab der nächstmöglichen Wahl anlässlich einer Kreisversammlung Mitglied des engeren Vorstandes. Interessenten bitten wir, sich bei der Geschäftsstelle zu melden.

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
Format: 65 x 45 cm
Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweißt

29,95 € inkl. Versand

Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Buchtstr. 4, 22087 Hamburg Tel. 040/41 40 08 0 seike@ostpreussen.de

Rätsel

niederl. Fayen-cent-stadt	Bundes-staat der USA	Zweifler	im Umlauf sein	japani-sche Matratze	frühere brit. Münz-einheit	selbst-süchtiger Mensch	Fecht-hieb	Schreit-vogel	Geschick-lichkeits-türme	Ver-größe-rungs-glas	Maßein-heit der elektr. Leistung	Brauch, Sitte (latei-nisch)	hinken (Pferd)
Besor-gung, Erwerb			leise, still	Wild-hüter			Soldat in der Aus-bildung		beson-dere Verein-barung		Vorname Strawins-kys	chem. Element, giftiges Gas	
von Bäu-men ge-säumte Straße		schwei-zerischer Pädago-g		Zierde, Schmuck (Kurz-wort)	Fluss zur Rhone		letzter Wortteil	Besitz, Ver-mögen			Stadt auf Born-holm	schlau, ver-schla-gen	
kleiner Küsten-fisch	Fußglied	alt-rö-mische Monats-tage		Ver-an-staltung, Ereignis (engl.)					Gedicht-zeile	Turn-übung			
Glücks-spieler (ugs.)			zer-mürbt, ausge-brannt							ein Stern-bild			
der Fuchs in der Fabel		veraltet: Runde, Rund-gang		Brause-bad		inkognito	deutsch-franz. Maler (Max)	Nadel-baum, Taxus			römi-scher Kaiser		auf-schieben
					Ktz-Zeichen Trier	engl. Adels-titel: Graf							Durch-einander
			in der Tiefe				reich-lich; üppig		Strom in Ostasien	Rest im Glas			
				Wurz-pflanze, Belfuß-art	aus-erlesen, aus-erwählt	Bienen-züchter	geist-liches Lied		ring-förmige Korallen-insel	Unwille, Ver-drossen-heit		Bruder des Romulus	Schiff-fahrts-kunde
			größte euro-päische Scholle						Muse der Stern-kunde				
					gemah-lenen Getreide	Monats-name	nordi-sche Währungs-einheit			nordafrik. Misch-volkange-höriger		böse, schlimm	
	Kopf-schutz	Hand-mäher-g		franzö-sisch: Frank-reich				Haar-büschel bei Tieren	Rasen-pflanze	politi-scher Fana-tiker	Luftrolle (Sport)	Teig-ware	eng-lischer Konser-vativer
	Vorname des dt. Dichters George							Ost-slavin					
	franz. Seebad (Golf von Biskaya)		Himmels-richtung		persönl. Fürwort (zweite Person)	Schmuck-stein			Schreib-art; Kunst-richtung		vordring-lich		italie-nische Tonsilbe
	Ge-schichts-schreiber	Bau-abfall, Trümmer						ital. Mittel-meer-insel		ein Pariser Flug-hafen			
	Hohlräum												

Sudoku:
Besen-kammer
Kreiskette: 1. Blesse, 2. aussen, 3. Anker, 4. Bramme, 5. Roemer
6. Ironie - Muetze, Kaoppi
3. idell, 4. Neptun, 5. Spitze
Diagonalrätsel: 1. Mosaik, 2. Muskak

So ist's richtig:

Sudoku

		3	6	5		
5	8	7		1	4	3
9						7
7	2			8		5
	8				2	
4	5			1		6
8						2
3	6	4		2	7	1
	1		5	9		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

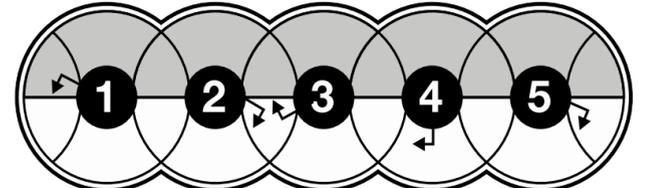
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Kopfbedeckungen.

- 1 Bildwerk aus bunten Steinen
- 2 Gewürznuss
- 3 nur geistig vorhanden
- 4 römischer Meeresgott
- 5 Endpunkt eines Pfeils
- 6 feiner Spott

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Abstellraum.

1 weißer Stirnleck bei Tieren, 2 nicht innen, 3 Hauptstadt der Türkei, 4 walz-fertiger Stahlblock, 5 Weinglas



Heimatkreisgemeinschaften

Neusiedlern bewohnt wird, hat bislang zwei in Tilsit geborene Deutsche und erst jüngst mit der Kunstkritikerin Urupina, Tatiana Stepanowna, eine mit der preußisch-deutschen Geschichte verbundene Persönlichkeit zur Ehrenbürgerin der Stadt Sowjetsk erhoben (siehe PAZ 38 (2020), Seite 17)

Nummehr darf die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. auf ein Universalgenie der deutschen Kultur blicken, das zum Weltbürger wurde: Am 17. Dezember 1930 wurde Armin Mueller-Stahl, während des Krieges tätiger Musiklehrer, später Sänger, Liedermacher und gefeierter Film- und Fernsehschauspieler, bildender Künstler und Lyriker in Tilsit geboren.

Als er eine Petition gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann aus der DDR mitunterzeichnete, fiel er 1976 in Ungnade. „Ich will lieber einen Knick in meiner Biographie als in meinem Rückgrat haben“, soll er aufrecht und in ostpreußischer Manier gesagt haben (A. Mueller-Stahl „Verordneter Sonntag“, zitiert in Szillat, Werner: „man muß dürfen können – Armin Müller-Stahl, ein Leben für die Kunst“, Tilsiter Rundbrief (1985/86)15.-S. 19-24).

Mueller-Stahl drängte es immer mehr nach Westen, zuerst in die Bundesrepublik Deutschland, dann in die USA. Überall Erfolg. Seine Herkunft nicht vergessend, nahm er eine Einladung des langjährigen Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. in deren

Geschäftsstelle nach Kiel im Jahre 2000 an (siehe Mertineit, Horst: „Von Tilsit nach Hollywood“, Tilsiter Rundbrief (2000/2001)31.-S.9-12).

Denkwürdig: Es trafen sich in dieser Geschäftsstelle der später, im Jahre 2008, zum Ehrenbürger der Stadt Sowjetsk ernannte Horst Mertineit-Tilsit und der zweite deutsche Ehrenbürger dieser Stadt, Armin Mueller-Stahl, um sich gegenseitig ihre Aufwartung zu geben. [Quelle: Buch der Ehrenbürger der Stadt Sowjetsk – russ. https://depsov.ru/gorod/kniga_pocheta/pochetnye-grazhdane/; Beschluss Nr. 622 vom 27. August 2008 bzw. Beschluss Nr. 138 vom 31. August 2011].

In Anerkennung des Lebenswerks des 90-jährigen Jubilars verleiht die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. Armin Mueller-Stahl ihre Ehrenmedaille. Über seine in einem Kurzfilm postulierte Lebensweisheit lässt er uns nachdenklich bleiben (<https://www.daserste.de/information/ratgeber-service/live-nach-neun/videos/Mueller-Stahl-wird-90-Jahre-100.html>):

„... Das Leben als Abenteuer. Immer wieder - Segel neu setzen und auch – immer wieder – das Risiko eingehen zu scheitern.“

Prof. Dr. -Ing. habil. Günter Hertel,
Sprecher der Stadtvertretung
und Beauftragter
Korrespondent des 1. Vorsitzenden
der Stadtgemeinschaft
Tilsit e.V. zur PAZ.

Geschichtliches Erbe

Dieses Projekt wurde im Sommer 2018 gegründet und beschäftigt sich mit dem kulturellen Erhalt des historischen Ostpreußens. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den verfallenen und vergessenen Friedhöfen im alten Ordensland und auf deren Dokumentation, um es den Nachfahren zu ermöglichen, herauszufinden, woher ihre Großeltern stammen.

Das Projekt ist aktuell noch ein Ein-Mann Projekt und wird hauptsächlich „online“ und in Ostpreußen vor Ort vorangetrieben. Dabei konzentriere ich mich darauf, jedem Interessierten Videoaufnahmen und Eindrücke in den verschiedensten Formaten bereitzustellen und die Menschen mit dem Thema Ostpreußen zu unterhalten und

heranzuführen. Besucht mich gern auf den sozialen Medien wie Youtube oder Instagram unter dem Namen „Geschichtliches Erbe“ oder schaut auf meiner Website www.geschichtliches-erbe.de vorbei. Folgt einfach meinem Maskottchen Hermi dem Elch:



Euer Rudi

Wieder lieferbar: Die Gesichtsmaske mit „Elchschaufel-Design“

Not macht erfinderisch. Als die Landsmannschaft Ostpreußen als Folge der allgemeinen Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes eine eigene Gesichtsmaske herausgab, entwickelte sich diese schnell zu einem Verkaufsschlager. Auf vielfachen Wunsch hin ist die Gesichtsmaske mit der Elchschaufel nun wieder lieferbar.

Die zweilagige Ostpreußen-Maske besteht aus weißem Stoff (Material jeweils 100 Prozent Baumwolle und 100 Prozent Polyester) mit schwarzem Aufdruck. Die Maske wird durch Bügeln bei maximal 150 Grad oder Waschen bei 60 Grad sterilisiert und ist somit wiederverwendbar. Sie hat zwei Gummischlaufen zum Tragen über den Ohren. Herkunftsland ist Ungarn.

Das Bedecken Ihres Gesichts mit der Ostpreußen-Maske kann dabei helfen, die Verbreitung des Coronavirus anderen gegenüber zu reduzieren. Bitte beachten Sie jedoch, dass die Maske nur ein einfacher Schutz ist und keine vollständige Sicherheit zur Abwehr gegen Viren bildet und auch keinen Virusfilter hat. Bitte sterilisieren Sie diese Maske nach spätestens 4-stündiger Tragedauer!

Eine Haftung vonseiten der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* oder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. ist ausgeschlossen.

Der Preis per Stück beträgt 4,50 Euro, zzgl. Verpackungs- und Versandkosten in Höhe von 2,- Euro. Wir freuen uns über Ihre **Bestellung** unter folgender E-Mail Adresse: selke@paz.de oder telefonisch unter **(040)414008-0**.



Wirken Sie mit an
der Stiftung
»Zukunft für
Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE71

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel Ihrer Kreisgemeinschaft. Geben Sie bitte bei allen Schreiben stets auch den letzten Heimatort an.

PAZ
wirkt!

ANZEIGE



Nachruf

Und die Meere rauschen den Choral der Zeit.
Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit.

Am 13. Dezember 2020 verstarb Frau

Renate Bess-Hintz

* 28.08.1926 † 13.12.2020

Traueranschrift: Sabine Hintz
c/o Bestattungen Lenartz, Kupfergasse 12, 51145 Köln

Auf ihren Wunsch hin erfolgte die Beisetzung in der Ostsee.

Ostpreußisches Landesmuseum

Das Ostpreußische Landesmuseum bleibt weiterhin vorübergehend geschlossen, ist aber digital offen und sehr aktiv

Das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und das Brauereimuseum Lüneburg bleiben voraussichtlich noch bis mindestens Mitte Januar 2021 geschlossen. Alle Führungen, Veranstaltungen und museumspädagogischen Angebote sind von der Schließung betroffen.

Natürlich trifft uns dieser Schritt hart, und wir vermissen unsere Besucherinnen und Besucher sehr. Zugleich leisten wir gerne den notwendigen Beitrag, dass die Infektionszahlen so schnell wie möglich sinken.

Obwohl geschlossen, wird hinter den Kulissen intensiv gearbeitet. In der Adventszeit hatten wir bei YouTube einen digitalen Adventskalender mit kleinen Geschichten rund um die Dauerausstellung geschaltet. Jeden Tag öffnete sich ein neues Türchen für Sie! In einigen der Videos waren kleine Buchstaben versteckt, die sich zu einem Lösungswort zusammensetzen lassen. Wer das richtige Lösungswort einschickte, konnte eine exklusive Direktoren- oder Kuratorenführung durch eine Museumsabteilung seiner Wahl gewinnen.

Auch bei Facebook, Instagram und auf unserem Museumsblog werden teilweise täglich zahlreiche interessante Informationen rund um Ostpreußen und die Deutschbalten eingestellt. Schauen Sie einmal hinein!

Dies geschieht in enger Partnerschaft und Kooperation mit dem ebenfalls von der Ostpreußischen Kulturstiftung getragenen Kulturzentrum Ostpreußen in Eilingen, das über eine bedeuten-

Natürlich durchkreuzen die kaum planbaren Schließungen alle Planungen rund um unsere Wechselausstellungen. Gerade internationale Projekte werden oft über viele Jahre vorbereitet – hier fällt derzeit ein erheblicher Mehraufwand für Umplanungen an.

Parallel entsteht ein **mehrsprachiger Audioguide**, auch mit eigener Kinderführung, der ab Frühjahr unterhaltsam durch die Dauerausstellung führen wird.

Die wissenschaftliche Arbeit des Museums erfolgt eher im Hintergrund. Wir freuen uns, dass dieser Bereich nun verstärkt werden soll. **Einem Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages folgend werden dem Haus zusätzliche Mittel für eine Archivstelle zur Verfügung gestellt.** Mit dieser neuen Stelle wird ein Grundstein für das Museum gelegt, ostpreußisches Archivgut professionell zu bewahren und zu erforschen. Gerade mit seiner neuen Abteilung zu Immanuel Kant kommt dieser Schritt genau zur richtigen Zeit.

Das Ostpreußische Landesmuseum verfügt über eine große Menge Archivmaterial, etwa Urkunden, Werbeplakate, Fotografien, (Post-)Karten, Briefe und vieles mehr. Da es in Deutschland keine kommunale Körperschaft für Ostpreußen mehr gibt, ist es eine der Aufgaben der Ostpreußischen Kulturstiftung, der Trägerin des Museums, als Sammel- und Forschungsstelle für Archivgut zu wirken.

Dies geschieht in enger Partnerschaft und Kooperation mit dem ebenfalls von der Ostpreußischen Kulturstiftung getragenen Kulturzentrum Ostpreußen in Eilingen, das über eine bedeuten-

de archivalische Sammlung verfügt. Gemeinsam kann mit der neuen Stelle nun sichergestellt werden, dass das gesammelte Archivgut verzeichnet und digital den Interessierten zur Verfügung gestellt werden. Da das Forschungsgebiet des Museums die Republik Polen, die Russische Föderation und die drei baltischen Staaten umfasst, ist eine starke internationale Sichtbarkeit und Online-Recherchierbarkeit von großer Relevanz – von den Schwierigkeiten des Reisens in Pandemiezeiten ganz abgesehen. Hier können nun neue Meilensteine angestrebt werden.

Wir danken allen Unterstützern und Mitstreitern für diese neue Stelle, besonders Eckhard Pols MdB, der als Lüneburger Abgeordneter wiederholt großen Einsatz für die europäischen Aspekte des Museums gezeigt hat.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung
Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg
Tel. +49 (0)4131 759950,
Fax +49 (0)4131 7599511
E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Öffnungszeiten und Preise:
Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr,
Eintritt: 7,00 Euro, ermäßigt 4,00 Euro, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt. Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei!
Führungen nach Vereinbarung, Preis: ab 50,00 Euro / Gruppe zzgl. 4,00 Euro pro Person

Folgen Sie uns auf Facebook:
www.facebook.com/OstpreussischesLandesmuseum

Folgen Sie uns auf Instagram:
www.instagram.com/ostpreussischeslandesmuseum

VERTRIEBENE IM RUHRGEBIET

Neuanfang in Mönchengladbach

Land NRW widmet eine Broschüre den verschiedenen Etappen der Eingliederung Ostdeutscher

VON KARLHEINZ LAU

Die Publikation „Vom Verlust zum Gewinn. Vertriebene in Mönchengladbach“ wurde durch den Minister für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert. Ihre Herausgabe belegt das traditionell gute Verhältnis zwischen der Landesregierung und den Organisationen der Heimatvertriebenen. In den Ländern Brandenburg oder Berlin wäre ein vergleichbarer Titel etwa durch die jeweilige Zentrale für politische Bildung nicht möglich.

Inhaltlich folgen die Beiträge der Chronologie, Ausgangspunkt ist das Jahr 1945. Ein Beitrag beschreibt sachlich die Ursachen von Flucht und Vertreibung, ein zweiter die durch die Kriegshandlungen schwer zerstörte Stadt und Region Mönchengladbach. Das war die Ausgangslage für die Einheimischen und für Zehntausende Vertriebene, die untergebracht werden mussten. Es folgen Schilderungen zu den einzelnen Etappen: Wohnungen, Arbeitsplätze und die beginnende Eingliederung. All dies waren Prozesse in den 1950er, 60er und 70er bis in die 80er Jahre. Inzwischen kamen neue Gruppen wie Flüchtlinge aus der DDR – besonders vor 1961 – sowie deutsche Aussiedler aus der damaligen Sowjetunion hinzu. Von den Einheimischen wurden sie in der Regel pauschal als Flüchtlinge bezeichnet.

Heute wird der Anteil der Vertriebenen oder Menschen mit Vertriebenenhintergrund im Großraum Mönchengladbach auf zirka 20.000 geschätzt. Die materielle Eingliederung der Menschen aus dem Osten ist offenbar gelungen. Viele Vertriebene kommen in ihren Landsmannschaften regelmäßig zusammen, nehmen am Gemeindeleben teil, sie feiern die Traditionen ih-



Leben in Ruinen: Eine Flüchtlingsfamilie im Ruhrgebiet nach 1945

Foto: akg images

rer Heimat Pommern, Schlesien, Ostpreußen und Sudetenland. Auf den zahlreichen Bildern wird aber auch deutlich, dass die Erlebnisgeneration älter geworden ist und der Nachwuchs fehlt. An eine Rückkehr ist bis auf Weiteres nicht zu denken, es bleiben die Erinnerungen.

Erstaunlich ist, dass von konkreten Kontakten zu den neuen Bewohnern ihrer Heimatgemeinden nicht gesprochen wird, sieht doch der Bund der Vertriebenen (BdV) seine Organisationen als Brückenbauer zu den Polen oder Tschechen, die jetzt dort leben. Am Schluss der Broschüre steht ein Gespräch der Generationen – Großeltern, Eltern und Enkel – über ihre Heimat und den jetzigen Wohnort. Unklar

ist, warum die Gesprächspartner keine Vertriebenen aus den Ostgebieten sind, sondern Flüchtlinge aus der Ex-DDR.

Schließlich wird die Darstellung mit der Charta der Deutschen Heimatvertriebenen beendet. Insgesamt handelt es sich um eine informative Schrift mit zahlreichen Fotos und Statistiken. Sie behandelt einen wichtigen Abschnitt der Stadtgeschichte Mönchengladbachs und findet hoffentlich viele Interessenten. Zwei kritische Anmerkungen: Die mentalen Schwierigkeiten bei der Aufnahme der Vertriebenen durch die einheimische Bevölkerung hätten stärker gewichtet werden müssen sowie die Nichtberücksichtigung der Ost-Brandenburger. Zwischen Schlesien im Sü-

den und Pommern im Norden liegt das Vertreibungsgebiet des östlichen Teils der Mark Brandenburg mit dem Zentrum Landsberg an der Warthe. Es ist die Neumark, damals wie heute ein beliebtes Ausflugsgebiet für Berliner und Brandenburger.



Lern- und Bildungsakademie Mönchengladbach (Hg.): „Vom Verlust zum Gewinn. Vertriebene in Mönchengladbach“, LuBA-Verlag, Mönchengladbach 2019,

broschiert 93 Seiten, 10 Euro. Bezug: Telefon 02161-3030 7000

Heimatstube eingelagert

Von 1981 bis 2019 betrieb der Bund der Vertriebenen (BdV), Kreisverband Zweibrücken, die Ostdeutschen Heimatstuben in Zweibrücken. Bis 2003 waren die Heimatstuben im Dachgeschoss des Zweibrücker Stadtmuseums untergebracht, dann zogen sie in die Herzog-Christian-Musikschule in der Grinsardstraße 16 um. Die Räume wurden von der Stadt mietfrei zur Verfügung gestellt, jedoch von den BdV-Mitgliedern selbstständig renoviert. Die Sammlungen wurden ehrenamtlich vom BdV-Kreisverband Zweibrücken betreut, bis dieser sich 2018 auflöste. Wie vertraglich festgelegt, übernahm die Stadt Zweibrücken die Sammlung zu treuen Händen. Sie befindet sich nach wie vor verpackt in Kisten in Räumen der Musikschule, ist allerdings nicht mehr zugänglich.

Der ehemalige Ausstellungsraum wird nun für Schlagzeug-Unterricht genutzt. Am 8. Dezember 2020 fasste sich auf Antrag der AfD-Fraktion der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landtags Rheinland-Pfalz mit der Sammlung. Die SPD geführte Landesregierung verhielt sich jedoch passiv und reichte den Schwarzen Peter zurück an die Stadt, obwohl Paragraph 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) Bund und Länder dazu verpflichtet, das Kulturgut der Bewohner Ostdeutschlands im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes wachzuhalten.

Neben Erinnerungsstücken und verschiedensten Haushaltsgegenständen sowie Bernsteinschmuck aus Ostpreußen gilt als herausragendes Exponat im Bestand der Zweibrücker Heimatstuben eine große zweifarbige, handgewebte Hochzeits-Decke, die im Jahr 1799 im Kreis Treuburg, Ostpreußen, gefertigt wurde.

Bodo Bost

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wie deutsche Medien eine polnische Glocke erschwindeln

Die Heilige-Katharina-Kirche von Slawentzitz in Oberschlesien erhält ihre 465 Jahre alte Glocke aus Münster zurück

Slawentzitz [Śląwięcice] ist seit 1975 ein etwas verschlafener Stadtteil der oberschlesischen Kreisstadt Kandrzin-Cosel [Kędzierzyn-Koźle]. Doch ein Einheimischer würde nach seinem Herkunftsort gefragt nie Kandrzin-Cosel, sondern immer Slawentzitz sagen.

Der Ort war im 17. Jahrhundert bekannt für das zu seiner Zeit modernste Hüttenwerk in Oberschlesien. Der in Slawentzitz heimische Zweig des Hauses von Hohenlohe zählte zu den bedeutendsten Großindustriellen Oberschlesiens und wurde mit dem Einstieg in den Galmeibergbau und die Zinkverhüttung einer der weltweit größten Zinkhersteller. Durch den Bau des Klodnitzkanals und der Bahnstrecke von Breslau über Kandrzin nach Gleiwitz entwickelte sich Slawentzitz trotz seines eigentlich dörflichen Charakters zu einem bedeutenden Industriestandort. Darauf ist der Slawentzitzer heute noch stolz.

Bedeutender Industriestandort

Seit einer Woche ist Slawentzitz in den Fokus deutscher und polnischer Leitmedien gerückt. Der Grund ist die wiedergefundene Glocke der Slawentzitzer Heiligen-Katharina-Kirche, die der Heiligen Katharina aus Alexandrien gewidmet ist. Die Glocke sollte vor 77 Jahren wie etwa 80.000 anderen Glocken im Dritten Reich von der deutschen Rüs-



Soll bald ihre Glocke zurückerhalten, die vor der Einschmelzung in Sicherheit gebracht wurde: Die neugotische Pfarrkirche St. Katharina

Foto: Pimke

tungsindustrie zu Waffen und Munition verarbeitet werden. Doch dazu kam es nicht mehr und sie gelangte nach Hamburg.

Was aber mussten die Slawentzitzer, die vielfach der deutschen Volksgruppe

angehören, kürzlich über ihre Heimatglocke lesen? Das Blatt „Rzeczpospolita“ berichtete, dass die Glocke von den Nationalsozialisten „geraubt“ worden sei und erklärte dem Leser, dass Slawentzitz vor dem Zweiten Weltkrieg unter deutscher Administration stand, was in der polnischen Sprache eine „Fremdverwaltung“ suggeriert. Das Internetportal „Gazeta.pl“ schreibt, dass die Slawentzitzer Glocke gar vom „deutschen Okkupanten geraubt“ worden sei, räumt jedoch ein, dass die Glocke sich im deutschen Besitz befinde. Ins selbe Horn blies zeitgleich die „Süddeutsche Zeitung“: „77 Jahre nach dem Raub durch die Nazis in Polen soll eine Kirchenglocke von Münster zurück nach Śląwięcice gebracht werden.“ Dabei bezieht sich das Blatt auf den dpa-Nachrichtenkanal. Der Deutschlandfunk berichtete, „eine im Zweiten Weltkrieg von den Nationalsozialisten gestohlene Kirchenglocke kommt in ihre polnische Heimatgemeinde zurück“.

Gazetten sprachen von Raub

Der Pfarrer der Heiligen-Katharina-Gemeinde, Marian Bednarek, ist ein passionierter Geschichtsforscher. Er stammt aus dem 40 Kilometer entfernten Kiełcza [Kielcza] und hat einen guten Draht zu den einstigen Slawentzitzern, so auch zu Hans Manek.

Bei all dieser Bitterkeit ist die Aktion an sich berichtenswert. Manek wusste, dass Pfarrer Bednarek bereits seit zwei

„Als wir dann nach 77 Jahren die ersten Fotos von unserer Glocke zugeschickt bekommen haben, waren wir alle überwältigt – vor Freude“

Hans Manek
gebürtiger Slawentzitzer

Jahren nach der 1944 abtransportierten Glocke forschte. Im 2011 erschienenen Buch „Leihglocken“ von Marceli Tureczek fand er ein Foto, auf dem zu sehen war, wie die Glocke mit einem Pferdewerk abtransportiert wurde. Er konnte herausfinden, dass diese sich in Münster befand. Nun war Manek, der in Rommerskirchen wohnt, gefragt. Er stellte den Kontakt mit dem Bischöflich-

chen Generalvikariat her. „Als wir dann nach 77 Jahren die ersten Fotos von unserer Glocke zugeschickt bekommen haben, waren wir alle überwältigt – vor Freude“, sagte er gegenüber den „Westfälischen Nachrichten“.

Briten untersagten Rückgabe

Die Glocke stammt aus dem Jahre 1555 und wiegt 400 Kilogramm. Sie hat den Krieg auf dem zentralen Glockensammelplatz in Hamburg, dem sogenannten Glockenfriedhof, überdauert. Während die meisten der übrig gebliebenen Glocken in ihre Heimatgemeinden zurückgeführt wurden, konnten etwa 1300 Glocken aus den deutschen Ostgebieten nicht mehr zurückkehren. Die britische Militärregierung hatte die Rückgabe untersagt. Da sie jedoch in Hamburg nicht bleiben konnten, wurden sie als sogenannte „Patenglocken“ an westliche Kirchengemeinden ausgeliehen. So fand die Glocke aus Slawentzitz neben zwei anderen ihren Platz im Innenhof des Kirchengerichts zu Münster in Westfalen.

Sobald die Pandemie im Griff ist, soll sie nach Slawentzitz zurückkehren. „Die Suche war damit abgeschlossen, doch die Glocke ist noch nicht wieder in Polen“, war in den „Westfälischen Nachrichten“ zu lesen. Wieder in Polen? Eigentlich doch erstmals! Zum Leid deutscher „Leitmedien“.

Chris W. Wagner

DIE BLAUE SCHULE

Alter Stützpunkt – moderne Ausbildung

Marinetechnikschule mit einem beeindruckenden Ausbildungsspektrum

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Der größte Betrieb im unmittelbaren Einzugsbereich von Stralsund ist Corona-bedingt in seiner Arbeitsfähigkeit genauso eingeschränkt wie andere Betriebe auch. Kapitän zur See Oliver Jülke, Kommandeur der Marinetechnikschule (MTS), muss wie seine Chef-Kollegen von zivilen Einrichtungen die angeordneten Maßnahmen uneingeschränkt anwenden. Das betrifft nicht nur das Stammpersonal von rund 600 Soldaten und Zivilbeschäftigten, sondern auch über 5000 Lehrgangsteilnehmer jährlich, die durch 400 Ausbilder auf ihre neue Tätigkeit in der Marine vorbereitet werden.

„Das läuft alles weiter“, so Stabsbootsmann Nicole Kubsch. Dazu muss man wissen, dass die MTS in Parow mehr als 180 verschiedene Lehrgänge, die Trainingstypen genannt werden, absolviert. Dabei reicht das Spektrum der Ausbildung von wenigen Tagen bis hin zu 21 Monaten Trainingsdauer. Täglich befinden sich dabei rund 1.500 Trainingsteilnehmer an der Schule.

Ob Matrose, Unteroffizier oder Offizier – im technischen Bereich durchlaufen sie alle ihre Grund-, Fach- oder Systemausbildung in Parow vor den Toren Stralsunds. Marineelektronik, Informationstechnik, Schiffstechnik und Seemannischer Dienst, Waffenmechanik- und Elektronik sowie die zivil anerkannte Aus- und Weiterbildungen sind nur einige Facetten der vielfältigen Ausbildung der Marinetechnikschule. Eine besondere Auszeichnung war im September 2009 die offizielle Anerkennung als „Fachschule der Marine für Technik“ und die damit verbundene Ausbildungs- und Prüfbefähigung zum staatlich geprüften Techniker.

Exponierte Lage

Die MTS hatte im Übrigen einige Vorläufer: Sie ist aus den vormaligen Schulen und selbstständigen Lehrgruppen der Deutschen Marine in Kiel, Brake, Neustadt, Bremerhaven, List und Westerland auf Sylt, Kappeln, Eckernförde, Flensburg sowie Borkum hervorgegangen. Die eingesparten Betriebskosten für die alten



Die Marinetechnikschule (MTS) direkt am Strelasund gelegen

Foto: Schmidt-Walther

Lehreinrichtungen betragen jährlich ungefähr 25 Millionen Euro. Damit haben sich die Baukosten bereits amortisiert.

Das Bundesministerium der Verteidigung und die Landesbauverwaltung Mecklenburg-Vorpommern erarbeiteten seit 1992 ein Konzept, das über die funktionellen Aufgaben hinaus einen Hochschul-Campus anstrebte. Die Grundidee für die Gesamtplanung basiert auf einer Analyse der Landschaftsstruktur.

Die außergewöhnlich exponierte Lage galt es, für die Schule erlebbar zu machen: Vom Bootshafen der Marinetechnikschule aus sind im Norden die Insel Hiddensee, gegenüber Rügen, im Süden die neuerbaute Rügenbrücke sowie die Stadtsilhouette der Hansestadt Stralsund zu sehen. Es wurde weiterhin Wert auf kurze Wege gelegt.

Die feierliche Grundsteinlegung durch den damaligen Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühe, war ein wichtiger Wendepunkt. Am 30. November 1992 wurde damit der Weg für den Aufbau der größten und modernsten Schule der Deutschen Marine geebnet. Am 28. März 1996 wurde die Marinetechnikschule dann offiziell in Dienst gestellt.

Schon im Januar 1993 begann die Ausbildung der ersten Soldaten zu Radio- und Fernstechnikern. Die Infrastruktur war

größtenteils veraltet und machte eine komplette Neuplanung erforderlich. Nur wenige Gebäude waren erhaltenswert.

Anfang 2005 schloss der dritte Bauabschnitt mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 250 Millionen Euro ab. Bemerkenswert ist, dass die ursprünglich geplante Investitionssumme des 13-jährigen Projekts nicht überschritten wurde. Insgesamt war die Marinetechnikschule das größte Investitionsprojekt der Bundeswehr in den neuen Ländern. Das Ergebnis ist die erste Kaserne, die seit Jahrzehnten praktisch neu erbaut wurde. Besonderer Ausdruck des maritimen Charakters ist der als Anker gestaltete Grundriss der Schule, den man aus der Luft gut erkennen kann.

Die heutige Marinetechnikschule (MTS) liegt mit ihrer Gesamtfläche von 95 Hektar (Gesamtliegenschaft 250 Hektar) direkt am Strelasund. Der kleine Ort Parow gehört politisch zur Gemeinde Kramerhof, die direkt an Stralsund grenzt.

Seit fast 160 Jahren ist – mit Unterbrechungen – die deutsche Marine am Strelasund präsent. Es begann mit der Gründung der ersten deutschen Marine auf Beschluss der Abgeordneten der Frankfurter Paulskirchenversammlung. Schwarz-Rot-Gold wehte beim Stapellauf des ersten Kanonenbootes im August 1848

hier vor den Toren Rügens. Stralsund kann daher als Wiege der Deutschen Marine angesehen werden.

Bewegte Geschichte

In der späteren Zeit wurden auf dem Dänholm, der Schwedenschanze und in Parow Kasernen errichtet. Davon ist heute nur noch der Standort Parow im Landkreis Vorpommern-Rügen übrig geblieben. Mit dem Ankauf von 183 preußischen Morgen (zirka 46,7 Hektar) Land durch die Deutsche Verkehrsfliegerschule GmbH (DVS) am 12. Oktober 1934 begann die militärische Geschichte des Standortes Parow. Die DVS war eine Tarnorganisation zum geheimen Aufbau der Luftwaffe. Im Jahr 1935 war dann Baubeginn des Land- und Seefliegerhorstes, nachdem bereits im Vorjahr – bezeichnenderweise vor Kaufvertragsunterzeichnung – der Bau von Zufahrtsstraßen begann.

Während der Kriegsjahre waren Luftwaffendienststellen der deutschen Wehrmacht in Parow stationiert. Die verschiedensten Flugzeugtypen, unter anderem „Dornier Do 15 Wal“ oder „Junkers Ju 52“, starteten von hier in den vorpommerschen Himmel. Dazu dienten die Grasbahn und das Wasser des Strelasunds.

Die Luftwaffe räumte den Fliegerhorst am 28. April 1945 weitestgehend unzer-

stört. Die Unteraktsgebäude wurden dann zur Unterbringung von Flüchtlingen aus Pommern und Ostpreußen genutzt. Bereits März/April 1945 kamen Flüchtlinge auf dem Luftwege nach Parow.

Nur sieben Unterakts- und ein Wirtschaftsgebäude blieben nach Sprengungen und Demontagen übrig. Dampfzüge umbrachen das Flugfeld. Im Zuge der Bodenreform 1947 verteilte man das Land an Neubauern. Über 90 Prozent des Gebäudebestandes der Vorkriegszeit sind heute nicht mehr vorhanden.

Anfang 1950 begann der Aufbau der Seepolizeischule, die am 5. August 1950 eröffnet wurde. Als Folge mussten alle Flüchtlinge und Neubauern bis März 1952 ihre Wohnungen räumen. Im Zeitraum von 1950 bis zur Gründung der Seestreitkräfte der DDR im Jahr 1956 nutzten verschiedene Einheiten die Kasernenanlage. Unter anderem die Unterführer- und Mannschaftsschule, die Räumflottille, der Stab der Volkspolizei und die Nachrichtenoffiziers-Lehranstalt.

Die aus der Volkspolizei See hervorgegangenen Seestreitkräfte – ab 1960 Volksmarine – benannten die Unterführer- und Mannschaftsschule in Flottenschule um. Nach mehreren Umstrukturierungen erhielt sie 1970 den Namen „Walter Steffens“ und hatte bis zum 2. Oktober 1990 Bestand. Bis Ende 1981 waren Schulschiffe und Schulboote und auch zeitweise die Torpedoschnellbootsbrigade in Parow stationiert, ab März 1960 Hubschrauber auf dem ehemaligen Flugfeld. Aus einer Seekette entstand das Marinehubschraubergeschwader 18 „Kurt Barthel“ (MHG-18), das bis 1990 Bestand hatte.

Die deutsche Vereinigung brachte am 3. Oktober 1990 erneut eine große Zäsur. Es wurden die Schulen der Volksmarine im Bereich Stralsund zur Marineschule Stralsund (MSS) mit drei Lehrgruppen zusammengefasst. In Parow war die Lehrgruppe B untergebracht. Die MSS wurde schrittweise bis Ende Juni 1991 und das MHG-18 wurde zur Marinefliegerhubschrauber Gruppe Parow umgliedert und Ende 1994 aufgelöst.

Nichts ist beständiger als der Wandel, könnte man die bewegte Geschichte des Standortes überschreiben.

REISESTATION

Das Kloster Kolbatz

Eine Station der Heimatreise im September 2020



Die Rosette von 1270 am Westgiebel

Ein weiteres Ziel der September-Pommernreise 2020 war das Kloster Kolbatz, zirka 20 Kilometer südöstlich von Stettin gelegen. Dorf und Kloster gehörten einst zum pommerschen Landkreis Greifenhagen. Am Ziel angekommen, unterrichtete ein örtlicher Priester über das frühere Klosterleben.

Das Kloster war das erste Zisterzienserkloster in Pommern. Es wurde 1173 durch den Kastellan Wartislaw II. von Stettin gegründet, 1174 von dem dänischen

Kloster Esrom aus der Filiation der Primarabtei Clairvaux besiedelt und erhielt das Recht, nach eigenem Ermessen in seinem Gebiet Kolonisten anzusiedeln. Diese holten die Mönche im Wesentlichen aus dem damaligen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Tochterklöster von Kolbatz waren Kloster Oliva, Kloster Marienwalde und Kloster Himmelstätt.

Kultur- und Kolonisationszentrum

Die größte Ausdehnung erreichte das Kloster mit etwa 50 Dörfern in den Kreisgebieten Greifenhagen und Pyritz. Weit hin bekannt ist der Pyritzer Weizacker. Der Reichtum dieser Gegend kam in den prachtvollen Weizacker-Trachten zum Ausdruck. Viehzucht wurde erfolgreich betrieben. Aber auch im Weinanbau und in der Bierherstellung leisteten und vollbrachten die Mönche so einiges.

Sie verlegten 1183 das Bett der Plöne, um eine günstige Zufahrt zum Dammischen See an der Odermündung zu erhal-

ten. Der Reichtum des Klosters ermöglichte auch die Schaffung eines Hospitals für Arme und Kranke.

Die Ländereien des Klosters wurden durch Schenkungen erweitert. 1535, nach der Reformation, fiel der Besitz an das pommersche Herzoghaus und wurde nun königliches Amt. Diese nutzten Kolbatz als Jagdschloss und Gästehaus mit Reitstall. Nach der Schwedenzeit war Kriegsrat Sydow Generalpächter. 1811 kaufte Amtmann Gaede Kolbatz, 1816 war der Geheime Kommerzienrat Krause Eigentümer. Er konnte den Besitz jedoch nicht halten und der Staat kaufte Kolbatz zurück. Seither war die Domäne an Barth, dann an Fabricius und Schulz verpachtet.

Von der Klosteranlage sind heute noch die Kirche im Stil der Backsteinromanik und einige Nebengebäude erhalten. Bedeutsam am Westgiebel der Kirche ist die um 1270 eingebaute Rosette.

Damals wie heute sind die Fische aus dem nahen Madüsee berühmt, insbesondere die köstlich schmeckende Sil-

berne Maräne, die der Reisegruppe zu verschiedenen Mahlzeiten serviert wurde. Hermann Welk hielt die Stationen der Heimatreise fest, weitere folgen. BS

Die Pfarrkirche, die zirka 400 Jahre ein evangelisches Gotteshaus war, wurde am 20. Oktober 1945 umgewidmet als katholische Kirche vom Heiligen Herz Jesu



„Lebwohl CDU, so gehen Stammwähler von Bord“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Danke für ein Jahr voller wunderbarer Berichte und Artikel über die Themen der Zeit und der Welt“

Chris Benthe, Dresden



Sonderbeilage zur Ausgabe Nr. 51/52

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

TREPPENWITZ DER EU

ZU: DER PLAN DER KOMMISSARIN (NR. 51/52)

Der für Werte und Transparenz in der EU-Kommission zuständigen Tschechin Vera Jourova, die sich mit viel Eifer für die Organisation freier Wahlen, die Medienfreiheit und die Bekämpfung von Desinformation in der EU einsetzt, ist zu empfehlen, sich im Hinblick auf die Aufgabenstellung ihres Ressorts zunächst mit ihrem Herkunftsland Tschechien zu beschäftigen. Dort gelten nämlich immer noch die vom tschechischen Parlament bekräftigten berüchtigten Benesch-Dekrete.

Dekrete, die nicht nur die Grundlage für die Entrechtung, Enteignung, Verpflichtung zur Zwangsarbeit (ab dem zehnten Lebensjahr), Lagerhaft und die Vertreibung von über drei Millionen Sudetendeutschen bilden, sondern auch, und das ist besonders schändlich, alle von Tschechen an Sudetendeutschen begangenen Verbrechen als straffrei deklarieren. Hier ergäbe sich für die Dame in der Tat ein vordringlich zu bearbeitendes Feld. Denn die freien Wahlen, die sie mit ihrem Aktionsplan herbeiführen möchte, gibt es in der EU – das sollte sich herumgesprochen haben – schon längst.

Es ist ein nicht zuletzt von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu verantwortender Treppenwitz, ausgerechnet eine Kandidatin aus Tschechien in der sich als Wertegemeinschaft verstehenden EU mit der Kompetenz für Werte und Transparenz zu betrauen. So etwas nennt man schlicht und einfach den Bock zum Gärtner zu machen.

Dr. Walter Kreul, Germering

FAST VERGESSENE KIRCHE

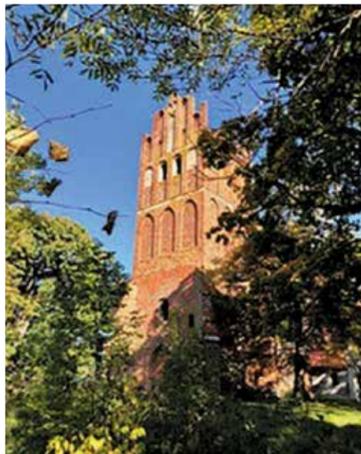
ZUR SONDERBEILAGE „UNTERM KREUZ“ (NR. 51/52)

Es ist schade, dass in der Kirchenbeilage die Kirche von Tharau nicht mit einem einzigen Satz erwähnt und gewürdigt wird. Als Königsberger, aufgewachsen auf dem elterlichen Gut Groß-Bajahren (spä-

ter Baiersfelde) der Gemeinde Tharau, ist nicht nur für mich dieses im frühen 14. Jahrhundert von Kreuzrittern im gotischen Barockstil errichtete Backsteingebäude ein ganz besonderes Bauwerk, sondern auch für viele Menschen in der ganzen Welt im Zusammenhang mit unserem Volkslied „Ännchen von Tharau“.

Nach 1945 wurde die Kirche von Tharau auf russischer Seite als Scheune und Traktorenstation genutzt. Später wurde diese ursprünglich evangelische Kirche der Russisch Orthodoxen Kirche übereignet und danach bis heute unter Denkmalschutz gestellt. Danach begann der Wiederaufbau – mit Genehmigung der neuen Eigentümerin – durch russische und deutsche Handwerker, finanziert aus Spenden ausschließlich aus Deutschland.

Die Versuche der Fördergesellschaft, aus öffentlichen „Töpfen“ der Bundesrepublik Deutschland Gelder für den Wiederaufbau dieses so bedeutenden Kleinod zu erhalten, wurden mit nicht nachvollziehbaren Gründen immer wieder abgelehnt. Auf russischer Seite fanden die Bauarbeiten große Unterstützung durch die Identifikation der Bevölkerung von Tharau und Wittenberg mit der Kirche und ihrer Geschichte, gleiches gilt auch für das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Königsberg.



Die Kirche von Tharau

Foto: Anker

Ganz besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der parallele Aufbau eines Heimatmuseums in Tharau durch dessen Leiterin Irina Lombenko, in dem heute das Gipsmodell des „Ännchen von Tharau“ zu bewundern ist.

Joachim Anker, Karlsruhe

DEUTSCHES DESINTERESSE

ZU: „BELLEVUE“ ALS VORBILD (NR. 50)

Am 10. September 2006 besichtigte Vladimir Putin mit einem 15-minütigen Rundgang das Gelände des Königsberger Schlosses. Er befürwortete in aller Öffentlichkeit die Wiederaufbaupläne und sagte die Finanzierung eines Großteils der damals veranschlagten Baukosten in Höhe von rund 100 Millionen Euro zu.

Noch vor Ort erteilte der russische Präsident dem anwesenden Wirtschaftsminister die Anweisung, die Mittel durch das Wirtschaftsministerium bereitzustellen. Der ebenfalls anwesende damalige Chefarchitekt Alexander Baschin erläuterte Folgendes: „Der Gebäudekomplex soll die Silhouette und Dimension der historischen Architektur annehmen, aber mit modernen Technologien und Materialien errichtet werden.“

Die deutsche Reaktion lässt sich seit dem Besuch Jelzins in Bonn im November 1991 als dauerhaftes „ostentatives Desinteresse“ bezeichnen, und das bei einer Stadt mit 700-jähriger deutscher Geschichte. Obwohl die Russen damals, wie der ebenfalls anwesende Gebietschef Matotschkin ausführte, „bereit waren, unseren Standpunkt (zu Kaliningrad) darzulegen“ wurde er auf Wunsch der Deutschen „nicht angesprochen“.

Dr. Roland Mackert, Böblingen

NUR NOCH MIESES PROGRAMM

ZU: WENN DER SCHWANZ MIT DEM HUND WACKELN WILL (NR. 50)

Was soll man von Parteien halten, die grundlos Abkommen aufkündigen? Bei-

tragserhöhungen für ARD, ZDF, MDR und andere für das mieseste Programm aller Zeiten. Tagsüber nur: Corona, Corona, Corona; Belehrungen hundertmal wiederholt wie Lehrstoff in der Hilfsschule. Das einzige Neue und Glaubhafte in der Berichterstattung ist der Wetterbericht. Abends gibt es uralte Krimis, primitive Ratesendungen und Zootiere ohne Besucher. Der entlassene CDU-Landeschef von Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht, war der letzte aufrichtige, glaubwürdige, konservative Politiker.

Aus Angst vor Machtverlust biedert man sich bei den Grünen an, da die SPD dabei ist, im Nichts zu verschwinden. Dass deren Anbiederungsversuch bei Linken und Grünen zu den desolaten Umfragen geführt hat, will man nicht wahrhaben, und so begeht man den gleichen Fehler. Lebwohl CDU, denn so gehen die alten Stammwähler von Bord.

Bärbel Ballhorn, Aschersleben

VIEL MEHR WEIZEN

ZU: RUSSLAND MAUSERT SICH VOM IMPORTEUR ZUM EXPORTEUR (NR. 50)

In ihrem interessanten Artikel schreiben Sie, dass Russland zum weltweit größten Weizenexporteur aufgestiegen und eine Exportmenge von 37.500 Tonnen Weizen prognostiziert sei. Dazu eine Anmerkung: Gehen wir von einem Weizenanbau von fünf Tonnen pro Hektar im Jahr aus, dann würde man für diese 37.500 Tonnen 7.500 Hektar Ackerfläche benötigen. Das wäre relativ wenig. Ich denke, es müsste heißen: 37.500.000 Tonnen, also 37,5 Millionen Tonnen pro Jahr.

Russland hat eine landesweite Fläche von zirka 200 Millionen Hektar, davon 15 Millionen Hektar für den Weizenanbau. Im flächenmäßig relativ dichtbesiedelten und kleinen Deutschland (nur an 60. Stelle der größten Länder der Erde, aber es ist das viertdichtbesiedelteste Land der Erde) werden zirka 20 bis 25 Millionen Tonnen Weizen pro Jahr produziert.

Manfred Kremer, Merzig

ANZEIGE

Was 2020 nicht in der Zeitung stand

■ Noch nie war es so wichtig, spannend und aufwühlend wie heute: **verheimlicht – vertuscht – vergessen!** Mit seinem scharfen journalistischen Skalpell sezirt Gerhard Wisnewski das historische Jahr 2020, in dem mafiose Eliten versuchen, das Schicksal der Menschheit auf den Kopf zu stellen und den Globus einem totalitären Corona-Regime zu unterwerfen: Wurde die Corona-Pandemie geplant? Warum sind alle Corona-Maßnahmen so widersprüchlich? Ist der bayerische Ministerpräsident Markus Söder korrupt? Natürlich spielt die sogenannte Corona-Pandemie in diesem Jahrbuch zwangsläufig eine Hauptrolle, denn schließlich handelt es sich dabei um ein epochemachendes Ereignis: Mit der Corona-Pandemie wurden für die Menschheit die Weichen in eine dunkle Zukunft gestellt. Alle Länder der Welt handelten wie gleichgeschaltet und folgten einer globalen Befehlsstruktur. Wer steuert diese Befehlsstruktur? Wer hat auf dem Globus das Sagen, und wo soll das alles enden?

Aber natürlich gab es auch noch etwas anderes als Corona:

Wird Australien durch die Buschfeuer unbewohnbar? War der Hanau-Anschlag in Wirklichkeit ein Bandenkrieg? Wurde der Schwarze George Floyd tatsächlich ermordet? Haben tatsächlich die Weißen die Sklaverei erfunden? Wurde der Reichstag wirklich gestürmt? Wie und warum starben plötzlich zwei Mitglieder der Familie Kennedy?

Dieses Buch beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden: Es hakt nach, schaut hinter die Kulissen und deckt auf, was uns an Nachrichten innerhalb eines Jahres vorenthalten wurde. Erfolgsautor und Enthüllungsjournalist Gerhard Wisnewski zeigt, was hinter den Schlagzeilen aus Presse, Funk und Fernsehen steckt: Wer setzt die Nachrichten, für die wir uns interessieren sollen, in die Welt? Welche Interessen werden mit dem Lancieren bestimmter Themen verfolgt? Warum verschwinden manche Ereignisse so schnell aus der Berichterstattung?

Begleiten Sie den Autor bei seiner kritischen Zeitreise durch das Jahr 2020.

Gerhard Wisnewski:
verheimlicht – vertuscht – vergessen 2021
gebunden • 288 Seiten • zahlr. Abb.
Best.-Nr. 967 000 • 14,99 €



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

ESSKULTUR

In Singapurs Speisesaal

Die Hawker Center gehören jetzt zum immateriellen Unesco-Kulturerbe – Manche der Garküchen haben fast Haute-Cuisine-Qualität

VON HARALD TEWS

Josh Lau hat als Neujahrsgruß über Instagram ein Foto geschickt. Es zeigt ihn mit seiner Familie fröhlich winkend vor Imbissbuden. Darunter die Information: „Endlich können wir in Singapur wieder im Hawker Center an Tischen sitzen und essen.“

Kaum etwas ist den Singapurem wichtiger als das gemeinsame Speisen im öffentlichen Raum. Wer in dem südostasiatischen Stadtstaat war, bevor der weltweite Ausnahmezustand auch diese Metropole mit ihren 5,7 Millionen Einwohnern ergriffen hat, der konnte sich über die Esslust der – gleichwohl schlanken – Bürger nur wundern. Ständig und überall wurde gekocht, gebrutzelt, gebraten; morgens, mittags, abends; Frauen, Männer, Kinder – alle waren am Essen. Aber nicht zu Hause, sondern in Hawker-Zentren.

In Deutschland würde man diese öffentlichen Kantinen abschätzig als „Fressmeilen“ bezeichnen. In Singapur, einem der reichsten Staaten der Erde, gehören diese billigen Garküchen jedoch ebenso zur Lebenskultur wie hierzulande die Currywurst mit Pommes. Weil den Singapurem diese Hawker Center heilig sind, hat die UNESCO sie kurz vor Weihnachten in die Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen.

Das „Esszimmer der Stadt“, wie es der Premier Lee Hsien Loong bezeichnet hat, blieb allerdings bis vor Kurzem leer. Unter Einhaltung aller Hygieneregeln war nur die Mitnahme von Gerichten erlaubt, das gemeinsame Speisen vor Ort, das dort auch als sozialer Kit fungiert, jedoch lange Zeit nicht. Da aber Singapur schon sehr früh mit rigiden Maßnahmen und einer wirksamen Warn-App gegen Corona vorgegangen ist, konnte man seit Juni phasenweise Lockerungen durchführen. Die dritte Phase wurde am 28. Dezember eingeläutet. Seitdem dürfen bis zu acht Personen an einem Tisch mit ausreichend Abstand zum nächsten Platz nehmen.

Die sechsköpfige Familie Josh Lau hat das gleich am ersten Tag genutzt, um wieder günstig essen zu gehen. Lau haben wir bei einem früheren Besuch in Singapur zufällig in einem Hawker Center am



Gehören zur Lebenskultur Singapurs: Hawker-Stände in einem Wohnkomplex in Chinatown

Foto: tws

Bencoolen Link getroffen. Hier reihsich etwa 50 Schnellimbisse aneinander, Sitzgelegenheiten befinden sich zwischen den Standreihen. Um einen herum ein Gewusel an Menschen, die nach Essen anstehen oder sich einen Platz suchen. Lau saß an einem dieser Tische, diesmal allein. Weil aber die Straßenküchen auch ein Ort sozialer Interaktion sind, beginnt sogleich ein Gespräch. Wo man denn herkomme, was man in Singapur so treibe.

Gespräch bei einem Teller Laksa

Er selbst, erzählt Lau, sei Hausverwalter, arbeite in der Nähe und esse hier immer zu Mittag. Dem Europäer sagt er, dass er selbst erst einmal im Ausland war: in Malaysia. Dazu muss man mit dem Auto eigentlich nur über eine Brücke fahren, welche die Insel Singapur mit dem Nachbarstaat Malaysia verbindet. Aber sein Sohn, berichtet er stolz, habe als Investmentberater schon die halbe Welt gesehen. Und

er zählt auf: Indien, China, Vietnam, Hongkong. Ebenso stolz ist er auf seine ältere Tochter, die als „Office Managerin“ in einem der hohen Türme im Finanzbezirk arbeitet. Zwei weitere Kinder sind noch schulpflichtig, die Frau ist zu Hause und kocht abends, wenn man einmal nicht zu den Hawkern geht, für die Familie.

Die Laksa, eine traditionelle Nudelsuppe mit Kokosnuss und Shrimps, die man für umgerechnet drei Euro erhält, ist bei solcher Unterhaltung schnell ausgelöffelt. Bis in die 1950er Jahre haben Straßenköche solche Gerichte draußen verkauft. Man nannte sie Hawker wie Höker oder Hausierer. Weil sie ihre Waren unter grauenhaften hygienischen Zuständen anboten, schuf man die Center, wo sie unter sauberen Bedingungen arbeiten konnten. Inzwischen schufte 16.000 Hawker in 114 Centern sowie in Kleinständen in Einkaufsmärkten oder Wohnblocks. Oft stehen sie bis zu 14 Stunden am Tag in dem nur drei oder vier

Quadratmeter kleinen Stand, in dem von der Kühltruhe, den Vorratsschränken, dem Herd bis hin zur Spüle und der Kasse alles seinen Platz finden muss.

Michelin-Sterne für zwei Hawker

Außer einer Standmiete haben die Hawker keine Abgaben zu entrichten, auch keine Steuern. Deshalb ist der Beruf für viele so attraktiv, selbst wenn sie bei Außentemperaturen von 30 Grad den ganzen Tag am Herd oder Grill schwitzend mit flinker Hand die Menüs zubereiten. Trotzdem ist Nachwuchs rar. Den Kindern wurde ein Studium ermöglicht, die dann in den Finanztürmen das ganz große Geld verdienen.

Ihre Hawker-Eltern spezialisieren sich zumeist auf ein nationaltypisches Gericht. Der eine bietet „Bak kut teh“ an, Schweinerippe in Brühe, der Nächste Singapurs Nationalgericht „Hainese Chicken Rice“, Huhn mit Reis in dunkle Soja-

soße getunkt, ein Dritter das indisch-muslimische „Rojak“, einen Gemüsesalat, oder „Kwai Chap“, dünne Reismudeln in Brühe, und Fischgerichte mit Schlauchpilzen. Am Nachbarstand gibt es die Getränke, meist Obstsaft wie den für europäische Gaumen gewöhnungsbedürftigen magentafarbenen Drachenfruchtsaft.

Viele Rezepte sind so ausgefeilt, dass sie Haute-Cuisine-Qualität haben. 2016 erhielten zwei Hawker sogar je einen Michelin-Stern: einer in einer öden Einkaufshalle in Chinatown für sein „Chicken Rice“ und ein anderer im Untergeschoss eines trostlosen Wohnsils nördlich des muslimischen Viertels für sein Schweinefleisch mit Nudeln. Und das zu Preisen von umgerechnet drei oder vier Euro. Nirgends sonst gibt es eine günstigere Sterneküche. Dass die Gerichte in Kunststoffgeschirr serviert werden, stört keinen. Servicepersonal räumt es später von den Tischen ab.

Die Hawker Center sind auch ein Spiegelbild von Singapurs Gesellschaft. Hier findet sich alles unter einem Dach: Arm und Reich, Alt und Jung sowie alle hier vertretenen Ethnien wie Malaien, Inder, Tamliden, Chinesen. Entsprechend groß ist das babylonische Sprachwirrwarr an den Imbissständen. Englisch spricht in dieser früheren britischen Kronkolonie, die 1965 unabhängig wurde, aber fast jeder.

Wer als Tourist nach Singapur kommt, bewundert meist die glitzernden Hochhausfassaden, besucht das Marina-Bay-Sands-Hotel mit der an ein Surfbrett erinnernden Dachkonstruktion, flaniert durch den futuristischen botanischen Erlebnispark Gardens by the Bay und kehrt in das frisch renovierte Nobelhotel Raffles ein, an dem in Corona-freien Jahren die Formel-1-Boliden bei ihrer Jagd nach dem Titel auf dem Stadtkurs dicht vorbeirasen. Das wahre Singapur versteckt sich jenseits davon. Man findet es bei den Hawkern.

Dort schließt man schnell Freundschaften. Josh Lau werden wir noch einen guten Sprung ins neue Jahr wünschen. Glatt und rutschig kann es in der knapp oberhalb des Äquators gelegenen Stadt nicht werden. Und, ach ja: Das chinesische Neujahrsfest, das Lau wie viele andere Singapurer entsprechender Abstammung zelebriert, ist erst am 12. Februar.

NEUJAHRSGLÜCK

Keine Angst vorm schwarzen Mann

Vom Segen, einem Schornsteinfeger zu begegnen – Wer die verrußten Anzugsköpfe blank poliert, knabbert sich ein Stück Glück ab

Jeder freut sich, wenn der Schornsteinfeger oder Kaminkehrer ins Haus kommt oder man einem auf der Straße begegnet. Viele Menschen glauben, dass sie Glück bringen, vor allem an Neujahr. Aber woher stammt dieser Glaube? Schon vor Hunderten von Jahren kam es in Dörfern und Städten zu verheerenden Bränden. Der Grund dafür lag häufig in den Schornsteinen. Diese waren oft aus Holz, was leicht zu Bränden führt.

Zunächst strich man die Holzschornsteine mit Lehm aus, was schon Brände verhinderte. Doch durch die Verbrennung von Holz im Ofen, das manchmal feucht oder verharzt war, entstanden an den Innenseiten der Schornsteine Teerablagerungen. Das bedeutete eine sehr hohe Brandgefahr, da sich Teer schon bei niedrigen Temperaturen entzündet. Der Grund für sehr viele Brände hatte oftmals als Ursache einen Schornsteinbrand.

Häuser standen früher eng beieinander. Dadurch und durch Funkenflug brei-

teten sich die Brände aus, zahlreiche Menschen starben. Schnell wurde klar, dass Schornsteinreinigung eine lebenswichtige Arbeit war. Man begann kleinwüchsige Menschen in die offenen Rauchabzüge zu

schicken, häufig auch Kinder, die an den Innenwänden die Ruß- und Teerbeläge abkratzten. Im 16. Jahrhundert kamen Schornsteinfeger aus Italien in nördlich gelegene Länder und verbreiteten ihr

Wissen und Können im süddeutschen, später auch im norddeutschen Raum.

Die erste Schornsteinfeger-Innung gründete man 1878 in Mecklenburg. Der Beruf genoss hohes Ansehen, denn die Kaminkehrer hatten die Aufsicht über Städte und Dörfer. Eine später verlassene Feuerverordnung machte die Reinigungsarbeiten für alle Hausbesitzer zur Pflicht.

Im Schutz des Heiligen Florian

Heute wird das Schornsteinfegerwesen durch das Schornsteinfeger-Handwerksgesetz geregelt. Da sich Heizgewohnheiten änderten, änderte sich auch der Beruf des Kaminkehrers. Das Bild vom rußverschmierten, schwarzen Mann ist überholt. Die Schornsteinfeger von heute sind Experten für Betriebs- und Brandsicherheit der Heizanlagen, haben Kenntnis in Energiefragen, prüfen Öl- und Gasfeuerstätten, messen die Abgaswerte und kontrollieren und reinigen natürlich auch die Schornsteine wie früher.

Viele Handwerker tragen eine spezielle Kleidung. Die schwarze Jacke des Schornsteinfegers nennt man Koller. An dieser befinden sich goldene Knöpfe. An den Ärmeln sind Lederbänder, die fest ums Handgelenk geschnürt werden, so dass kein Ruß hineinfällt. Auch das Koppelschloss am Gürtel ist goldfarbig.

Auf dem Koppelschloss ist der Schutzpatron der Kaminkehrer dargestellt: der Heilige Florian. Weiterhin tragen die Schornsteinfeger auch ein Mundtuch, das auf eine kunstvolle Weise gefaltet wird, dass der Ruß bei der Arbeit in die Lasche fällt. Auffällig ist auch der dem Beruf farblich angepasste schwarze Zylinder. Der Meister darf diesen tragen, manchmal auch Gesellen. Doch Lehrlinge und Gesellen haben eher ein Käppchen auf dem Kopf. Früher wurde im Hut sogar Schreibzubehör untergebracht.

Berührt man die goldenen Knöpfe der Jacke, so heißt es, bringe es einem Glück. Also immer kräftig reiben! Silvia Friedrich



Über den Dächern von Berlin: Schornsteinfeger bei der Reinigung

● FÜR SIE GELESEN

Faszinierende Vogelgesichter

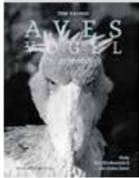
Bildschön sind alle anzusehen. Doch hat bisher sicher niemand den Vertretern der Vogelwelt so intensiv in die scharfsichtigen Augen geschaut wie Tom Krausz in dem Buch „Aves. Vögel. Charakterköpfe“. „Die Faszination für Vogelgesichter war der ausschlaggebende Impuls, dieses Buchprojekt zu beginnen“, sagt der in Hamburg lebende Fotograf und Filmemacher Krausz.

Dass Tierfotografie nie einfach ist, weiß jeder, der es selbst schon einmal versucht hat. Sehr viel Geduld ist nötig, um das Lebewesen fotografisch zu erwischen. Krausz gelang das vorzüglich. Bei jedem Foto muss man verharren, um es genauer zu betrachten.

Co-Autorin Elke Heidenreich konnte sich nicht vorstellen, Vögel anders als mit ihren ureigensten Attributen zu knipsen, den Flügeln. Krausz schaut den Tieren jedoch ins Antlitz. Jedem Tierporträt ist ein Text gewidmet. So beginnt Heidenreich eine Laudatio auf die Vogelwelt mit dem Titel „Sie sehen uns an“ und meint, mit Recht schauten die Vögel im Buch sorgenvoll oder streng in die Welt, da alle in der zunehmend feindlichen Welt ums Überleben kämpften. Auch der Schweizer Journalist und Ornithologe Urs Heinz Aerni kommt zu Wort sowie der Literaturwissenschaftler Dietmar Schmidt. Die Texte liefern sowohl leicht lesbare Literatur als auch wissenschaftlich fundierte Informationen. Nicht nur für Vogel-freunde ein sinnlicher Genuss.

Silvia Friedrich

Tom Krausz/Urs Heinz Aerni/Elke Heidenreich: „Aves. Vögel. Charakterköpfe“, Dölling und Galitz Verlag, München/Hamburg 2020, gebunden, 176 Seiten, 32 Euro



Den Nachlass ordnen

Wenn ein Angehöriger stirbt, müssen die Hinterbliebenen sich nicht nur um die Bestattungen und Formalitäten kümmern, sondern oft tun sich auch viele Fragen auf wie beispielsweise „Wer erbt den Hund, was passiert mit online-Konten, wie steht es um Versicherungen, Fahrzeuge und andere Hinterlassenschaften?“.

Um all dies im Vorfeld zu regeln, hat der Wiley Verlag einen Ratgeber herausgegeben, der eigentlich gar keiner ist, sondern eher eine Dokumentenmappe, in welche der Nutzer neben Informationen viel Platz für eigene Einträge findet. Hier lässt sich alles rund um die Frage „Wenn ich tot bin, was dann?“ festhalten. Neben persönlichen Informationen, medizinischen Daten, Kontaktinformationen über Ärzte, Finanzberater und andere auch wichtige Dokumente wie ein Testament. MRK

„Wenn ich tot bin, was dann? Alle meine wichtigen Informationen, Daten und letzten Wünsche auf einen Blick“, Wiley Verlag, München 2020, gebunden, 96 Seiten, 16,99 Euro



REISEFÜHRER DER WOCHE

Ausflugsziel Berlin

Mit Baedeker lässt sich die Vielseitigkeit der Hauptstadt auf angenehme Weise entdecken



FOTO: IMAGO IMAGES/NEBELDACH/CHIV

Berlin ist immer eine Reise wert Das beweist der ausführliche Reiseführer von Baedeker, der 2020 in 24. Auflage erschienen ist. Nicht nur die bekannten Sehenswürdigkeiten wie das Brandenburger Tor, Regierungsviertel oder Gendarmenmarkt werden beschrieben, sondern nach einer Einführung sind auch die einzelnen Ziele in alphabetischer Reihenfolge zu finden. Die Vorschläge führen nicht nur zu Schlössern wie Charlottenburg, an den Müggelsee oder zu dem weniger bekannten Japanischen Garten in Marzahn. Auch ein Ausflug auf die Pfaueninsel (im Bild links das Schloss im Schnee) in Wannsee steht auf dem Programm.

Ein weiterer Teil enthält Informationen zu Geschichte, Kunst und Kultur sowie interessanten Menschen der Stadt. Im Anschluss daran gibt das Kapitel „Erleben und genießen“ detaillierte Informationen über Ausgehen, Essen und Trinken, Feiern sowie Übernachtungen in Berlin. In der vorderen Umschlagseite hilft ein Stadtplan zur Orientierung im Zentrum, die hintere enthält den Verkehrsplan. Als Zusatz gibt es einen herausnehmbaren Stadtplan, ein Gummiband dient als Lesezeichen. Mit diesem ausführlichen Reiseführer dürfte die nächste Berlin-Reise, sobald die Lockdown-Maßnahmen gelockert werden, zu einem intensiven Erlebnis werden. M. Rosenthal-Kapp



„Baedeker Berlin Potsdam“, MAIRDUMONT Verlag, Ostfildern, 24. Auflage 2020, flexibler Einband, 378 Seiten, 22,95 Euro

REICH DER MITTE

Ein anderer Blick auf China

Der Volkswirtschaftler Wolfram Elsner liefert Fakten, die von den Medien meist nicht gesehen werden

VON WOLFGANG KAUFMANN

Zugegeben: Streckenweise liest sich das Buch „Das chinesische Jahrhundert“ über den einzigartigen Aufstieg des „Reiches der Mitte“ von einem rückständigen Entwicklungsland zur Weltmacht, als wäre es von übereifrigen Regierungs- oder Parteipropagandisten in Peking verfasst worden.

Doch der Professor für Volkswirtschaftslehre und frühere Leiter des Bremer Landesinstituts für Wirtschaftsforschung Wolfram Elsner bietet im Laufe seiner Darstellung immer wieder bemerkenswerte Fakten auf, welche belegen, dass China nicht nur anders als der Rest der Welt ist, sondern sich tatsächlich auch auf dem besten Wege befindet, der westlichen Konkurrenz den Rang abzulaufen. Das zeigen nicht zuletzt die Vergleiche mit der in jeder Hinsicht verkrusteten derzeitigen Bundesrepublik, die Elsner als Refugium der „staatlichen Dequalifizierung“ und der „um sich greifenden Deinvestitionen“ bezeichnet, in dem der Betrachter allerorten auf das „Elend der neoliberal ruinierten Infrastrukturen“ stoße.

Verkrustetes Deutschland

Hierzu einige Beispiele: Während im Merkel-Land fast anderthalb Jahrzehnte verstreichen mussten, bis dessen Hauptstadt einen neuen funktionstüchtigen Flughafen bekam, stampfen die Chinesen solche Airports binnen zwölf Monaten aus dem Boden – und zwar mehrere davon! Der Bau von insgesamt 426 Kilometern Bahn-

Neubaustrecke zwischen Würzburg und Hannover oder Stuttgart und Mannheim währte geschlagene 17 Jahre. In der gleichen Zeit entstanden in China 20.000 Kilometer Schnellfahrstrecke, über die nun Züge rauschen, welche mehr als 400 Stundenkilometer erreichen können. Während bei uns über E-Mobilität schwadroniert wird, surren in China 90 Prozent aller Elektrobusse der Welt. In Deutschland kränkt oder stirbt der Wald – dahingegen wuchs die Waldfläche im „Reich der Mitte“ in den letzten drei Jahrzehnten von 17 auf 23 Prozent des Landesterritoriums, welches zu einem erheblichen Teil aus Wüsten besteht, die dadurch nun massiv zurückgedrängt werden.

In China erscheinen pro Jahr sechs Mal so viele Forschungsarbeiten zum Thema Künstliche Intelligenz wie im Mutterland des Computers. Chinesische Leiharbeiter erhalten grundsätzlich den gleichen Lohn für die gleiche Tätigkeit wie Festangestellte, und männliche Beschäftigte können mit 60 in Rente gehen, Frauen sogar noch fünf Jahre eher. Apropos Frauen: 44 Prozent aller Manager in den mittleren und oberen Führungsebenen in China sind weiblich – und das ganz ohne jede staatlich oktroyierte Quote.

Vor diesem Hintergrund kann es durchaus nicht schaden, einmal ganz unbelastet von all den Vorurteilen, welche die Mainstream-Medien unentwegt verbreiten, auf China zu schauen. Das Land hat definitiv mehr zu bieten als Polizeigewalt gegen „Aktivisten“ in Hongkong, Tibet und der Uiguren-Provinz Xinjiang oder Repressionen gegen „Künstler“ wie Ai Weiwei. Eben-

so sollten jene deutschen Politiker, die mit Blick auf das Riesenreich hinter der Großen Mauer ständig von „Polizei- und Überwachungsstaat“ reden, ab und an einen kritischen Blick auf den desolaten Zustand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung innerhalb der eigenen Landesgrenzen werfen. Was ist an der BND- und NSA-Bespitzelung der Menschen hierzulande demokratisch? Und inwiefern stehen die Bundestrojaner, welche von den Sicherheitsbehörden auf die Rechner und Handys der Bürger dieses Staates geschmuggelt werden können, für Freiheit?

China durch die rosarote Brille

Andererseits darf die Brille, durch die wir von hier aus auf den erwachten Riesen in Fernost schauen, aber auch nicht rosarot eingefärbt sein wie die von Elsner. Vieles am chinesischen Wesen, an dem die Welt nach Meinung des Bremer Professors genesen soll, kann keinesfalls der Maßstab für die weitere Entwicklung der westlichen Demokratien sein, so erbarmungswürdig diese heute oft auch wirken.

Man denke da nur an die Todesstrafe in China, wo pro Jahr mehrere tausend Menschen aufgrund von 55 möglichen Straftatbeständen hingerichtet werden, die Militarisierung und rigide soziale Disziplinierung der Gesellschaft sowie das Umsichgreifen einer blindwütigen Konsummentalität im Reich der Mitte. Und nicht wenigen Prestigeprojekten Pekings scheint ein ganz ähnliches Schicksal beschieden zu sein wie dem neuen Berliner Flughafen: Was ist eigentlich mit dem benannten Raumfahrtprogramm Chinas,

das so fulminant begann und jetzt offenbar stagniert? Wann erfolgt der schon vor Jahren angekündigte Start des ersten Moduls der großen Raumstation „Tiangong 3“? Ebenso unerwähnt bleibt bei Elsner das militärische Säbelrasseln der Volksrepublik gegenüber ihren Nachbarn und den USA, welches zu einem Wettrüsten geführt hat, das gigantische Summen verschlingt. Wenn Peking so sehr auf Harmonie und das Herbeiführen von Win-Win-Situationen aus ist, wozu braucht es dann Waffensysteme, mit denen es theoretisch die ganze Welt in den Abgrund reißen könnte?

Das alles sind keine zu vernachlässigenden Petitesse oder Kinderkrankheiten des angeblich so zukunftssträchtigen chinesischen Systems. Manchmal ist der Kaiser China immer noch nackt, manchmal ein Erpresser oder Kriegstreiber und nicht selten gar ein gnadenloser Henker. An dieser Tatsache kommt niemand vorbei – auch wenn der Westen ebenfalls schwere Defizite aufweist und daher von seinem hohen Ross herabsteigen sollte. Insofern schießt Elsner um einiges übers Ziel hinaus. Trotzdem sollte jeder, welcher mehr über China wissen will als unsere Mainstream-Medien gewöhnlich zu verlautbaren geruhen, sein Buch unbedingt lesen.



Wolfram Elsner: „Das chinesische Jahrhundert. Die neue Nummer eins ist anders“, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2020, broschiert, 384 Seiten, 24 Euro



Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit Elchschaufelmotiv der Landsmannschaft Ostpreußen
 Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe
 Nr. P A1274 Kühlschrankschmuck mit Flaschenöffner 4,95 €
 Nr. P A1274 3er-Pack Kühlschrankschmucke 12,95 €



Ulla Lachauer
Der Akazienkavalier
 Von Menschen und Gärten
 272 Seiten
 Taschenbuch
 Nr. P A0156 8,99 €

Mein Garten, das war der Matsch nach dem Regen und ein Versteck an der Hecke, das nur mir gehörte. Ich liebte die Wochen um Fronleichnam, wenn alles wie verrückt blühte, Gravensteiner Äpfel, den modrigen Duft der Champignons, die Vater im Gartenhaus züchtete, Kartoffelfeuer, das verwilderte Gebüsch am Wäscheplatz. Ich liebte ganz besonders die Minuten nach dem Ruf „Jetzt aber ins Bett!“ An warmen Sommerabenden konnte man fürs Federballspiel oft noch eine halbe Stunde rausschinden. Noch heute könnte ich alles aufzeichnen, er ist wie eine innere Landkarte. Mit ihm verbinden sich zwei frühe, elementare Erfahrungen: die von Freiheit und der Freude daran – und von Einsamkeit, im Garten war sie zu ertragen, oft sogar schön.



Sonderpreis € 8,95

Steingutbecher Immanuel Kant
 Mit einer Abbildung des großen Königsberger Philosophen.
 Nr. P A1304 8,95 €



Sandra Lembke
Scheuersand & Schnürkorsett
 Wie Frauen lebten und litten – Eine kleine Kulturgeschichte über Mode, Kochen, Körperpflege & Haushalt von 1850 bis 1918
 Eine kleine Kulturgeschichte über Mode, Kochen, Körperpflege & Haushalt von 1850 bis 1918
 Rechenwert und ausprobiert von Sandra Lembke
 Nr. P A1311 Kartoniert 14,95 €



Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit einer Abbildung der beliebten preußischen Königin Luise
 4,5 cm Breite und 7 cm Höhe
 Nr. P A1275 Magnet 4,95 €



Erika Steinbach
Flucht Vertreibung Mahnung
 Menschenrechte sind nicht teilbar
 Erfahrungen meines Lebens
 256 Seiten/Gebunden
 Nr. P A0991 22,00 €

Das Schicksal der Heimatvertriebenen bewegt auch mehr als 70 Jahre nach Kriegsende die deutsche Gesellschaft. Erika Steinbach macht eindringlich deutlich, dass die Tragödie der Vertreibung nicht nur die direkt Betroffenen angeht, sondern nach wie vor alle betrifft: „Die Katastrophe der Vertreibung von fast 15 Millionen Deutschen mit allen nur denkbaren Grausamkeiten und Begleiterscheinungen in der Mitte des 20. Jahrhunderts ist schmerzlicher und unauslöschbarer Teil unserer ganzen Nation.“ Erika Steinbach zeigt auf, wie diese Menschenrechtskatastrophe dauerhaft die Identität des ganzen deutschen Volkes berührt, und macht gleichzeitig die europäische Dimension und Bedeutung beeindruckend anschaulich. Denn nur durch das Anerkennen der gemeinsamen Vergangenheit kann es auf Dauer ein friedliches Europa geben.



Mängelexemplare € 19,95 € 14,95

Wolfgang Rothe/Daniela Wiemer (120 Seiten)
Rominten - Carinhall - Bialowieza
 Das Fotoalbum des Grafen Eric von Rosen 1937
 Graf von Rosen widmete sein Fotoalbum dem OFM Walter Frevert als Dankgeschenk für die Betreuung während eines Jagdaufenthalts im September/Oktober 1937 in Rominten. Es enthält Fotodokumente, die bisher nicht veröffentlicht worden sind – aus Rominten, aus Carinhall und auch aus Bialowieza. Dieses Buch mag eine Lücke der Erinnerung schließen an untergegangene historische Stätten in Ostpreußen, der Schorfheide und Polen.
 Nr. P A1219 Gebunden 14,95 €



Dieter Peeters
Vermisst in Stalingrad
 Als einfacher Soldat überlebte ich Kessel und Todeslager 1941-1945
 120 Seiten/Kartoniert
 Nr. P A0853 12,80 €

Am 2. Februar 1943 endet die Schlacht von Stalingrad. Kein anderer Ort ist seither so fest mit dem Zweiten Weltkrieg verknüpft. Die Katastrophe an der Wolga gilt als der Wendepunkt des Krieges im Osten. Dieter Peeters ist einer der letzten Überlebenden von Stalingrad. Er schildert die Wochen in der Hölle des Kessels aus der Sicht eines einfachen Soldaten. Nach seiner Gefangennahme im Januar 1943 gilt er wie Zehntausende andere als „vermisst in Stalingrad“. Er durchlebt das Grauen in einem Todeslager und sechs lange Jahre in einem Straflager am Ural. 1949 kehrt er heim nach Deutschland. Seine Erinnerungen, ergreifend geschrieben, sind ein erschütterndes Dokument des Leidens. Nach seiner stieg er zum Verkaufsleiter in einem bedeutenden Edelmetallunternehmen. Dieter Peeters lebt heute in Düsseldorf.

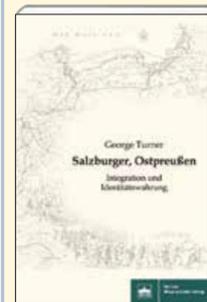


Mängelexemplare € 19,95 € 14,95

C. Hinkelmann / H.M.F. Syskowski (Hrsg.)
Von Rossitten bis Rominten
 Ostpreußische Landschaften im Spiegel historischer Farbfotografien von Dr. Otto Steinfatt, Dr. Ernst Schütz, Walter von Sanden und Friedrich Bülowius Ein ansprechender Bildband mit vielen frühen Farbfotografien und ansprechenden Texten. 144 Seiten
 Nr. P A0238 Gebunden 14,95 €



Gerhard Greß/Jörg Petzold
Ostpreußen und seine Verkehrswege
 Teil 2 ab 1945
 In den Jahren 1989/90, als die Menschen den „Eisernen Vorhang“ überwand und die 1949 entstandenen Teilstaaten Bundesrepublik und DDR wieder zu einem Deutschland zusammenfanden, kam uns gedanklich auch jenes Land wieder näher, das Stalin 1945 zur einen Hälfte Polen und zur anderen seiner Sowjetunion zugeordnet hatte. Die Westmächte billigten dieses Vorgehen nur widerstrebend, weil sich dadurch eine weitere menschliche Katastrophe abzeichnete: die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, die zu den folgenschwersten Ereignissen der Geschichte zählt. Viele Vorstellungen verbinden sich noch heute mit dieser einst östlichsten deutschen Provinz. Durch seine wunderschönen Landschaften, tiefdunklen Wälder, unzähligen Seen und schattigen Baumalleen an den Chausseen wurde es zum Begriff für verlorene Heimat und Sehnsucht. Wie in dieser beliebten VGB-Buchserie üblich, spielen in diesem Standardwerk die großen und kleinen Bahnen sowie die sonstigen Verkehrswege wie Straßenbahnen und die Schifffahrt eine wichtige Rolle. Auch dieser Teil 2 führt Sie mit seltenen Fotografien durch ein Gebiet, das bis heute nichts von seiner landschaftlichen Schönheit und seinem magischen Reiz verloren hat... ca. 350 seltene Aufnahmen.
 216 Seiten
 Nr. P A1383 Gebunden 49,95 €



George Turner
Salzburger, Ostpreußen
 Integration und Identitätswahrung
 128 Seiten/Kartoniert
 Nr. P A1187 19,95 €

Professor Turner widmet sich den Lebensverhältnissen der „Salzburger“ in der Zeit 1732-1944/45 in Ostpreußen und deren Versuch, den Zusammenhalt trotz des Auseinanderdriftens in unterschiedliche Länder nach 1945 zu fördern. Wie ein roter Faden ziehen sich dabei die Themen „Integration“ und „Bewahrung der Herkunft“ durch die einzelnen Kapitel. Es zeigt sich, dass in der bisherigen Darstellung des Schicksals der „Salzburger“ manches sehr summarisch, gelegentlich auch zu euphorisch behandelt wurde. Das gilt vor allem für ihr Verhältnis zu der bereits im Siedlungsgebiet ansässigen Bevölkerung. Auch wenn die vorliegende Darstellung viele Aspekte berücksichtigt, das Thema „Salzburger und Ostpreußen“ ist noch längst nicht abgeschlossen.



Sonderpreis € 23,45 € 17,90
Moosbeere mit Wodka
 Baltische Spezialität
 20 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5685 17,90 €



Sonderpreis € 23,45 € 19,90
Kurfürstlicher Magenbitter
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5687 19,90 €



Schit-Lot-Em
 Pommerischer Magenlikör
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5689 21,45 €



Leselupe mit Licht
 (ohne Batterie)
 Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
 Nr. P A0445 11,95 €



Sonderpreis € 18,95 € 16,50
Der Redliche Preuße
 Ostpreußischer Weißer
 33 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5698 16,50 €



Sonderpreis € 19,95 € 18,95
Pillkaller
 Edel-Machandel
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5696 18,95 €



Schüttboden Herrenkummel
 Schlesischer Kummelschnaps
 40 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5675 20,95 €



Einer geht noch
 Reiner Klarer
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5690 18,95 €



Heimat deine Sterne
Lieder, Märsche und Couplets
 Ilse Werner, Lale Andersen, Sari Barabas, Erna Sack, Herms Niel, Alfons Flügel, Franz Klarwein, Helge Rosvaenge, Wilhelm Strienz, Banabás v. Géczy u.v.m. (Laufzeit 78 Minuten)
 Nr. P 9257 CD 12,80 €



Das Deutsche Volkskonzert im Großdeutschen Rundfunk
Heimat deine Sterne
 Mit Faria Cebotari, Erna Sack, Maria von Schmedes, Alfons Flügel, Helge Rosvaenge, Georg Hann, Wilhelm Strienz, Hans Wocke, Herms Niel, Norbert Schultze, Ilse Werner, Marika Röck u.v.m. (77 Minuten)
 Nr. P 9258 CD 12,80 €



Trakehner Esprit
 Edler Reiterschnaps
 40 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5703 23,45 €



Kirchwin Magen-Bitter
 Magen-Bitter
 40 % vol., Flasche 0,5 Liter
 Nr. P 5678 17,95 €



Gumbinner Marilichen
 Aprikosen-Likör
 25 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5686 19,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg
 Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

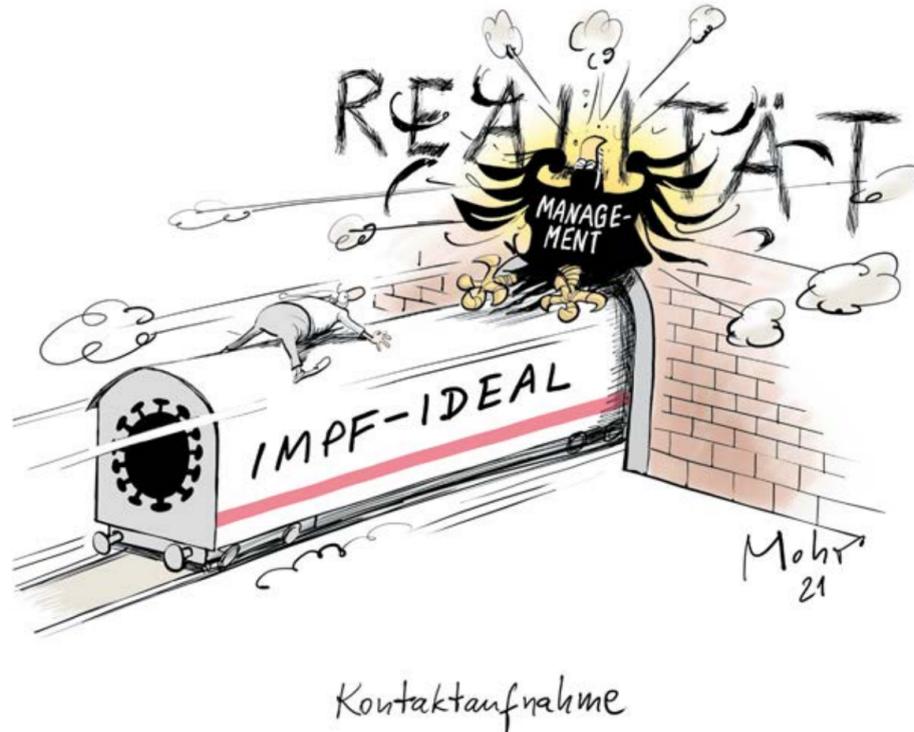
Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Weil sie die Kölner Silvester-Exzesse 2015 zunächst totgeschwiegen hatten, gerieten deutsche Leitmedien vor fünf Jahren massiv in die Kritik. Sie gelobten daraufhin Besserung. War das ehrlich gemeint? In Wien ereigneten sich zur jüngsten Silvesternacht schwere Ausschreitungen. Wie seinerzeit in Köln stammten die Urheber aus orientalischen Ländern wie dem Irak und Syrien. Österreichische Medien berichten, dass Polizisten unter „Allahu Akbar“-Rufen mit Böllern und Raketen beschossen wurden, manche der pyrotechnischen Gegenstände sollen die doppelte Sprengkraft einer scharfen Handgranate besessen haben. Läden wurden zerstört, ein Weihnachtsbaum mit Benzin übergossen und angezündet, alles mitten im harten Lockdown. In den bundesdeutschen Medien hörte oder las man indes praktisch nichts über die Vorfälle. Um dieses Verhalten einordnen zu können, muss man sich nur das bundesdeutsche Medienecho vorstellen, wenn „Querdenker“ in Wien (oder wo auch immer) ähnlich gewütet hätten. H.H.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Hinter der Wolke

Wie die Ablenkung gescheitert ist, und warum die Falschen beim Impfen gewonnen haben

VON HANS HECKEL

Das war zur Jahreswende das ganz große Thema: Wie gehen wir mit Impf-Verweigerern um? Viele große Medien, allen voran die öffentlich-rechtlichen Gebührensender, stürzten sich gleich zum Beginn der Impf-Kampagne kurz nach Weihnachten voller Hingabe auf diese knifflige Frage. Allein die moralische Dimension, gute Güte! Gefährden „Verweigerer“ nicht absichtlich das Leben ihrer Mitmenschen?

So geriet der „Impf-Skeptiker“ oder gar „Verweigerer“ zur düsteren Fortentwicklung des verruchten Lockdown-Kritikers, dem man erfolgreich das Etikett „Corona-Leugner“ aufgedrückt hatte. Das neueste Feindbild der Saison war damit auf dem Markt.

Und damit auch die ersten Zweifel, die sich bald bestätigen sollten. Denn wer ein intaktes Erinnerungsvermögen sein Eigen nennt, der hat nicht vergessen, zu welchem Zweck solche Feindbilder gewöhnlich gezimert werden. Nämlich, um hässliche Wahrheiten zu verbergen und jene über die Klippe der Verdammnis zu schubsen, welche diese Wahrheiten erkennen und petzen.

In den 90er Jahren hatten wir die „Europa-Feinde“ am Wickel. Mit dem Brandmal wurden jene Ketzler gezeichnet, welche schon vor der Euro-Einführung erkannt hatten, dass die Gemeinschaftswährung vor allem dazu dienen werde, die Deutschen abzukochen. Heute wissen das alle, aber nun ist es zu spät.

2015 folgten die „Rassisten“, die Deutschland angeblich „abschotten“ wollten. In Wahrheit haben die Gescholtenen nur gefordert, ordentliche Grenzkontrollen durchzuführen, statt einfach alle reinzulassen. Eine Million Hartz-IV-Empfänger und zahllose radikal-islamische Anschläge weiter müssen alle einsichtigen Deutschen erkennen, wie richtig diejenigen lagen, die damals als Rechtsradikale verfeimt wurden.

Nach der Euro-Einführung hat es etliche Jahre gedauert, bis in harten Zahlen manifest wurde, wovon die Kampagne gegen die „Europa-Feinde“ ablenken sollte. Nach dem Antirassismus-Feldzug zur Tarnung der Kapitulation an der Grenze fiel das Blendwerk schon deutlich rascher in sich zusammen. Die inszenierte Aufregung über „Impf-Skeptiker“ traf es noch schneller: Nach wenigen Tagen flog auf, was wirklich im Busch ist. Auf Drängen der Bundeskanzlerin höchstselbst wurde

der Start der Schutzimpfungen so sagenhaft versemelt, dass sich ganz Deutschland die Augen reibt. Mit letzter Kraft haben Merckels Adlaten noch versucht, mit dem Kampfbegriff „Impf-Nationalisten“ eine dürftige „Kampf gegen Rechts“-Wolke vor die blamable Wahrheit zu schieben. Das wirkte jedoch nur noch peinlicher, die Wolke verflog blitzschnell.

Was zutage tritt, ist ein wahres Gesamtkunstwerk, zusammengebastelt aus den typischen Merkmalen unserer Zeit und ihrer politischen Vortänzer. Da ist alles drin: Sture Europa-Ideologie und deutsche Selbstverzwergung auf der einen sowie französische Selbstüberschätzung auf der anderen Seite, unterwürfige Merkel-Gefolgschaft der Berliner Akteure anstelle von Rückgrat und schließlich die in der Merkel-Ära zur höchsten Blüte gereifte Übung, alle wichtigen Entscheidungen hintenrum durchzukungeln, statt sie offen und sachlich zu diskutieren. Jetzt haben wir den Salat.

Warum impfen die USA, Großbritannien und Israel mit einem deutschen Präparat viel schneller als Deutschland? Weil, wie wir lesen, die EU-Partner Berlin im Falle eines Alleinganges Egoismus vorgehalten und womöglich alte Ressentiments wiederbelebt hätten. Aha, die Nazi-Karte also. Komisch, dass die Karte bei Merckels Alleingängen in der Energiewende oder bei der Grenzöffnung überhaupt nicht gespielt wurde, während sie jetzt angeblich schon wieder aus den Ärmeln unserer „Freunde“ geblinkt haben soll.

Das lässt nur den einen Schluss zu: Überall, wo Deutschland erfolgreicher zu sein droht als die „Partner“, sind wir die Nazis. Bauen wir hingegen großen Mist zu unserem eigenen Schaden, lässt man uns gnädig ganz allein in die Grütze laufen.

Man kann es aber auch positiv sehen: Wir hatten ja gar keine Ahnung, wie gut es „Europa“ (gemeint ist die EU) trotz aller globalen Probleme geht! Im Osten steigt mit China ein Gigant empor, doch die Furcht, zwischen der neuen Supermacht in Asien und der alten in Amerika zerrieben zu werden, spielt offenbar keine Rolle. Viel wichtiger ist den EU-Partnern das Ziel, das stärkste Glied des eigenen Kontinents, Deutschland, möglichst schwach und klein zu halten, wobei Merkel augenscheinlich mitmacht.

Paris wollte um jeden Preis verhindern, dass ein deutscher Impfstoff die große Wende bringt, der französische Hersteller Sanofi sollte das Rennen gewinnen. Leider hat Sano-

fi bis heute kein Vakzin zustande gebracht, sodass wir jetzt alle so dermaßen blöde dastehen. Guter Rat ist da gar nicht so leicht zu finden. Das kann man vor allem daran sehen, welch bezaubernde Begründungen man uns für das Versagen aufischt.

Da heißt es etwa, dass der Biontech-Impfstoff teurer sei als das, was Sanofi (immer noch nicht) anbietet. Die Beträge allerdings, die genannt werden, fallen derart mikroskopisch aus, dass man sie auf einer Grafik neben den Billionen-Programmen zur Corona-Wirtschaftshilfe mit bloßem Auge kaum erkennen könnte.

Besonders ärgerlich ist es, dass uns mit den USA, Großbritannien und Israel drei Länder davongezogen sind, die ausgerechnet von den toxisch-männlichen Populisten Trump, Johnson und Netanjahu regiert werden, während mit Merkel, der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und der zypriotischen EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides drei ganz und gar fortschrittliche, christdemokratische Frauen den Karren in den Dreck gefahren haben.

Berlins Regierender Bürgermeister Müller hat als Begründung für den Lockdown ja unlängst gefragt, wie viele Corona-Todesopfer uns unser Einkaufsbummel wert sei. Wehe dem, der nun zurückfragt, wie viele (weil nicht geimpfte) „Corona-Tote“ wir für „mehr Europa“ oder „mehr Frauen an der Macht“ und „weniger Populisten“ in Kauf nehmen möchten. Das zu fragen, wäre natürlich an Zynismus nicht zu überbieten, weshalb wir es uns verkneifen.

Außerdem ist mit Trump ja sowieso bald Schluss. Obwohl er das nicht wahrhaben will, der störrische Kerl. Wir lernen in den Medien, dass dieses uneinsichtige Verhalten endgültig offenlegt, wie undemokratisch der Gruselpräsident in Wirklichkeit denkt. Wir denken uns da unseren Teil. Vor allem denken wir um, und zwar gründlich. Seit Trumps Wahl hatten dessen Gegner nämlich im Grunde das Gleiche getan, was sie ihm jetzt vorwerfen: Sie wollten Trump um jeden Preis vorzeitig aus dem Amt schießen, weil sie ihre Wahlschlappe nicht anerkennen mochten.

Dieselben Medien, die Trump heute Uneinsichtigkeit nach der Niederlage vorwerfen, feierten diese vierjährige Dauerattacke auf den Wahlsieger von 2016 noch als Inbegriff demokratischen Engagements. Wie sich die Maßstäbe doch verschieben, sobald sich die Interessenlage geändert hat.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Ex-Außenminister Joschka Fischer (Grüne) erteilt einer Koalition aus Grünen, SPD und Linkspartei auf Bundesebene gegenüber der „Neuen Zürcher Zeitung“ (29. Dezember) eine klare Absage:

„Wie soll das funktionieren? Wenn die Grünen stärker würden als die SPD, wäre die Atmosphäre vergiftet. Das wäre für die Sozialdemokraten fast nicht zu verdauen. Ich kann das verstehen, aber das ändert nichts an den Tatsachen. Dazu käme eine völlig unkalkulierbare Linkspartei. Eine Außenpolitik mit Westbindung und gleichzeitig der immerwährende Ruf nach Moskau? Das kann nichts werden.“

Fassungslos über das Versagen der Bundesregierung beim Impfstoff kommentiert die „Bild“-Zeitung am 4. Januar:

„Es werden Menschen sterben, weil sie nicht geimpft sind, obwohl sie schon geimpft sein könnten. Sie werden nicht geimpft, weil es nicht genug Impfstoff gibt. Nicht in Deutschland, nicht in Europa. Anderswo schon. Importiert aus Deutschland. Es war Kanzlerin Merkel, die alleine und gegen allen Rat entschieden hat, die Beschaffung des Impfstoffs der EU zu überlassen.“

Dieselbe Zeitung zitiert auch Neurologin und Leopoldina-Mitglied Frauke Zipp, die nicht minder erzürnt bemerkt:

„Ich halte die derzeitige Situation für grobes Versagen. Vor Kurzem gab es noch offizielle Totengedenken, jetzt zählt offenbar nicht mehr jeder Tag, an dem Menschenleben gerettet werden könnten.“

Volkswirtschaftsprofessor Christian Kreiß weist in der „Epoch Times“ (4. Januar) darauf hin, dass es sehr wohl mächtige Profiteure des Lockdown gibt:

„Je schlimmer die Lockdowns, desto stärker wird die Marktberreinigung, desto größer wird der Machtzuwachs bei einer vergleichsweise kleinen Gruppe von Oligarchen, denen die großen Konzerne gehören. Angst und Lockdowns sind ein Segen für die Großkonzerne und die hinter ihnen stehenden Oligarchen, eine geradezu einmalige Chance, mit der Konkurrenz richtig aufzuräumen. Der deutsche Mittelstand ist das Bauernopfer ...“

● WORT DER WOCHE

„Sollte das stimmen, dass auf Druck von Merkel die Bestellungen des Impfstoffs zurückgenommen und daraufhin den Dilettanten um Ursula von der Leyen anvertraut wurden, frage ich mich: Sind die alle irre? Die ganze Welt lacht über die dummen Deutschen. Sollte das alles stimmen, trifft uns der Spott zu Recht!“

Florian Post, Bundestagsabgeordneter der SPD, begründet gegenüber „Focus online“ (4. Januar) seine Forderung nach einem Untersuchungsausschuss zum Impfskandal